

Bürger*innen ohne Reich

Das Milieu der
Reichsbürger*innen in Sachsen

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Bürger*innen ohne Reich

**Das Milieu der
Reichsbürger*innen in Sachsen**

Herausgeberin

Amadeu Antonio Stiftung

Postfach 310801

04211 Leipzig

www.amadeu-antonio-stiftung.de

In Kooperation mit

Kulturbüro Sachsen e.V.

Bautzner Straße 45

01099 Dresden

www.kulturbuero-sachsen.de

Redaktion Ivo Rosen, Gideon Wetzel, Lisa Geffken, Smilla Jahnke, Michael Nattke, Solvejg Höppner,

Malte Reinke-Dieker, Benjamin Winkler, Richard Buchner

Redaktionsleitung Malte Reinke-Dieker, Benjamin Winkler

Gastautor*innen Andreas Speit, Nina Böckmann, Thomas Datt, Fabian Rosonsky

Lektorat Carolin Krahl

Layout Wigwam eG,  Design

Titelbild und Fotos Valentina Schuster

Druck Druckzone, Cottbus

© Amadeu Antonio Stiftung, 2024

Zitationshinweis: Amadeu Antonio Stiftung (2024): Bürger*innen ohne Reich.

Das Milieu der Reichsbürger*innen in Sachsen. Leipzig.

Die vorliegende Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und des BMI dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mittragen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch

WELTOFFENES
SACHSEN

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



Freistaat
SACHSEN

Gefördert durch:



Zusammenhalt
durch Teilhabe



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

Inhalt

- 06 Warum eine neue Handreichung über Reichsbürger*innen?
- 08 Reichsbürger*innen. Eine rechtsextreme Sammlungsbewegung?
- 11 Worte bleiben nicht bloß Worte
- 15 Was glauben Reichsbürger*innen?
- 20 Reichsbürger*innen im Polizeidienst: Erfahrungen einer Jüdischen Gemeinde
- 23 Die Reinheit des Reiches. Rassismus und Reichsideologie
- 27 Reichsideologie und Freilernen: Eine kritische Betrachtung
- 30 Conspirituality als Bindeglied zwischen Esoterik und Reichsideologie
- 33 Chronik: Aktivitäten im Milieu der Reichsbürger*innen
- 37 Reichsbürger*innen in Sachsen: 2000 bis heute
- 41 Reichsbürger*innen in Sachsen: Online-Aktivitäten
- 45 Reichsbürger*innen in Sachsen: Einblicke des Digital-Monitorings
- 49 Ermittlungen gegen die „Gruppe Reuß“
- 52 Ein Fantasiestaat im Freistaat Sachsen – Das Königreich Deutschland
- 55 Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Reichsbürger*innen
- 60 Was tun gegen Reichsbürger*innen?
 - Die Sichtweise regionaler Initiativen aus der Zivilgesellschaft
- 64 Wer spielt den König? Das Theaterstück König von Deutschland
- 66 Narrative der Reichsbürger*innen: Von Fiktion zu Fakten
- 71 Beratungsstellen und Unterstützung

Grußwort

Liebe Leser*innen,

in den letzten Jahren hat das Milieu der Reichsbürger*innen in Deutschland und anderen Ländern zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Das Milieu lehnt die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland ab und

behauptet, dass das Deutsche Reich noch immer existiert. Die Anhänger*innen erkennen die staatlichen Institutionen und Gesetze nicht an und agieren oft aggressiv und gewaltbereit gegenüber Behörden und Polizei. In dieser Publikation haben wir verschiedene Beiträge versammelt, die sich mit den Hintergründen, Ideologien und Aktivitäten der Reichsbürger*innen auseinandersetzen. Wir wollen damit einen Beitrag zur Aufklärung über das Milieu leisten und aufzeigen, welche Gefahren von diesem ausgehen können.



Timo Reinfrank

Foto: Peter van Heesen

Die *Amadeu Antonio Stiftung* und das *Kulturbüro Sachsen* setzen sich bereits seit vielen Jahren mit dem Phänomen der Reichsbürger*innen auseinander. Dabei haben wir uns diesem aus unterschiedlichen Richtungen genähert. Die Amadeu Antonio Stiftung kam zuerst in seiner intensiven Arbeit mit Verschwörungsideologien, Antisemitismus und den damit verbundenen neuen rechtsextremen Erscheinungsformen mit dem Milieu der Reichsbürger*innen in Berührung. Das *Kulturbüro Sachsen e.V.* hatte aufgrund seiner Arbeit gegen Rechtsextremismus im Bundesland Sachsen mit Fragen zu Reichsbürger*innen zu tun. Heute arbeiten wir beide zu diesem Thema und haben dabei unterschiedliche thematische und methodische Schwerpunkte zu denen wir uns absprechen und voneinander profitieren.



Michael Nattke

Foto: Susanne Keichel

Als zivilgesellschaftliche Organisationen schätzen wir einzelne Aspekte hinsichtlich der Reichsbürger*innen anders ein als staatliche Sicherheitsbehörden es tun. Zum einen ist es uns wichtig zu betonen, dass der ganz überwiegende Teil des deutschen Reichsbürger*innen-Milieus ganz klar als neonazistisch und ideologisch rechtsextrem zu klassifizieren ist. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum die Verfassungsschutzbehörden im Bund und im Bundesland Sachsen davon sprechen, dass nur rund fünf Prozent der Reichsbürger*innen dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Damit findet unserer Meinung nach eine Fehlanalyse statt, der wir nicht tatenlos zusehen möchten. In dieser Publikation werden wir diesbezüglich einige Argumente vortragen.

Des Weiteren glauben wir, dass die Gefahr, die von Reichsbürger*innen ausgeht, heute immer noch unterschätzt wird. Wir möchten auch deswegen mit dieser Publikation einen Beitrag leisten hier genau hinzuschauen und diese Bewegung und ihre Anhänger*innen nicht als harmlose Spinner abzutun. Innerhalb des Milieus wird ernsthaft über Umsturzscenarien diskutiert, es findet eine Vorbereitung auf einen Tag X statt und es gibt unzählige Reichsbürger*innen die über Zugang zu Waffen verfügen. Viele von ihnen sind hoch ideologisiert und von Verschwörungsfantasien geradezu besessen. Wir glauben daher, dass gar nicht genug über Reichsbürger*innen gesprochen werden kann und es deshalb diese Publikation dringend braucht.

Was diese Broschüre von anderen ihrer Art unterscheidet ist u.a. der fokussierte Blick auf ein Bundesland, welches eine der Hotspot-Regionen für das Milieu der Reichsbürger*innen darstellt. Wir blicken dabei genauer auf Sachsen, um aus den Entwicklungen in diesem Bundesland zu lernen und dabei mögliche allgemeingültige Schlüsse auch für andere Regionen in Deutschland zu ziehen.

Wir hoffen, dass diese Publikation dazu beiträgt, ein besseres Verständnis für diese problematische Bewegung zu schaffen und mögliche Gegenmaßnahmen zu diskutieren.

Wir freuen uns über Feedback, Kritik, Anregungen und konstruktive Diskussion.

Herzliche Grüße,

Michael Nattke und Timo Reinfrank

Warum eine neue Handreichung über Reichsbürger*innen?

Reichsbürger*innen, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen stellen eine große Gefahr für das demokratische Gemeinwesen in Sachsen dar. Nicht erst die bundesweiten Razzien der Polizei am 07. Dezember 2022 und die anschließenden Ermittlungen gegen rund 50 Beschuldigte wegen des Vorwurfs der Gründung einer terroristischen Vereinigung machten hierauf aufmerksam.

Die Autor*innen der Handreichung **Bürger*innen ohne Reich. Das Milieu der Reichsbürger*innen in Sachsen**, das *Kulturbüro Sachsen e.V.* und die *Amadeu Antonio Stiftung* kennen das Problem seit Langem aus der eigenen Beratungs- und Bildungsarbeit. In vielen Gesprächen oder Seminaren berichteten unterschiedliche Menschen den Autor*innen von Anfeindungen, Bedrohungen, den Auswirkungen von Verschwörungsideologien, Desinformationen oder rechtsextremen Bestrebungen. Beide Organisationen haben zu dem Milieu der Reichsbürger*innen Informationen gesammelt, aufgeklärt, sensibilisiert und Netzwerke gebildet. Die Notwendigkeit für eine neue, aktualisierte Handreichung ergab sich aus einigen Faktoren, die hier kurz beschrieben werden.

In Sachsen hat sich das Milieu in den vergangenen Jahren stetig erweitert und verdichtet. Insbesondere im Kontext der COVID-19-Pandemie kam es zu Verzahnungen mit anderen Milieus, beispielsweise der Gruppe der *Querdenker*innen*. Zwar existiert eine jährliche Zusammenfassung des Milieus im Bericht des Sächsischen Verfassungsschutzes. Eine fundierte zivilgesellschaftliche Perspektive auf das Milieu mit Blick auf aktuelle Tendenzen fehlte jedoch bislang. Diese Lücke kann nun mit der vorliegenden Handreichung geschlossen werden. In ihr finden sich beispielsweise Texte über die Bestrebungen des *Königreichs Deutschland (KRD)* in Sachsen, eine Übersicht zum Online-Milieu und zu den Online-Aktivitäten im Freistaat sowie ein Rückblick auf die Geschichte des Milieus in Sachsen seit den 2000er-Jahren. Unsere Gastautor*innen, die beiden Journalist*innen Thomas Datt und Nina Böckmann, haben sich mit den Ausmaßen der Aktivitäten auseinandergesetzt, die die Polizeirazzien vom Dezember 2022 offengelegt haben.

Grund für die Arbeit waren aber nicht nur Bestrebungen, ein umfassendes Bild des Milieus in Sachsen zu liefern. Der Blick in bestehende Infolyer oder andere Publikationen führte zu dem Eindruck, dass insbesondere die Ideologien und Glaubenssätze des Milieus nach wie vor zu wenig Beachtung finden. Die Autor*innen der Handreichung vertreten die Ansicht, dass es sich bei Reichsbürger*innen nicht einfach um „gefährliche Spinner“ oder Systemfeinde handelt. Vielmehr ist das Milieu Ausdruck eines zutiefst demokratiefeindlichen Denkens in der Gesellschaft, das vor allem zum Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus starke Verbindungen hat. Während der COVID-19-Pandemie wurde etwa anhand der *Querdenker*innen* deutlich, dass auch das esoterisch-spirituelle Milieu eine Offenheit für Reichsideologie besitzt. Der Schnittstelle von (Rechts-)Esoterik und Reichsideologie widmet sich der Artikel *Conspirituality als Bindeglied zwischen Esoterik und Reichsbürger*innen-Milieu* in dieser Handreichung. Ein anderer Grund für die Handreichung bestand in der Notwendigkeit, aktuelle Gefahren zu beschreiben. Da Antisemitismus zum Wesenskern der Reichsideologie gehört, führt die Vergrößerung des Milieus auch zu einer steigenden Gefahr für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Zu diesem Thema führten die Autor*innen ein Interview mit Rebecca Seidler, der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Hannover.

Aus den Schulen wird uns hingegen von einer Zunahme der Schulverweigerung oder Schulgründung aus dem Milieu berichtet. In einem weiteren Text haben wir uns damit befasst und Handlungsempfehlungen für Schulen beziehungsweise Schulaufsichten formuliert. Unser Gastautor, der Journalist Andreas Speit, beschreibt einerseits spezifische Gefahren, die von Teilen des Milieus ausgehen. Andererseits wirft er einen kritischen Blick auf die staatliche Einordnung des Milieus sowie der zugehörigen Straftaten.

Sowohl das *Kulturbüro Sachsen e.V.* als auch die *Ama-deu Antonio Stiftung* ermutigen Menschen, sich gegen Menschenfeindlichkeit und für Demokratie stark zu machen. Auch das ist ein Grund für die Erarbeitung unserer Handreichung, und womöglich der wichtigste. Wir haben Initiativen befragt, die sich mit der Organisation *Königreich Deutschland* als ungeliebte Nachbar*innen



befassen. Die Stimmen dieser Initiativen wollen wir verstärken und ausdrücklich zur Nachahmung an vielen anderen Orten ermutigen. Wir verstehen dies auch als Einladung, Anfragen an die beiden Organisationen für Unterstützung zu stellen. Weitere Texte liefern Handlungsempfehlungen für Mitarbeitende in Behörden oder auch Nachbar*innen von Reichsbürger*innen. Da an vielen Stellen der Handreichung Verschwörungsnarrative auftauchen, haben wir den abschließenden Debunking-Artikel *Narrative der Reichsbürger*innen: Von Fiktion zu Fakten* verfasst, der zentrale Thesen der Reichsbürger*innen sachlich widerlegt. Es ist wichtig, dass Verschwörungserzählungen nicht unwidersprochen bleiben, sei es im öffentlichen Raum oder in dieser Handreichung.

Wir wünschen Ihnen und Euch nun eine aufschlussreiche Lektüre und freuen uns über Feedback. Die Kontaktdaten unserer Organisationen finden Sie am Ende der Handreichung.

Die Redaktion.

Reichsbürger*innen. Eine rechts-extreme Sammlungsbewegung?

Spätestens mit den brutalen Angriffen von Adrian Ursache und Wolfgang Plan auf die Polizei im Jahr 2016 erlangte das Milieu der Reichsbürger*innen bundesweite Bekanntheit. Innerhalb weniger Monate kam es in Sachsen-Anhalt und in Bayern zu Polizeieinsätzen vor den Wohnsitzen von szenebekanntem Reichsbürger*innen. In beiden Fällen lieferten sich diese einen Schusswechsel mit den Beamt*innen. Das Ergebnis der beiden Taten:

Ein toter, ein schwerverletzter und drei leicht verletzte Polizist*innen; Plan und Ursache wurden ebenfalls durch die Schusswechsel verletzt. Seit diesen Ereignissen gibt es in den jährlichen Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes die Beobachtungskategorie „Reichsbürger und Selbstverwalter“. Zudem werden jährlich die Zahlen für das Milieu veröffentlicht.¹

Obwohl es nun seit einigen Jahren eine bundesweite Zähl- und Beobachtungspraxis gibt, bleibt es eine schwierige Aufgabe, das Milieu der Reichsbürger*innen zu überblicken, beziehungsweise dieses trennscharf von anderen radikalen Szenen oder Milieus abzugrenzen und zu deuten. Um sich dem Verständnis des Begriffs zu nähern, soll als erstes die gängige Definition der Sicherheitsbehörden dokumentiert werden. Zu Beginn des Kapitels *Reichsbürger und Selbstverwalter* im Verfassungsschutzbericht für den Bund 2022 heißt es:

„Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung

auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.“²

Adrian Ursache und Wolfgang Plan

Adrian Ursache ist ein Aktivist des deutschen Milieus der Reichsbürger*innen. Vor seiner Radikalisierung betätigte sich Ursache als Fotomodell sowie Unternehmer. Sein Eintritt in das Milieu ist ab dem Jahr 2014 dokumentiert. Er gründete auf dem eigenen Grundstück den Fantasiestaat Ur (Sachsen-Anhalt). Wegen nicht gezahlter Rechnungen und Zahlungsaufforderungen wurde das Grundstück schließlich zwangsversteigert. Einer Räumungsaufforderung kam Ursache nicht nach. Am 25. August 2016 verschaffte ein Sondereinsatzkommando der Polizei dem Gerichtsvollzieher Zutritt. Adrian Ursache lieferte sich mit den Beamten einen Schusswechsel und verletzte dabei einen Polizisten und sich selbst schwer. 2019 wurde Ursache wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt.

Wolfgang Plan ist ebenso Aktivist der Reichsbürger*innen in Deutschland. Seit Januar 2016 soll Plan gegenüber dem Landratsamt Roth mitgeteilt haben, dass er sich an keine Gesetze mehr gebunden sieht. Plan nahm auch an den Protesten vor dem Grundstück des Reichsbürgers Ursache im Sommer 2016 in Sachsen-Anhalt teil. Dies führte unter anderem dazu, dass die zuständige Kreisbehörde die Waffenbesitzkarte von Plan einzog. Einer Aufforderung zur Abgabe der Waffen folgte Wolfgang Plan nicht. Am 19. Oktober 2016 kam es zu einem Polizeieinsatz. Plan eröffnete aus nächster Distanz das Feuer und traf vier Beamte. Ein Polizist wurde so schwer getroffen, dass er am Folgetag verstarb. Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte Plan 2017 zu lebenslanger Haft.

1 Die aktuellen Zahlen für den Bund finden sich in der veröffentlichten Fassung des Verfassungsschutzberichtes 2022 ab S. 104ff.

2 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023: 104.

Die Definition macht deutlich, dass es verschiedene Zugangspunkte in das Milieu gibt. Die Beschreibung kennt aber auch eine Gemeinsamkeit aller Milieugehörigen. Diese liege in der Delegitimierung des Staates, seiner Repräsentant*innen und des Rechtssystems. Hierin stimmen auch die Autor*innen Sophie und Christoph Schönberger in ihrem Buch *Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie* überein. Sie grenzen Reichsbürger*innen darin teilweise von anderen Gruppen ab, da es dem Milieu weitgehend an einer positiven Vision fehle: „Analysiert man die Ideologiebruchstücke der Reichsbürger näher, so zeigt sich, dass es sich um Figuren einer fundamentalen Delegitimierung der bestehenden Staats- und Rechtsordnung handelt. Im Reichsbürgermilieu werden nur in sehr geringem Ausmaß positive Visionen einer anderen Staats- und Gesellschaftsordnung entwickelt.“³

Expert*innen wie Andreas Speit oder Jan Rathje weisen auf andere Gemeinsamkeiten im Milieu hin.⁴ Beide Autor*innen verfolgen den Ansatz, eine Geschichte der Reichsbürger*innen zu schreiben. Dabei erkennen sie Verbindungen zwischen rechtsextremer Ideologie und den Reichsbürger*innen.⁵ Sowohl die Ablehnung der Bundesrepublik, die Fixierung auf ein Deutsches Reich, als auch die weitreichenden Verschwörungsideologien des Milieus seien feste Bestandteile des Rechtsextremismus. Dabei verweisen beide auf bekannte rechtsextreme Biografien. Der Rechtsterrorist Manfred Röder oder der rechtsextreme Antisemit Horst Mahler können durchaus auch als Reichsideologen betrachtet werden. Während Röder in Berufung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 dazu aufrief, die Organe des Deutschen Reiches wiederzubeleben, schrieb Mahler eine Verfassung für das Vierte Deutsche Reich. Solche ideologischen und personellen Verknüpfungen zwischen Rechtsextremismus und Reichsideologie führen bis in die Gegenwart. Die Ermittlungserfolge bei den Gruppen *Vereinte Patrioten* und *Patriotische Union* dokumentieren eine gemischte Mitgliederliste beider Gruppierungen. Neben bisher unauffälligen Tatverdächtigen gehörten bekannte Rechtsextreme oder Reichsideolog*innen den Gruppierungen an.

Manfred Röder und Horst Mahler

Manfred Röder war ein 2014 verstorbener Rechtsextremist. Er gehörte diesem Milieu seit den 1970er-Jahren an und begab sich ab Ende der 1970er-Jahre in den Untergrund. Röder gründete unter anderem die Deutschen Aktionsgruppen, eine rechtsterroristische Vereinigung, die Spreng- und Brandanschläge verübte. Er wurde wegen Anführung einer terroristischen Vereinigung und verübten Straftaten zu 13 Jahren Haft verurteilt. Auch nach Verbüßung der Haftstrafe gehörte Röder weiter der rechtsextremen Szene an.

Horst Mahler gehörte in den 1960er-Jahren zum Umfeld der linksradikalen RAF. Seit den 1990er-Jahren zeigte sich Mahler öffentlich als Anhänger rechtsextremer Ideologie. Er wurde Mitglied in der NPD. Außerdem gehörte Mahler zum Milieu deutscher Revisionist*innen. Tragisch berühmt wurde ein Interview zwischen Mahler und dem jüdischen Journalisten Michel Friedmann in der Zeitschrift *Vanity Fair*. In diesem hatte Mahler mehrfach den Holocaust geleugnet und sich antisemitisch geäußert.

³ Schönberger/Schönberger 2019: 21.

⁴ Weitere Informationen im Gastbeitrag Worte bleiben nicht bloß Worte in dieser Handreichung.

⁵ Vgl. Rathje 2017: 134ff.

Weil es dem reichsideologischen Milieu in Deutschland nicht mehr nur um die Zielstellung der Wiederherstellung des Staates Deutsches Reich geht, sondern auch das Ziel einer individuellen oder kollektiven Selbstverwaltung an Bedeutung gewinnt, führen Fachexpert*innen wie der Politikwissenschaftler Jan Rathje weitere Begriffe ein.⁶ Der Begriff Reichsbürger sei demnach zu stark und einseitig fixiert auf das Ziel, zum Deutschen Reich zurückzukehren.



Andere Ziele, beispielsweise die Selbstverwaltung beziehungsweise die Gründung angeblich autonomer (Staats-)Territorien, gerieten dabei aus dem Blick. Jan Rathje nutzt neben dem Begriff Selbstverwalter*innen auch den Terminus Souveränist*innen. Zentral in diesem Teilmilieu, so Rathje, sei die Vorstellung, dass Deutschland kein souveräner Staat sei, da dieser durch eine fremde Macht im Hintergrund beherrscht würde. Souveränist*innen leiteten aus dieser Vorstellung ab, dass sie entweder ein Recht auf Selbstverwaltung haben (siehe Fälle Plan, Ursache 2016), oder dass sie sich politischen Bewegungen anschließen, die für ein souveränes Deutschland streiten. Dieser Punkt stellt gegenwärtig eine Brücke zwischen vielen verschwörungsideologischen Milieus dar. Insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie oder dem russischen Angriffskrieg

wurde der Forderung nach einer stärkeren nationalstaatlichen Souveränität vermehrt Ausdruck verliehen. Die Anhänger*innen dieser Gedanken sind deshalb, wenig überraschend, mit den nationalistischen Positionen des rechtsextremen Milieus eng verbunden.

In dieser Handreichung werden fortlaufend die Begriffe Reichsbürger*innen, Reichsideologie und Souveränist*innen verwendet. Während der Begriff Reichsbürger*in oder Reichsideologie nach wie vor als Sammelbegriff sinnvoll ist, da er u.a. die große Bedeutung des Sehnsuchtsobjekts Deutsches Reich darstellt, kann der Begriff Souveränist*innen parallel genutzt werden. Das Milieu strebt nach Souveränität und sieht diese von Verschwörungen verhindert. So drückt sich im Ziel der Souveränität zugleich eine starke verschwörungsideologische Komponente aus.

Quellen

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Verfassungsschutzbericht 2022.

Rathje, Jan (2017): Die vermeintlichen Mächte im Hintergrund – Antisemitismus im Milieu von Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Souveränisten. In Reichsbürger – Die unterschätzte Gefahr, hg. von Andreas Speit, Berlin, 2017, S. 133 bis 143.

Schönberger, Christoph/Schönberger, Sophie (Hg.) (2019): Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorien, Frankfurt a.M./New York.

6 Vgl. Rathje 2017: 141ff.

Die Gefahren: Worte bleiben nicht bloß Worte

Gastbeitrag: Andreas Speit

*Das Milieu der Reichsbürger*innen wird inzwischen von den Sicherheitsbehörden als Gefährdung wahrgenommen. In den jährlichen Berichten des Verfassungsschutzes werden die Erkenntnisse über das Milieu in der Beobachtungskategorie „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sowie „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ dargestellt. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht gibt es Anlass zur Kritik an dieser Einordnung, ebenso in Bezug auf die Wertung der Straf- und Gewalttaten, welche aus dem Milieu heraus begangen werden. Die Redaktion der vorliegenden Handreichung hat deshalb den Journalisten Andreas Speit gebeten, hierzu eine kritische Einschätzung als Gastbeitrag zu geben.*

Der Schuss in der Tankstelle war tödlich. Ohne Vorwarnung erschoss Mario N. in Idar-Oberstein den Tankstellenmitarbeiter Alexander W., einen 20-jährigen Studenten. Alexander W. hatte Mario N. am Abend des 18. September 2021 in der rheinland-pfälzischen Stadt kein Sixpack Bier verkaufen können, weil sich der 50-jährige nicht an die damals geltende Maskenpflicht gehalten hatte. Ohne Vorwarnung schoss auch Ingo K. in Boxberg-Bodstadt. Am Morgen des 20. April 2022 wollten Polizeikräfte in der baden-württembergischen Gemeinde dem 55-Jährigen eine Waffe entziehen. Ingo K. zielte auf 14 Polizeibeamt*innen, verletzte einen Polizisten an beiden Beinen und einen weiteren Beamten leicht. Zwei Angriffe, ein Milieu. Beide Täter sind mittlerweile erstinstanzlich verurteilt.

In Zeiten der Pandemie hat sich nicht nur eine neue Mischszene aus Querdenkenden, Reichsbewegten und Rechtsextremen etabliert, diese Szene hat sich längst radikalisiert. Bei den Protesten für Frieden und Verhandlungen sowie gegen Waffenlieferungen für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland finden sich diese Allianzen wieder neu und heizen sich weiter an. Aus den Verschwörungserzählungen und Hassbotschaften sind Schusswechsel und Umsturzpläne geworden. Denn Worte bleiben nicht bloß Worte. Am 07. Dezember 2022 wies die Generalbundesanwaltschaft an die 3.000 Polizeikräfte an, gegen die *Patriotische Union* vorzugehen. Das Netzwerk um Heinrich XIII. Prinz Reuß soll eine „terroristische Vereinigung“ gegründet haben. Ihre Intention: den Bundestag an einem Tag X zu stürmen, Bundestagsabgeordnete festzusetzen und einen Blackout auszulösen, um eine „Übergangsregierung“ zu installieren. Den Mitgliedern sei bewusst, dass es bei dem Szenario auch zu Toten kommen könnte, doch diese Toten würden sie bei dem „angestrebten ‚Systemwechsel auf allen Ebenen‘ zumindest billigend in Kauf“ nehmen, so die Generalbundesanwaltschaft.⁷ Tote planten auch die *Vereinten Patrioten* ein, gegen die die Bundesanwaltschaft am 12. April 2022 einschritt. Die Gruppe wollte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) entführen und ging davon aus, seine Personenschützer „ausschalten“ zu müssen. Klare Ziele, Bereitschaft zu radikalen Mitteln und eindeutige Einstellungen.

7 Generalbundesanwaltschaft (2022).



Diese politische Eindeutigkeit geht jedoch in den Statistiken der bundesdeutschen Sicherheitsstrukturen verloren. Die Taten und Vorbereitungen sind in den Statistiken zu „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) weder in dem „Phänomenbereich Rechtsextrem“, noch im Bereich „Reichsbürger/Selbstverwalter“ schnell zu finden. Sie werden auch nicht alle dem neueren „Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ zugeordnet. Die Antworten der Bundesregierung auf Nachfragen der Bundestagsabgeordneten der Linken Martina Renner offenbarten die Problematik. Der geplante Staatsputsch des rechtsbewegten und querdenkenden Netzwerkes um Reuß findet sich in der Rubrik „sonstige Zuordnung“.

Daten

In der Präsentation der „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022 – Bundesweite Fallzahlen“ des Bundesinnenministeriums (BMI) und Bundeskriminalamts (BKA) dürften die Straf- und Gewalttaten im „Phänomenbereich PMK – nicht zuzuordnen“ zu finden sein. 24.080 Straftaten erfassten BMI und BKA – beruhend auf polizeilichen Daten – in diesem Bereich für das Jahr 2022. Schon 2021 ordnete das Ministerium 21.339 Taten diesem Bereich zu. Im Folgejahr sind die „nicht zuzuordnenden“ Straftaten also um 12,86 % gestiegen. Ein fast doppelt so starker Anstieg wie bei der „PMK – rechts“, die allerdings bereits sehr hoch war. 2021 fielen 21.964 Straftaten darunter, im Folgejahr 23.493 Taten – ein Zuwachs von 6,96%.⁸ Angestiegen waren 2022 ebenso die Straftaten im „Phänomenbereich Reichsbürger/Selbstverwalter“.

8 Alle Zahlen siehe: Bundesministerium des Innern/Bundeskriminalamt (2022): 4.

Dem BMI und BKA waren alleine 1.865 Straftaten gemeldet wurden. Ein Anstieg von 39,70 %. Von diesen Taten, so BMI und BKA, „wurden 1.603 Fälle [...] im Phänomenbereich PMK – nicht zuzuordnen – und 253 Delikte [...] im Bereich PMK – rechts – registriert.“⁹ Das Phänomen „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ wird nicht extra ausgewiesen. Eine Begründung findet sich in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Renner am 16. Februar 2022: „Ein Begriff ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘ wird im KPMD-PMK nicht genutzt.“ Aus polizeilicher Sicht könne „der politische Wille zur Delegitimierung des Staates aus jeder Ideologie“ heraus begründet werden. Er könne insofern als „Einzelfall alle Phänomenbereiche“ betreffen.“¹⁰

Der Logik des BMI und BKA folgend, dürften Straftaten aus dieser Mischszene zum Teil unter „Straftaten im Kontext der Covid-19-Pandemie“ erfasst sein. Für 2022 wurden 13.988 Taten in diesem Zusammenhang gemeldet. „Eine Steigerung um 52,03 Prozent“, schreiben BMI und BKA und führen weiter aus: „Nahezu alle Delikte (90,78 %) wurden im Phänomenbereich PMK – nicht zuzuordnen – registriert.“¹¹

Definition

Die Kategorie „nicht zuzuordnen“ müsste für die Sicherheitsarchitektur eigentlich der Worst Case sein. Denn was nicht eindeutig klassifiziert ist, scheint nicht klar definiert zu sein. Akteur*innen, die den Staat auf verfassungsschutzrelevante Weise delegitimierten, seien sehr „heterogen“, sie alle eine aber, dass sie die „staatlichen Organe“ als „untauglich und undemokratisch“ betrachteten, erklärt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). In den „Verschwörungstheorien“ würde zudem „die fundamentale Ablehnung des Staates und seiner Repräsentanten“ zutage treten. Sie seien „häufig von antisemitischen Ressentiments geprägt“, erläutert der Verfassungsschutz und weiß, dass mit diesen Theorien „Brücken zu Rechtsextremisten sowie ‚Reichsbürger[n]‘“ geschlagen werden.¹² Das Dilemma deutet sich an. Selbst eine idealtypische Abgrenzung fällt schwer. Das BfV führt so auch aus, dass „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ unter anderem „unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht [...] die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen.“ Ein „kleiner Teil“ bestehe auch aus Rechtsextremen. Die „verschwörungstheoretischen Grundzüge“ und „antisemitischen Erklärungsmuster“ würden eine Anschlussfähigkeit zum Rechtsextremismus bilden.¹³ Rechtsextremist*innen als Personen, so der BfV, würden die „Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation“ annehmen, die über „den tatsächlichen Wert eines Menschen entscheide“. Dieses Werteverständnis konterkariere „zentrale Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung. [...] Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus und Antisemitismus“ prägten die rechtsextremistische Agitation. „Viele Rechtsextremisten“ würden auch den historischen Nationalsozialismus „verharmlosen oder verherrlichen“.¹⁴ Diesen Definitionen folgt das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen.¹⁵

9 Ebd.: 24.

10 Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): 7.

11 Bundesministerium des Innern/ Bundeskriminalamt (2022): 14.

12 Bundesamt für Verfassungsschutz (2023).

13 Ebd.

14 Ebd.

15 Staatsministerium des Innern (2022): 22ff., 95ff., 109f.

Dilemma

Schon diese Definition des Rechtsextremismus differenziert den Phänomenbereich. Denn nicht alle Strukturen und Organisation teilen alle Ressentiments. Den Holocaust leugnet nicht jedes Netzwerk, und nicht jede Vereinigung befürwortet den Nationalsozialismus. Sie werden aber wie der Verein *Ein Prozent für unser Land*, das *Institut für Staatspolitik* oder die *Junge Alternative* vom BfV als rechtsextremistisch eingestuft. Die gebotene Binnendifferenzierung in einem Phänomenbereich legt nahe, über die weiteren Phänomenbereiche mit rechtsextremen Implikationen zu diskutieren. Bei allen Differenzen zwischen den Phänomenbereichen fallen doch die vielen gemeinsamen Affinitäten auf – von Antisemitismus über Delegitimierung des Staates und Verschwörungsnarrative bis zum Widerstandsrecht.

Verbindungen und Parallelen benennt der Verfassungsschutz zwar, doch erläutert er nicht, warum Differenzierungen der Phänomene geboten sind. Eingeworfen werden könnte, die Protagonist*innen hätten zuvor keine rechtsextreme Vita gehabt. Dieser Einwand trifft aber letztlich auf alle Rechtsextremen zu – und auch auf Reichsbewegte. Vor allem die Taten der Querdenkenbewegung werden jedoch als diffus und nicht kategorisierbar dargestellt. Das definitorische Dilemma wird zum statistischen Debakel. Das BMI räumte 2022 bereits ein, dass „im Jahr 2021 eine Person in Folge einer Straftat im Phänomenbereich PMK – nicht zuzuordnen – getötet“ und 360 Personen verletzt wurden, „darunter sind drei Schwerverletzte“.¹⁶ Dass bürgerliche Systemfeinde auch zu rechten Gefährder*innen werden können, wird so entpolitisiert. Die Teilung in drei Phänomenbereiche hat den Effekt der Relativierung. Würden die Tatzahlen zusammen als rechts motiviert vorgestellt, würde sich ein anderes Lagebild der Bedrohung zeigen: In der Bundesrepublik wären nach dieser Rechnung dann 49.438 rechtsmotivierte Straftaten verübt worden. Statistisch betrachtet würden pro Tag rechts motivierte Täter*innen 135 Straftaten begehen – Zahlen, hinter denen sich das menschliche Leid der Opfer und ihrer Familien und Freund*innen verbirgt.

Quellen

Bundesministerium des Innern/Bundeskriminalamt (2022): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022 – Bundesweite Fallzahlen, 21.04.2022.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Zuordnung von Straftaten aus dem Spektrum der „Corona-Protteste“ BT-Drucksache 20/586, 16.02.2022.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2023): Begriffe und Erscheinungsformen, https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/verfassungsschutzrelevante-delegitimierung-des-staates/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_node.html, 31.07.2023.

Generalbundesanwaltschaft (2022): Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 52 Beschuldigten, Karlsruhe, 07.12.2022.

Staatsministerium des Innern (2023): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022, Dresden.

16 Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): 4.

Was glauben Reichsbürger*innen?

Unmittelbar nach der bereits erwähnten Gewaltserie aus dem Jahr 2016 erhob das Meinungsforschungsinstitut *YouGov* eine repräsentative Umfrage zu den Überzeugungen der Reichsbürger*innen.¹⁷ Darin wurde den Befragten folgende Aussage vorgelesen:

„Die Reichsbürger sagen, dass das Deutsche Reich von 1937 fortbesteht und die BRD verfassungsrechtlich illegal sei. Zudem sei die BRD eine GmbH. Was halten Sie von dieser Auffassung?“

Im Ergebnis hielten 65 % der Befragten die Aussagen für falsch, 13 % waren sich nicht sicher, ob die Aussagen stimmen, und 6 % stimmten den Aussagen zu. Weitere 16 % antworteten in der Umfrage mit „weiß nicht“. Die Zahlen lassen erkennen, dass es wesentlich mehr Menschen in Deutschland gibt, welche die zentralen Thesen des Milieus für richtig befinden, als es das jährlich durch die Verfassungsschutzbehörden dokumentierte Personenpotenzial vermuten lässt.¹⁸

In einer repräsentativen Umfrage der *Konrad Adenauer Stiftung* aus dem Jahr 2022 stimmten 5 % der Aussage zu, dass Deutschland noch von den Alliierten besetzt sei.¹⁹ Weitere 8 % hielten die Aussage für teilweise richtig. Beide repräsentativen Studien zeigen die relativ hohe Anschlussfähigkeit einiger Thesen des Milieus an die übrige Gesellschaft. Ein direkter Vergleich beider Studien ist allerdings aufgrund der unterschiedlichen Fragestellungen und Antwortoptionen schwierig.

Die benannten Studien sind in Deutschland leider einzigartig. Fachexpert*innen weisen schon lange auf eine Forschungslücke im Themenfeld hin. Die Frage, woran Reichsbürger*innen glauben, kann daher vor allem durch journalistische Arbeit sowie die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen aufgeklärt werden. So bietet beispielsweise der Theaterregisseur und Autor Tobias Ginsburg einen seltenen Einblick in das Milieu.²⁰ Er lebte einige Monate undercover in verschiedenen Reichsbürger*innen-Gruppierungen und konnte somit ein Bild der Szene zeichnen. Demnach gibt es nicht die eine Überzeugung oder die eine Ideologie, welche vorzufinden ist. Ginsburg fand Gruppen vor, die an spirituelle Mächte und Kräfte glaubten, solche die von einer weitreichenden Weltverschwörung überzeugt waren und wiederum Gruppen, die eine glasklare rechtsextreme Ideologie vertraten. Ihnen gemein waren aber bestimmte Verhaltensmuster beziehungsweise Dynamiken.

So gab es in den aufgesuchten Gruppen stets eine Art Führungsperson oder eine*n Milieumanager*in. Dies veranlasst manche Fachexpert*innen dazu, bei den Reichsbürger*innen von sektenartigen Strukturen zu sprechen. Die Führungsperson ist in der Regel eine charismatische, autoritäre Figur, welche nicht nur über symbolische, sondern auch tatsächliche Macht innerhalb

17 Vgl. YouGov 2016.

18 Beispiel aus dem Jahr 2022: Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt 23.000 Menschen in Deutschland als zugehörig zum Milieu der Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen. Dem gegenüber stehen 5 % beziehungsweise 6 % zustimmende Deutsche in zwei repräsentativen Studien, was jeweils mehrere Millionen Deutsche umfassen würde.

19 Vgl. Konrad Adenauer Stiftung 2022: 5.

20 Tobias Ginsburg schrieb das Buch *Die Reise ins Reich – Unter Rechtsextremisten, Reichsbürgern und anderen Verschwörungstheoretikern*. In diesem Buch dokumentiert der Autor eine achtmonatige Undercover-Recherche im deutschen Milieu der Reichsbürger*innen.

des Milieus verfügt. Manche dieser Charaktere neigen allerdings zum Narzissmus und zur Selbstüberschätzung, sodass Kooperationen mit anderen Milieumanager*innen schwerfallen können.

Eine weitere Parallele war die Abkehr von der weltlichen Sphäre beziehungsweise der gestaltbaren Politik. Reichsbürger*innen sind demnach Menschen, die weniger eine Veränderung innerhalb des Bestehenden anstreben und stattdessen entweder die symbolische oder auch eine vollständige Emigration wählen. Dies ist auch ein Grund, weshalb sich Reichsbürger*innen in kleinen, geschlossenen Gruppen zusammenschließen. Sie wollen eine Art Schutzburg gegen die übrige Gesellschaft bilden, wobei die Gründung von Scheinstaat eine besondere Form dieses Musters darstellt.

Die Undercover-Recherche von Tobias Ginsburg bestätigte aber auch die hohe Übereinstimmung des reichsideologischen Milieus mit rechtsextremer Ideologie. Ginsburgs Bericht zufolge besuchten die Treffen von Reichsbürger*innen regelmäßig Neonazis oder Mitglieder rechtsextremer Parteien und Gruppierungen. Außerdem bestand oftmals Konsens darin, dass eine rechtsextreme Umgestaltung der Bundesrepublik notwendig sei. Besonders antisemitische Denkweisen stießen immer wieder auf Gefallen im Milieu.

Peter Fitzek

Peter Fitzek, geboren in Halle/Saale, ist seit vielen Jahren im Reichsbürger*innen-Milieu aktiv und überzeugter Esoteriker. Der gelernte Koch war u.a. als Karatelehrer tätig und trat als Autor esoterischer Literatur in Erscheinung. Seit der Gründung des *Königreiches Deutschland* trägt er den Beinamen „König von Deutschland“. Weitere Selbstbezeichnungen sind „Peter I.“ beziehungsweise „Menschensohn“. Fitzek wurde mehrfach, u.a. wegen Urkundenfälschung, unerlaubter Versicherungsgeschäfte, Beleidigung oder Fahrens ohne Führerschein, verurteilt.

Eine weitere ideologische Übereinstimmung vieler Reichsbürger*innen kann im Hang zu autoritären Gesellschafts- und Gruppensystemen gesehen werden. Bereits der Umstand, dass viele Anhänger*innen lieber in einem Königreich oder Fürstentum statt in einer Demokratie leben wollen, bestätigt diese Annahme. Gleichzeitig sind auch die Verhältnisse zwischen Milieumanager*in und Mitgliedern autoritär geregelt. In der Organisation *Königreich Deutschland* müssen sich Mitglieder beispielsweise erst „bewähren“, bevor sie sich Rechte innerhalb der Organisation verdienen.²¹

Eine einheitliche politische Vision oder Zielvorstellung lässt sich in dem Milieu nur selten finden.²² Beispielsweise ist auch das Verhältnis zum Staat oder Markt nicht homogen. Ein Teil der Szene sympathisiert mit sogenannten libertären Ansichten, nach denen es keinen Staat, dafür einen vollständig entfesselten Markt geben müsse. Unter diesen Anhänger*innen befinden sich teilweise auch Unternehmer*innen oder Selbstständige. Wiederum besteht bei anderen der Wunsch, an das Sozialstaatssystem aus dem Deutschen Kaiserreich von 1871 anzuknüpfen oder die rigide Vorstellung von Recht und Ordnung aus dem 19. Jahrhundert wieder aufleben zu lassen.

Eine einheitliche politische Vision oder Zielvorstellung lässt sich in dem Milieu nur selten finden.²² Beispielsweise ist auch das Verhältnis zum Staat oder Markt nicht homogen. Ein Teil der Szene sympathisiert mit sogenannten libertären Ansichten, nach denen es keinen Staat, dafür einen vollständig entfesselten Markt geben müsse. Unter diesen Anhänger*innen befinden sich teilweise auch Unternehmer*innen oder Selbstständige. Wiederum besteht bei anderen der Wunsch, an das Sozialstaatssystem aus dem Deutschen Kaiserreich von 1871 anzuknüpfen oder die rigide Vorstellung von Recht und Ordnung aus dem 19. Jahrhundert wieder aufleben zu lassen.

21 In der Organisation *Königreich Deutschland* wird zwischen einer Staatszugehörigkeit und einer Staatsangehörigkeit unterschieden. Auf der Webseite der Organisation wird erklärt, dass Staatszugehörigkeit am ehesten mit einer Vereinsmitgliedschaft verglichen werden kann. Staatsangehörigkeit meint hingegen das offene Bekenntnis zur Verfassung und der Struktur der Reichsbürger*innen-Organisation. Hierfür ist es notwendig, dass Seminare besucht und Prüfungen abgelegt werden. Auch wird ein sogenannter „Systemausstieg“ aus der BRD verlangt. Siehe dazu auch den Text *Ein Fantasiestaat im Freistaat – Das Königreich Deutschland* in dieser Handreichung.

22 Siehe den Einführungstext *Reichsbürger*innen. Eine rechtsextreme Sammlungsbewegung?* zu Beginn dieser Handreichung.

Ein wirklich interessanter Punkt in der Betrachtung der Ideologie der Reichsbürger*innen ist, dass das Milieu bemüht ist, solche Differenzen auszublenzen. Vor allem im Kontext der jüngeren gesellschaftlichen Krisen wurde der Wunsch nach einem vereinten Milieu deutlich. So wurde ein Konsens vor allem in der Delegitimierung des Bestehenden gefunden. Das umfasst einerseits die Ablehnung konkreter Maßnahmen wie der Corona-Schutz-Verordnung oder der Unterstützung Deutschlands für die Ukraine.



Andererseits stehen Delegitimierung und Hass gegenüber konkreten Amts- und Mandatsträger*innen sowie auch gegenüber Wissenschaftler*innen und Journalist*innen im Vordergrund. Gleichzeitig verbindet sich die Delegitimierung des Bestehenden mit einer zutiefst verschwörungsideologischen Gedanken- und Gefühlswelt. So fand sich die Vorstellung, hinter der COVID-19-Pandemie stünden bestimmte Mächte oder Eliten, welche eine Art Geheimexperiment an der Menschheit verüben würden, in vielen Texten oder Reden des Milieus.

Welche Rolle spielt der Antisemitismus?

Gegenüber dem Milieu wird immer wieder der Vorwurf erhoben, es handle sich um ein antisemitisches. Dieser Vorwurf soll im letzten Teil dieses Textes analysiert und geprüft werden. Bevor hierzu auch konkrete Textstellen beziehungsweise Redeauszüge von Milieuvertreter*innen dokumentiert werden, soll das Verständnis von Antisemitismus in dieser Handreichung dargelegt werden. Gemäß der IHRA-Definition ist Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“²³

²³ Die IHRA-Arbeitsdefinition des Antisemitismus ist das Ergebnis einer interdisziplinären Konferenz von Expert*innen aus verschiedenen Ländern. Die Bundesregierung beschloss die Gültigkeit der Definition für deutsche Ministerien und Institutionen 2017.

Die Autor*innen der Definition zählen hierzu insbesondere die Imagination eines jüdischen Kollektivs als Weltverschwörer*innen. In Übereinstimmung mit der IHRA-Arbeitsdefinition wird in dieser Handreichung der Antisemitismus sowohl als Diskriminierungsform als auch als Weltbild verstanden. Im Milieu der Reichsbürger*innen finden sich Belege für beides. Die besondere Verachtung beziehungsweise Missachtung der Gefühle und Bedürfnisse von jüdischen Menschen in Deutschland drückt sich beispielsweise darin aus, dass Reichsbürger*innen mehrfach den Versuch unternahmen, angebliche jüdische Gemeinden gründen zu wollen. Diese Praxis sollte einerseits das Milieu vor staatlichem Zugriff schützen. Andererseits verstanden sich Vertreter*innen des Milieus als „wahres Judentum“, womit der Vorwurf einherging, dass tatsächliche Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht jüdisch seien. Auch berichten jüdische Gemeinden immer wieder von Hass- oder Drohbriefen, die teilweise mit typischen reichsideologischen Versatzstücken versehen werden.

Die verbreitetste Form von Antisemitismus im Milieu der Reichsbürger*innen ist aber die Vorstellung einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung sowie im Besonderen einer angeblichen Verschwörung des Judentums gegen Deutschland. Hierzu sollen im Folgenden zwei Redeauszüge bekannter Milieuvertreter*innen dokumentiert werden.

Beispiel 1: Rede von Heinrich XIII. Prinz Reuß auf dem WorldWebForum 2019 in der Schweiz²⁴

„Und heute, nach über 30 Jahren der Forschung, glaube ich, die Ursache für diese historische Entwicklung und den Zustand unserer Gesellschaftsstrukturen gefunden zu haben. Wer steckt hinter den Kriegen, den Revolutionen, und wem nützen diese eigentlich? Zitat: ‚Ich kümmere mich nicht darum, welche Marionette auf dem Thron von England platziert ist [...]. Der Mann, der die britischen Geldmengen kontrolliert, kontrolliert das britische Imperium. Und ich kontrolliere die britische Geldmenge.‘ Nathan Mayer Rothschild, 1815. Die Repräsentanten der Dynastie Rothschild sind also stolz auf den Fakt, dass sie die Französische Revolution und unzählige Aggressionsaktivitäten wie Kriege auf der ganzen Welt finanziert haben. Mit dem einzigen Ziel, Unternehmensstrukturen und Geldgeschäfte auf dem ganzen Planeten zu erschaffen und die Monarchie zu beseitigen.“

In dieser Rede dokumentiert Reuß sein zutiefst antisemitisches Weltbild. Nicht nur, dass hier abermals bewusst falsch behauptet wird, Nathan Mayer Rothschild hätte das in der Rede wiedergegebene Zitat getätigt. Tatsächlich findet die seriöse Geschichtswissenschaft hierfür keinen Beleg. Auch wird hier der Mythos und die Lüge einer Verschwörung der jüdischen Familie Rothschild vorgetragen, diese sei der eigentliche Strippenzieher des 19. Jahrhunderts gewesen. Diese Behauptung führte im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder zum Generalverdacht gegen das Judentum und rechtfertigte brutale Gewalttaten und Pogrome. Die antisemitische Geschichtsdeutung von Reuß führt direkt in die Gegenwart. Ähnlich wie Rechtsextreme leugnet er die Verantwortung Deutschlands für den Ersten und Zweiten Weltkrieg. Zudem entwirft er die Behauptung, dass Deutschland seit 1945 nie mehr souverän gewesen sei. Eine solche Darstellung von Geschichte und Gegenwart sieht letztendlich eine seit langer Zeit bestehende angebliche Verschwörung des Judentums gegen Deutschland am Werk. Im Nationalsozialismus diente so eine Beschuldigung zur Rechtfertigung, Millionen Jüdinnen und Juden zu ermorden.

²⁴ Auszüge der Rede können auf der Video-Plattform YouTube angesehen werden. Beispielsweise wird die rund 16-minütige Rede auf dem verschwörungsideologischen Kanal Westsächsisches Fernsehen angeboten

Beispiel 2: Video des Königreich Deutschland, illustriert in einer ZDF-Dokumentation aus dem Jahr 2022

„Diese Fronten sollen aufgebaut werden. Und sie werden von einer im Hintergrund stehenden Organisation aufgebaut, die man Chabad nennt. Wenn man sich mal anschaut, von wem Herr Putin erzogen wurde, dann weiß man, dass Herr Putin von der Chabad weitestgehend erzogen wurde. Wenn man mal schaut, wer Herr Selenskyj ist, er war früher ein Schauspieler, und er hat den Präsidenten des Landes gespielt, das macht er offensichtlich ganz gut, aber er ist auch im Prinzip jüdischer Abstammung und Teil der Chabad.“

Auch der Anführer des *Königreichs Deutschland (KRD)*, Peter Fitzek, sieht also eine geheime Verschwörung im Hintergrund, die von Jüdinnen und Juden ausgeht. So seien diese die eigentlichen Profiteure des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Obwohl Fitzek bemüht ist, seinen Antisemitismus hinter bestimmten Bildern und Umschreibungen zu verstecken, wird sein Weltbild an dieser Stelle deutlich. Im zitierten Video des *KRD* werden zudem an den entsprechenden Textstellen Bilder des Judentums eingeblendet, beispielsweise eine religiöse Szene mit orthodoxen Jüdinnen und Juden.

Entsprechende Zitate oder Textstellen anderer bekannter Reichsbürger*innen ließen sich an dieser Stelle ebenso nennen. Der Politikwissenschaftler Jan Rathje konstatiert, dass der Antisemitismus im Weltbild der Reichsbürger*innen keine Nebensache darstellt:

„Der Antisemitismus ist ein zentrales Strukturelement der Ideologie des Reichsbürger-Milieus. Er liefert nicht nur eine Welterklärung, sondern dient auch der Identitätskonstruktion zwischen bösen, weltbeherrschenden Juden und guten, unterdrückten Deutschen.“²⁵

Quellen

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Verfassungsschutzbericht 2022.

Ginsburg, Tobias (2021): Die Reise ins Reich. Unter Rechtsextremisten, Reichsbürgern und anderen Verschwörungstheoretikern, Hamburg.

Konrad Adenauer Stiftung (2022): Kein Staat, meine Regeln, <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Kein+Staat%2C+meine+Regeln.pdf/ff69929e-a26f-b199-4188-8645a9add2f6?version=1.1&t=1679507312859>, 20.11.2023.

International Holocaust Remembrance Alliance (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus, <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>, 20.11.2023.

Rathje, Jan (2017): Die vermeintlichen Mächte im Hintergrund – Antisemitismus im Milieu von Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Souveränisten. In: Reichsbürger – Die unterschätzte Gefahr, hg. von Andreas Speit, Berlin, S. 133 bis 143.

YouGov.de: Sechs Prozent der Deutschen glauben an Ideen der Reichsbürger, <https://yougov.de/politics/articles/16975-sechs-prozent-der-deutschen-glauben-ideen-der-reic>, 20.11.2023.

ZDFheute Nachrichten (2023): Die Parallelwirtschaft der „Reichsbürger“ – „Steuerfrei und selbstbestimmt“, <https://www.youtube.com/watch?v=GmUVL-HXi4Q&t=429s>, 20.11.2023.

25 Vgl. Rathje 2017: 142.

Reichsbürger*innen im Polizeidienst: Erfahrungen einer Jüdischen Gemeinde

Interview mit Rebecca Seidler

*Michael Fritsch war Polizist und ist Reichsbürger. Bei der Großrazzia gegen Reichsbürger*innen im Dezember 2022 wurde er verhaftet. Er war bereits ab 2020 öffentlich in Erscheinung getreten. Fritsch hielt Reden auf sogenannten Querdenken-Demonstrationen, verbreitete antisemitische Verschwörungserzählungen und kandidierte für die Partei Die Basis. Mittlerweile wurde Fritsch gerichtsfest aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Brisant ist, dass er unter anderem mit der Entwicklung von Sicherheitskonzepten für die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover betraut war. Wir sprechen mit Rebecca Seidler, der Geschäftsführerin der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover.*

Frau Seidler, wie haben Sie erfahren, dass Michael Fritsch Reichsbürger und Verschwörungsideologe ist?

Dass Herr Fritsch Verschwörungserzählungen für sich angenommen hat, ist bereits früh deutlich geworden. Deren Verbreitung war letztlich ja auch der Grund dafür, dass er aus dem Polizeidienst suspendiert wurde. Dass er Reichsbürger ist und im Rahmen der Großrazzia verhaftet wurde, habe ich tatsächlich erst durch die Presse erfahren. Er hat zwar auch vorher schon Tendenzen in diese Richtung gezeigt, ich hatte dazu aber keine konkreten Informationen. Von der Verhaftung selbst habe ich dann, wie gesagt, aus der Presse erfahren.

Wie haben Sie und Ihre Gemeinde reagiert, als Sie von seiner Verhaftung und seinem politischen Hintergrund erfahren haben?

Sagen wir es mal so: Es hat uns jetzt nicht überrascht, schließlich waren uns seine kruden Verschwörungserzählungen bereits zuvor hinreichend bekannt. Als einer der Hauptsprecher auf den Coronaleugner*innen-Demonstrationen war er sehr transparent in seinen Äußerungen. Was natürlich trotzdem zu einer weiteren Verunsicherung in unserer Gemeinde geführt hat, war die Information, dass er zusätzlich in ein Netzwerk von rechten Akteur*innen eingebunden ist. Wir haben viele interne Gespräche geführt und sahen uns mit Fragen konfrontiert: Was bedeutet das jetzt für uns? Inwiefern hat die Polizei hier auch noch einen Blick auf die jüdischen Gemeinden?

Das klingt, als hätte diese Situation auch zu einer gewissen Vertrauenskrise gegenüber den Sicherheitsbehörden geführt. Sie sind mit der Problematisierung dieses Sachverhalts ja auch sehr transparent in die Öffentlichkeit gegangen. Gab es in diesem Zuge Bestrebungen der Sicherheitsbehörden, das Vertrauen wiederaufzubauen? Wurde mit Ihnen Kontakt aufgenommen, etwa im Rahmen einer Nachbesprechung?

Es gab eine Kontaktaufnahme – meinerseits. Nachdem Herr Fritsch 2020 aus dem Dienst suspendiert wurde, habe ich mich an die Polizeibehörde gewandt, um Nachbesprechungen zu führen. Ich wollte in Erfahrung bringen, was das für die Sicherheitslage der jüdischen Gemeinden bedeutet. Nach seiner Verhaftung im Dezember 2022 gab es keinerlei Kontaktaufnahme seitens der Polizei. Allerdings gab es eine andere Kontaktaufnahme: Und zwar

hat Herr Fritsch versucht, über seinen Anwalt eine Kommunikation mit mir herzustellen. Ich habe dies abgelehnt und ihm über meine Juristin mitteilen lassen, dass er sich mit seinem Gesprächsbedarf an die Ermittlungsbehörde wenden möge.

Die Polizeidirektion Hannover hatte, nachdem der Fall öffentlich wurde, davon gesprochen, einem „möglichen Unsicherheitsgefühl aktiv entgegenzuwirken“. Welche Schritte sollten Sicherheitsbehörden unternehmen, um das Sicherheitsempfinden von Jüdinnen und Juden in Deutschland zu erhöhen?

Ich halte es für erforderlich, dass die jüdischen Gemeinden eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei pflegen. Es ist nun mal so, dass wir partiell auf Polizeischutz angewiesen sind. Deshalb halte ich es für hilfreich, proaktiv und positiv auf die Polizei zuzugehen. Für den Kontext Niedersachsen und für meinen Landesverband kann ich auch sagen: Grundsätzlich haben wir eine sehr gute Zusammenarbeit – auch mit der jeweiligen örtlichen Polizei.

*Wir würden gerne noch auf einen weiteren Themenkomplex mit Ihnen zu sprechen kommen. Jüdische Gemeinden in Deutschland sind von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlichen politischen Hintergrunds bedroht. Welche Bedeutung hat es für Sie gespielt, dass Michael Fritsch spezifisch Reichsbürger ist? Welche Rolle spielt der Antisemitismus der Reichsbürger*innen für die Bedrohung von Jüdinnen und Juden in Deutschland?*

Man sieht daran noch mal sehr deutlich, dass Antisemitismus oft als Bindeglied ganz unterschiedlicher politischer Milieus fungiert. Etwa in der Querdenken-Szene war der gemeinsame Nenner der verschiedenen Milieus die antisemitischen Erzählungen, die dort propagiert worden sind. Auch bei Reichsbürger*innen sind diese antisemitischen Verschwörungserzählungen wiederzufinden. Reichsbürger*innen sind nach meiner Auffassung eine rechtsextreme Gruppierung, die das Staatssystem unserer Demokratie nicht akzeptiert und angreifen möchte. Das verdeutlicht, dass Antisemitismus kein Randphänomen ist, sondern brandgefährlich. Antisemitismus ist auch unter hochgebildeten Akademiker*innen, also milieu-übergreifend, weit verbreitet. Es ist wichtig, sich das Gefahrenpotenzial von Antisemitismus bewusst zu machen – das kann bis hin zu terroristischen Aktionen reichen.

*Während der COVID-19-Pandemie sind Verschwörungsideologien stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Im Kontext der Reichsbürger*innen-Razzia hat auch dieses Thema mehr Aufmerksamkeit bekommen. Haben Sie das Gefühl, dass das Bedrohungspotenzial in den letzten Jahren angestiegen ist?*

Antisemitische Verschwörungserzählungen funktionieren ja seit jeher. Das ist nicht ohne Grund die älteste gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Meine Wahrnehmung ist nicht, dass ein wachsender Antisemitismus wahrzunehmen ist, sondern dass sich rote Linien verschoben haben. Aussagen, die man vor ein paar Jahren nicht öffentlich getätigt hätte, sind auf einmal wieder sagbar. Das haben wir auch an anderen Beispielen gemerkt, ich sage nur Stichwort: documenta. Meiner Wahrnehmung nach besteht ein großes Problem darin, dass Antisemitismus viel zu häufig bagatellisiert wird. Es gibt noch zu wenig Bewusstsein darüber, mit welcher verheerenden Kraft sich Antisemitismus auf unsere demokratische Grundordnung auswirken kann. Eben weil Antisemitismus ein Bindeglied zwischen verschiedenen Milieus ist. Antisemitismus ist nicht mehr geworden, aber er wird offener kommuniziert. Das beobachten wir auch im Rahmen der Sozialen Medien, in denen die Debatten kaum noch auszuhalten sind. Es ist wichtig, dass auch hier kein rechtsfreier Raum entsteht, sondern konsequent gegen Antisemitismus im Netz vorgegangen wird.



*Die Liberale Jüdische Gemeinde ist fester Bestandteil der Zivilgesellschaft Hannovers. Sie haben zum Beispiel gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen gegen eine Veranstaltung von Daniele Ganser demonstriert. Was wünschen Sie sich von zivilgesellschaftlichen Initiativen, im Hinblick auf die besondere Bedrohungssituation jüdischer Einrichtungen?*

Ich nehme in Hannover eine starke Zivilgesellschaft wahr, die jederzeit bereit ist, den Mund aufzumachen und sich solidarisch zu zeigen. Es bleibt dabei nicht nur bei Worten, sondern ich erfahre tatsächlich eine tatkräftige Unterstützung. Ich hoffe, dass diese Solidarität auch bestehen wird – denn wir benötigen sie dringend. Wir brauchen den Support der zivilgesellschaftlichen Mehrheitsgesellschaft und natürlich auch der politischen Akteur*innen. Hier würde ich mir manchmal mehr Unterstützung und Achtsamkeit für die Bedarfe von jüdischen Communitys wünschen.

Die Reinheit des Reiches. Rassismus und Reichsideologie

Im Jahr 2021 erhalten zahlreiche jüdische und migrantische Einrichtungen Drohschreiben. Die Absender*innen richten das Schreiben an „alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland“, besonders an „Türken, Muslime“ und PoC, und fordern deren Ausreise aus Deutschland. Hinter dem Schreiben steckt die *Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen*. Diese Gruppe von Reichsbürger*innen verfolgt das Ziel, das Deutsche Reich von 1871 wiederaufstehen zu lassen. In beinahe jedem Pamphlet der Gruppe taucht außerdem eine Verschwörungserzählung auf, die für diese Gruppe zentral zu sein scheint: die des „großen Austauschs“. Gemäß dieser Erzählung würde eine kleine Gruppe von machtvollen Personen Migrationsströme nach Europa leiten. Das Ziel hinter dieser Maßnahme sei die „Vernichtung“ vermeintlich autochthoner und homogener Völker durch „Rassenvermischung“. Die Verschwörungserzählung des „großen Austauschs“ beruht auf rassistischen und antisemitischen Zuschreibungen.

Wie in den meisten Verschwörungserzählungen wird hier Jüdinnen und Juden zugeschrieben, für die Steuerung der Migration verantwortlich zu sein. Während Jüdinnen und Juden im „großen Austausch“ eine internationale und mystifizierte Macht zugeschrieben wird, ist die Migrant*innen zugeschriebene Macht konkret. Sie würden die gezielte „Rassenvermischung“ betreiben, die von den Juden²⁶ organisiert würde. Obwohl Reichsbürger*innen in Deutschland immer wieder rassistische Theorien verbreiten und Migrant*innen mit dem Leben bedrohen, scheint die Betrachtung des Rassismus der Reichsbürger*innen bisher nur eine nachgeordnete Rolle einzunehmen. Rassismus war und ist jedoch elementarer Bestandteil ihrer Ideologie, wie sich an der Geschichte und Gegenwart der Reichsbürger*innen und ihren zentralen Narrativen nachzeichnen lässt.

Das Reich und sein Volk

Die Vorgeschichte der gegenwärtigen Reichsideologie beginnt mit der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Verschiedene Akteur*innen, darunter die *Sozialistische Reichspartei (SRP)*, strebten an, das soeben untergegangene Deutsche Reich wiederherzustellen. Widerstand gegen die Verfassungsordnung der BRD sei legitim, so die *SRP*, denn eigentlich bestehe das Reich fort – ein Gedanke, der in den nächsten 70 Jahren zentral für die Ideologie der Reichsbürger*innen werden sollte.²⁷ Auch die ehemaligen Kolonien sollten wieder Teil des Reiches werden. Dabei folgte die *SRP* der rassistischen Einteilung in zivilisierte weiße Deutsche, die eine kleine Minderheit in den Kolonien bildeten, und einer primitiven indigenen Bevölkerung. Die *SRP* stieß sich besonders am Verlust der Kolonie Deutsch-Südwestafrika, heute Namibia. Dort verübte das Kaiserreich den Genozid an den Herero und Nama, bei dem schätzungsweise 100.000 Menschen ermordet wurden. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs gingen die Kolonien in die Verwaltung des Völkerbundes über. Dafür forderte die *SRP* Schadensersatzzahlungen.²⁸ Die Forderung nach der Rückübertragung der Kolonien war geprägt von der Vorstellung, das deutsche Volk sei überlegen und dürfe daher über

26 In diesem Artikel ist von Jüdinnen und Juden die Reden, wenn es um tatsächliche Jüdinnen und Juden geht. Juden in der männlichen Version bezieht sich auf die Vorstellungen und Resentiments die Jüdinnen und Juden angeheftet werden.

27 Vgl. Speit/Begrich (2017)

28 Vgl. Lausberg (o.D.).

andere Bevölkerungsgruppen herrschen. Zahlreiche Mitglieder der SRP waren zuvor politische Funktionäre im Nationalsozialismus gewesen. Um nur einen zu nennen: Dietrich Allers war Geschäftsführer der Aktion T4 und damit maßgeblich an der sogenannten „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, der Ermordung von mehr als 70.000 kranken Menschen und Menschen mit Behinderung, beteiligt. Die rassenhygienische Vorstellung einer deutschen Herrenrasse war die ideologische Grundlage für diesen Massenmord. 1951 kandidierte Allers bei der Landtagswahl in Niedersachsen für die SRP.²⁹

Die Verteidigung des „Reiches“ und Legitimation von rechtsextremem Terror

In den 1970er-Jahren schloss Manfred Roeder an zentrale Glaubenssätze der SRP an. Mit ihm trat eine Person auf die Bildfläche, deren Weltbild und Auftreten eng mit den Reichsbürger*innen der Gegenwart verbunden ist. Er hielt Konzentrationslager für eine notwendige Maßnahme, sprach stolz über seinen Wehrmachtseinsatz in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs und schrieb von einer „jüdischen Weltherrschaftsclique“.³⁰ Bei einem Brandanschlag auf eine Notunterkunft für Geflüchtete in Hamburg töteten Mitglieder der Deutschen Aktionsgruppen – einer von Roeder gegründeten Terrororganisation – zwei Menschen.³¹ Đỗ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu starben im Alter von nur 18 und 22 Jahren. Roeder verband, wie schon die SRP vor ihm, die Vorstellung einer Volksgemeinschaft mit dem Glauben an ein Reich, das nicht vergangen wäre, sondern nur durch unrechtmäßige Herrscher verhindert würde. „Überfremdung“ und die Fantasie eines „Volkstods“ waren die ideologischen Gegenbilder zum Sehnsuchtsort Deutsches Reich und motivierten die Gewalttaten der von Roeder gegründeten Terrororganisation. Das Reich stand in diesem Weltbild für einen Raum ohne Migrant*innen mit einer ethnisch homogenen Bevölkerung.

Rassistisch biologistische Gemeinschaftsvorstellungen

Das populäre Bild vom schrulligen Reichsbürger, der übermäßig damit beschäftigt ist, eine Scheinverwaltung für ein vermeintliches Reich zu pflegen, ist medial stark von Norbert Schittke geprägt. Schittke gründete 2004 die *Exilregierung Deutsches Reich* und geht – wie schon die SRP und Manfred Roeder – davon aus, dass sich hinter der Fassade der BRD eigentlich noch das Deutsche Reich verberge. Auf seiner Webseite schreibt Schittke davon, dass „unsere Heimat in wenigen Jahren nicht mehr als unser Land – mit seiner Kultur und seiner Identität wiedererkennbar sein wird“. Öffentliche Statistiken seien unglaubwürdig, denn dort würde die dritte Generation von Migrant*innen nicht mehr als solche geführt – ein eindeutiger Verweis auf die Vorstellung, dass deutsch nur sein und werden kann, wer ausschließlich deutsche Vorfahren hat. Für Schittke ist klar: „Es ist der Große Austausch.“³²

Aus Schittkes *Exilregierung Deutsches Reich* spaltete sich die *Exil-Regierung Deutsches Reich* ab,³³ die sich auf das Kaiserreich von 1871 beruft. Auch ihre Gemeinschaftsvorstellung ist rassistisch-biologistisch. Auch für sie ist der „große Austausch“ zentral. Durch „rassische Mischung und damit genetische Kreuzung“ würden den Deutschen „Ehrgeiz, Fleiß und Disziplin“ genommen.

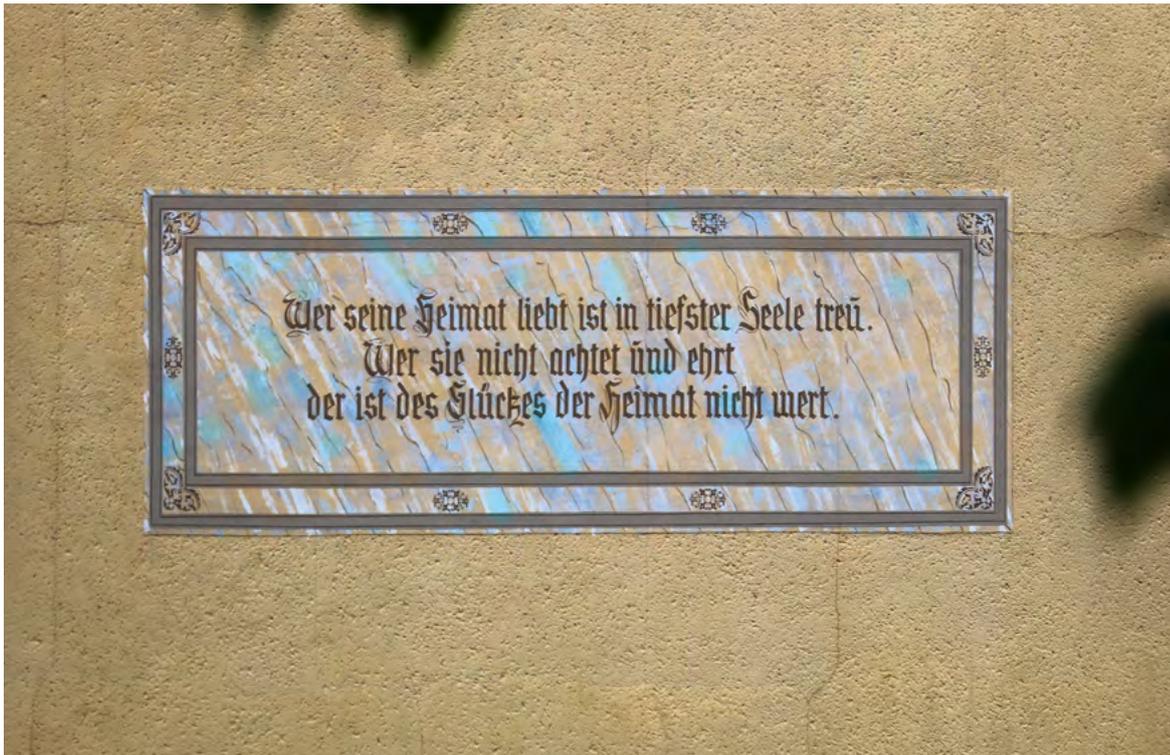
29 Vgl. Klee (2010): 544.

30 Vgl. Der Spiegel (1998).

31 Vgl. Antifaschistisches Pressarchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (o.D.).

32 Exilregierung Deutsches Reich (o.D.).

33 Es handelt sich bei der Exilregierung Deutsches Reich und der Exil-Regierung Deutsches Reich um zwei verschiedene Gruppen, auch wenn die Ähnlichkeit der Namen anderes vermuten ließe.



Sie schreiben außerdem von einem „Holocaust gegen die deutschen Völker“ durch Einwanderung. Und schließlich rufen sie die Leser*innen zur Tat auf: „Ein Aussitzen wird nicht funktionieren!“³⁴ Dies kann als eine Aufforderung zur Gewalt gegen Migrant*innen verstanden werden.

Prominente Gesichter aus dem heutigen Umfeld der Reichsbürger*innen wie Peter Fitzek, der Gründer des Fantasiestaates *Königreich Deutschland*,³⁵ grenzen sich in Wortbeiträgen formal von rassistischen Positionen ab. Im Interview mit dem Holocaustleugner und selbsternannten „Volkslehrer“ Nikolai Nerling betont Fitzek, dass sich theoretisch auch „Kulturfremde“ in „sein Königreich“ integrieren können: „Jeder, der sich zu unseren Werten bekennt, zu unserer Verfassung bekennt, der wird unser Staatsvolk.“ Zugleich verunglimpft er Jüdinnen und Juden als „Sklaven des Dunklen“³⁶ und attestiert ihnen eine Verwicklung in die „NWO“.³⁷ Fitzek schreckt nicht davor zurück, über vermeintlich jüdische Körperformen zu schwadronieren, und reproduziert das rassistisch-antisemitische Klischee einer „jüdischen Nase“: „Eine gewisse Volksgruppe, die vorherrschend deine Nasenform hat, lebt seit Langem in ähnlichen Lügen und wartet immer noch auf ihren Erlöser.“³⁸

Auch beim Messengerdienst Telegram diskutieren Reichsbürger*innen über ihre völkische Vorstellung. *Der Vaterländische Hilfsdienst* etwa zählt allein in Sachsen etwa 180 Mitglieder und verfolgt das Ziel der „Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“. In der Konsequenz, so fordern Mitglieder der Telegramgruppe, sollen alle Menschen, die keine „deutsche Blutlinie“ nachweisen können, das Land verlassen: „Wenn das Deutsche Reich wieder handlungsfähig ist dann müssen alle die nur ein BRD Pass

34 Die Exil-Regierung Deutsches Reich (o.D.).

35 Vergleiche zum Königreich Deutschland und Peter Fitzek den Text *Ein Fantasiestaat im Freistaat – Das Königreich Deutschland* in dieser Handreichung.

36 Sonnenstaatland (2015).

37 Vergleiche zum Begriff NWO und zu seiner Bedeutung für Verschwörungsideologien den Artikel *Narrative der Reichsbürger*innen im Check: Von Fiktion zu Fakten* in dieser Handreichung.

38 Sonnenstaatland (2015).

haben erstmals raus soweit sie nicht die Staatsangehörigkeit gemäß RuStag 1913 nachweisen können [.]“ In seinen Ausführungen zur Herkunft und Staatsangehörigkeit bezieht sich der *Vaterländische Hilfsdienst* auch auf die ehemaligen deutschen Kolonien.

Die Frage, wer zum Reich gehört und wer nicht, stellt sich in allen Reichsbürger*innengruppen. Egal, wie unterschiedlich die Reiche sind, auf die sie sich beziehen; ob sie stärker esoterisch, rechtsextrem oder verschwörungsideologisch ausgerichtet sind: Für Menschen, die nicht als Teil des Volkes oder der Volksgemeinschaft betrachtet werden, geht damit immer die Gefahr des Ausschlusses und der Gewalt einher.

Ausblick

Während sich die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, die vielerorts montäglich stattfanden, thematisch wandelten – weg vom Corona-Virus, über den Krieg gegen die Ukraine und die Energiekrise hin zur Asylpolitik –, blieben die Versatzstücke der Reichsideologie bestehen. Die Mobilisierung von Reichsbürger*innen, Reichsideologie-affinen Personen, Verschwörungsideolog*innen und Rechtsextremen funktioniert stark über die Ablehnung von Geflüchteten, Migrant*innen und allem, was als nicht-deutsch identifiziert wird. Die Erzählungen vom „Volkstod“ und dem „großen Austausch“ sind immer wieder Thema in Redebeiträgen. Die Gefahren der Reichsideologie für Migrant*innen und Geflüchtete sind überdeutlich. Das zeigen nicht zuletzt die rassistischen Morde an Đỗ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu.

Quellen

Antifaschistisches Pressarchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (o.D.): Profil: Deutsche Aktionsgruppen, <https://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/DAG.htm>, 19.11.2023.

Exilregierung Deutsches Reich (o.D.): Das bekannteste Geheimnis. <http://www.friedensvertrag.info/index.php/informationen/aktuelles-geschehen/180-das-bekannteste-geheimnis>, 19.11.2023.

Klee, Ernst (2010): „Euthanasie“ im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a.M.

Lausberg, Michael (o.D.): Die Sozialistische Reichspartei (SRP). http://www.michael-lausberg.de/index.php?menue=exklusiv&inhalt=sozialistische_reichspartei, 19.11.2023.

Speit, Andreas/Begrich, David (2017): „Heiliges Deutsches Reich“. Reichsidee und Reichsidee der extremen Rechten. In: Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr, hg. von Andreas Speit. Berlin, S. 22–40.

O.A. (1998): Hitlerjunge mit Tränensäcken. In: Der Spiegel 18/1998, <https://www.spiegel.de/politik/hitlerjunge-mit-traenensaecken-a-6d197cf5-0002-0001-0000-000007870264>, 19.11.2023.

Sonnenstaatland (2015): Fitzek demontiert sich selbst: Emailverkehr zwischen Peter Fitzek und Richard Gantz, <https://www.sonnenstaatland.com/2015/05/25/fitzek-demontiert-sich-selbst-email-verkehr-zwischen-peter-fitzek-und-richard-gantz/>, 19.11.2023.

Reichsideologie und Freilernen: Eine kritische Betrachtung

Das Gelände der ehemaligen Gaststätte Schützenklause am Stadtrand von Grimma wirkt verlassen: Das Tor ist fest verschlossen, Baumaterial steht herum. Es deutet nichts mehr darauf hin, dass hier im Dezember 2021, zu Hochzeiten der COVID-19-Pandemie, Kinder in einer inoffiziellen Lerngruppe zusammenkamen. An Orten wie in Schechen (Landkreis Rosenheim) sind es Schulgründungen aus dem Umfeld von Reichsbürger*innen, die konspirativ vorangetrieben werden und, wie in diesem Falle, spät durch den Verfassungsschutz vereitelt werden konnten.³⁹ Freilernen ist für Reichsbürger*innen attraktiv – finden die Angebote doch fernab der Kontrolle staatlicher Behörden statt.

Das Konzept Freilernen

Freilernen bezieht sich im eigentlichen Sinne auf das pädagogische Konzept des selbstgesteuerten Lernens, bei dem Kompetenzen eigenständig nach Interessen erarbeitet werden. Mittlerweile ist Freilernen ein Sammelbegriff für das Lernen außerhalb des Schulsystems. Die Umsetzung variiert: ökonomisch privilegiert mit dem Wohnmobil jahrelang umherreisen, eigene Schulgründungen, Homeschooling oder Lerngruppen wie in Grimma oder Crimmitschau.⁴⁰

Berechtigte Kritik am Schulsystem (zum Beispiel an Leistungsdruck, Notengebung, Lehrkräftemangel) begünstigt Alternativen. Idyllische Werbevideos oder begeisterte Berichte preisen Naturverbundenheit und Entfaltungsmöglichkeiten der Freilernen-Angebote an. Dabei gibt es weder Orientierung am staatlichen Lehrplan, noch bedarf es pädagogischer Fachkräfte. Rechtlich spielen Sicherheitsrisiken eine Rolle, wenn es um bauliche Auflagen und das Kindeswohl geht.

Trickkünstler Ricardo Leppe

Eine der Schlüsselfiguren ist Ricardo Leppe. Der selbsternannte Lerncoach und Trickkünstler berät über seinen Verein *WissenSchafft Freiheit* beim Ausstieg aus dem Schulsystem. Seine Auftritte sind professionell, kritischen Fragen zu antidemokratischen Inhalten an gegründeten Schulen weicht er aus. Leppe bezieht sich positiv auf die *Anastasia*-Bücher.⁴¹ Was hier zunächst

Kindeswohlgefährdung

„Das Recht von Eltern, ihre Kinder frei zu erziehen, endet, wenn das Kindeswohl gefährdet wird. Eine Kindeswohlgefährdung besteht, wenn ein Kind ohne staatliches Eingreifen erheblichen körperlichen, geistigen oder seelischen Schaden nimmt.“

Wenn Kinder in reichsideologischen Familien aufwachsen, können verschiedene Gefährdungen entstehen. Sie können massive Ängste aufgrund des Verschwörungsglaubens der Eltern entwickeln oder medizinische Versorgung kann verweigert werden. Wichtig ist immer die Einzelfallprüfung.“

LidiceHaus, Fachstelle Rechtsextremismus und Familie

39 Vgl. Merkur.de (2021).

40 Vgl. MDR Investigativ (2022).

41 Vgl. Leppe (2021).

harmlos klingt, ist geprägt von misogynen und antisemitischen Narrativen.⁴² Ferner teilen er und sein Bruder Elias Leppe pseudomedizinische, gefährliche Ratschläge der *Germanische Neue Medizin (GNM)* etwa, dass Allergien psychische Ursachen haben (zum Beispiel Trennungen) und durch das Trinken von (giftigem) Chlordioxid verschwinden würden.⁴³

Im Narrativ vereint

Germanische Neue Medizin (GNM)

Die *GNM* geht zurück auf den mehrfach verurteilten Pseudoheiler und Antisemiten Ryke Geerd Hamer. Sie behauptet, dass alle Krankheiten auf inneren, psychischen Konflikten beruhen. Heilung tritt ein durch das Lösen der Konflikte. Evidenzbasierte und medizinische Ansätze sind demnach unnötig. Die Gefahr besteht, dass Patient*innen notwendige medizinische Behandlungen, zum Beispiel bei Diabetes oder Krebserkrankungen, ablehnen und sich auf die gefährlichen Heilversprechen der *GNM* verlassen. Dies kann zu schwersten gesundheitlichen Komplikationen und sogar zum Tod führen.

Schulschließungen während der COVID-19-Pandemie stellten Familien vor organisatorische Herausforderungen. Hier waren Lerngruppen die Rettung – aber auch für viele Eltern, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie strikt ablehnten. Der propagierte Ausstieg aus dem (Schul-)System bedeutet Anschlussfähigkeit für Reichsbürger*innen und Menschen, die sich von staatlichen Vorgaben fremdbestimmt oder bewusst getäuscht fühlen. Viele Freilernen-Anhänger*innen eint dieses Widerstandsnarrativ.

Reichsbürger*innen lehnen die Legitimität der Bundesrepublik ab und damit Lehrplaninhalte zur bestehenden Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Das Spannungsfeld wird neben Politik und Sozialkunde auch im Geschichtsunterricht deutlich. Eigene Lerngruppen und Schulen sind Lösungen für das ideologische Dilemma. Denn hier können Reichsbürger*innen ihre gefährliche Ideologie und ihren Geschichtsrevisionismus ungefiltert an Kinder weitergeben. Diese werden so für die Weltbilder der Eltern instrumentalisiert – und in Blasen abseits staatlicher Instanzen sozialisiert.

der weitergeben. Diese werden so für die Weltbilder der Eltern instrumentalisiert – und in Blasen abseits staatlicher Instanzen sozialisiert.

Herausforderung und Strategien

Entscheiden sich Erziehungsberechtigte dennoch für eine Form des „freien Lernens“, sollten sie genau auf pädagogische Konzepte und fachliche Ausbildungen der Akteur*innen achten. Von diesen braucht es eine klare Haltung gegen Antisemitismus, Wissenschaftsleugnung und Reichsideologie. In den beobachteten sächsischen sowie bundesweiten Telegram-Kanälen aus dem Freilernen-Milieu findet eine inhaltliche oder personelle Distanzierung, wenn überhaupt, nur ansatzweise statt.

Schulaufsichtsbehörden (in Sachsen das Landesamt für Schule und Bildung) sind in der Verantwortung, bei Aktivitäten von Reichsbürger*innen entschieden zu reagieren und Hinweisen sensibilisiert nachzugehen, wenn es beispielsweise ideologische Motive für die Schulabstinenz gibt oder konspirative Lerngruppen im Schulumfeld auftreten.⁴⁴ Im Beispiel aus Grimma reagierte das Landratsamt (Kreis Leipzig) und sprach dem Eigentümer eine Nutzungsuntersagung aus.⁴⁵

42 Anastasia ist der Titel einer Romanreihe und der Name der Heilsbringerin und Romanfigur Anastasia mit esoterisch-spirituellen, verschwörungsideologischen und antisemitischen Inhalten. Es erschienen zehn Bände in Russisch, deren deutsche Übersetzungen zwischen 1999 und 2011 veröffentlicht wurden. Der russische Autor und Unternehmer Vladimir Megre präferierte die Schetinin-Pädagogik. Deren spirituelles Konzept geht davon aus, dass Kinder bereits das gesamte Wissen in sich tragen. Bundesweit berufen sich zahlreiche völkische, rechtsesoterische Siedlungsprojekte auf die Romanreihe.

43 Vgl. Leppe (2022).

44 Ausführlichere Strategien finden sich im Kapitel Handlungsempfehlungen im Umgang mit Reichsbürger*innen in dieser Handreichung.

45 Vgl. LVZ (2022).



Quellen

Hechler, Andres (2021): Funktionalisierte Kinder. Kindeswohlgefährdung in Neonazifamilien – eine Hilfestellung für Fachkräfte in den Bereichen Recht und (Sozial-)Pädagogik, https://rechtsextremismus-und-familie.de/wp-content/uploads/2022/03/RuF_funktionalisierte_kinder_auf-lage2.pdf, 17.11.2023.

Kieß, Johannes/Wetzel, Gideon (2022): EFBI Digital Report 2022-02. Ausstieg aus der Demokratie: Extrem rechte Parallelstrukturen in Sachsen, https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Digital%20Reports/2022_EFBI_Digital%20Report_2_FGZ.pdf, 17.11.2023.

Leppe, Ricardo (2021): Wissen schafft Freiheit: unsere klar definierten Ziele. [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=0iQXWych57A>, 17.11.2023.

Leppe, Elias (2022): Gesundheit schafft Freiheit: Was würden wir tun, wenn – wir eine Allergie hätten. [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=n1Jphlkk6Go>, 17.11.2023.

LVZ (2021): Illegale Schule in Grimma? Landkreis schiebt Nutzung der Schützenklausen einen Riegel vor. <https://www.lvz.de/lokales/leipzig-ik/grimma/illegale-schule-in-grimma-landkreis-schiebt-nutzung-der-schuetzenklausen-einen-riegel-vor-Y64345PUUYQUDDQL4JJLEGF5WM.html>, 17.11.2023.

MDR Investigativ (2022): Illegale Lerngruppen – Wie Querdenker und Impfgegner das Bildungssystem umgehen. [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=tvAKzABrXno>, 17.11.2023.

Merkur.de (2021): Geheime Querdenker- und Reichsbürger-Schule in Bayern geschlossen – Regierung veröffentlicht neue Details. <https://www.merkur.de/bayern/rosenheim-schechen-bayern-schule-bauernhof-querdenken-unterricht-kinder-behoerden-zr-90999087.html>, 17.11.2023.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin.

Conspirituality als Bindeglied zwischen Esoterik und Reichsideologie

Das Milieu der Reichsbürger*innen galt lange als ungefährlich, wenn auch etwas sonderbar. Gleiches trifft auf ein weit gefasstes Esoterikspektrum zu. Die Bedeutung von Esoterik als Einstieg und Radikalisierungsmotor in der Reichsbürger*innenwelt wurde jedoch lange unterschätzt. Das Milieu der Reichsbürger*innen und große Teile des esoterisch-spirituellen⁴⁶ Spektrums eint zum einen der Glaube an Verschwörungen. Zum anderen stellt die Suche nach alternativen Lebensformen und Erklärungsansätzen bis zur Hinterfragung oder gar Ablehnung staatlicher Institutionen einen fließenden Übergang zwischen den scheinbar unterschiedlichen Phänomenen dar. Dennoch sind nicht alle alternativen Lebensformen zwangsläufig esoterisch oder reichsideologisch.

Das Phänomen der Überschneidung von verschwörungsideologischen und esoterischen Erklärungsmodellen wird als *Conspirituality* bezeichnet.⁴⁷ Zentrale gemeinsame Aspekte sind die Einteilung der Welt in „Böse“ und „Gut“, die Rückbesinnung auf einen vermeintlichen Ursprung sowie ein durch (individuelle oder gesellschaftliche) Krisen ausgelöster Glaube an ein neues Zeitalter. Dieser gemeinsame Verschwörungsglaube führt dazu, dass sich Esoteriker*innen und Reichsbürger*innen im Besitz von verborgenem „Gegenwissen“ sehen, das evidenzbasiertes und gesellschaftlich etabliertes Wissen herausfordere. Dennoch gilt es auch hier zu differenzieren, denn nicht alle spirituell-affinen Personen glauben zwingend an Verschwörungserzählungen, und auch Reichsbürger*innen sind nicht zwangsläufig Anhänger*innen von Esoterik.

Das vielfältige Angebot vermeintlich sanfter Heilmethoden, esoterischer Coachings und spiritueller Naturverbundenheit scheint auf den ersten Blick unpolitisch, friedlich und harmlos. Doch dahinter stehen häufig Akteur*innen, die esoterisch-spirituelle Heilsversprechen anbieten, in denen gesellschaftliche Probleme verkürzt dargestellt werden. Durch diese Komplexitätsreduktion werden scheinbare Lösungen präsentiert. Das macht derartige Angebote gerade in Zeiten multipler Krisen attraktiv – auch für ausgewiesene Demokratiefeind*innen. Die Esoterik fungiert demnach als ‚Rabbit Hole‘⁴⁸ zu den Reichsbürger*innen.

Als prominentes Beispiel für das Zusammenspiel von rechtsextremer Weltanschauung mit heidnischer Esoterik und Reichsideologie gilt Burghardt B., der aufgrund antisemitischer und rassistischer Aussagen wegen Volksverhetzung bereits mehrfach verurteilt wurde. Der selbsternannte Druide und Esoteriker hortete unter anderem scharfe Schusswaffen und Sprengstoff und leugnete in einschlägigen rechtsextremen Netzwerken den Holocaust. Parallel dazu führte er keltische Rituale und Heilungen durch und bezeichnet sich als harmloser „Menschenrechtler“.⁴⁹

46 Esoterik und Spiritualität werden synonym verwendet, wie es in dem Milieu gängig ist.

47 Vgl. Decker/Hellweg/Schließler (2020): 283ff.

48 Der Ausdruck ‚Rabbit Hole‘ bezieht sich im Zusammenhang mit Verschwörungsdanken auf den Einstieg in eine irrationale Gedankenwelt, die zu immer extremeren (rechten) Ideologien führen kann.

49 Vgl. de la Fuerte (2022).



Am besten veranschaulichen lässt sich die Überlappung von Esoterik und Reichsideologie am Beispiel des *Königreich Deutschlands (KRD)*.⁵⁰ Der selbsternannte König des *KRD*, Peter Fitzek, publizierte bereits selbst zu „feinstofflichen Welten“.⁵¹ Passend dazu werden auf der *KRD*-Webseite entsprechende Seminare mit einem besonderen Fokus auf das Thema „Gesundheit & Spiritualität“ angeboten. Neben Veranstaltungen zum „Systemausstieg“ gibt es unter anderen auch ein Seminar, in dem die Teilnehmenden laut Veranstalter*innen ihre „medialen Fähigkeiten“ und den Kontakt zur „feinstofflichen Welt“ erlernen sollen.⁵² Das Angebot wirkt durch die idyllischen Naturbilder vertrauenswürdig und ähnelt dem anderer esoterisch-alternativer Formate. Die spirituell aufgeladenen Heilsversprechen verschleiern dabei die gefährliche Gedankenwelt der Reichsbürger*innen. Gleichzeitig sind sie ansprechend und anschlussfähig für Personen, die sich in spirituell-alternativen Lebenswelten bewegen.

Einschlägige Akteur*innen treffen sich auf den gleichen Esoterikmessen, Online-Portalen und auch auf Veranstaltungen von Rechtsextremen. Die vermeintlich unterschiedlichen Bewegungen sind also längst vermischt.⁵³ Nicht zuletzt lässt sich durch Angebote esoterischer-Selbstoptimierung viel Geld verdienen. Meist sind es Angebote, die sich „alternativmedizinisch“ verorten. Das Geschäft mit politischer Agitation gegen Demokratie und Faktizität ist lukrativ. Hierbei verbinden sich perfide Geschäftsmodelle auf Basis von Schneeballsystemen mit sektenähnlichen Strukturen und bringen Teilnehmende oft in finanzielle und emotionale Abhängigkeiten.⁵⁴

50 Weitere Informationen im Kapitel *Ein Fantasiestaat im Freistaat – Das Königreich Deutschland* in dieser Handreichung.

51 Vgl. Moritz (2021).

52 Königreich Deutschland (2023).

53 Vgl. Pöhlmann (2021); Lamberty/Nocun (2022).

54 Vgl. Lamberty/Nocun (2022): 160f.

Durch klar formulierte Feindbilder, eine fehlende Differenzierung sowie mangelnde Ambiguitätstoleranz⁵⁵ tragen esoterische Weltbilder nicht nur zur Radikalisierung durch Verschwörungsnarrative bei, sondern sie sind auch elementarer Bestandteil der menschenfeindlichen Reichsideologie. Die Suche nach alternativen Heilsversprechen und Behandlungsansätzen auf der Grundlage von verschwörungsideologischem Denken mit der Flexibilität esoterischer Einstellungen dockt an das ideologische Fundament gewaltbereiter Reichsbürger*innen an und stellt eine reale Gefahr und gesellschaftliche Herausforderung dar.

Quellen

Decker, Oliver/Hellweg, Nele/Schließler, Clara (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität. In: Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, hg. v. Elmar Brähler/Oliver Decker, Gießen, S. 283–311.

de la Fuerte, Rick (2022): Milde Urteile für bewaffnetes „Reichsbürger“-Quartett. In: Antifaschistisches Infoblatt 134 (1/2022), <https://antifainfoblatt.de/aib134/milde-urteile-fuer-bewaffnetes-reichsbuerger-quartett>, 13.10.2023.

Königreich Deutschland (2023): <https://koenigreichdeutschland.org/de/medialitaet-seminar.html>, 20.11.2023.

Lamberty, Pia/Nocun, Katharina (2022): Gefährlicher Glaube. Die radikale Gedankenwelt der Esoterik, Köln.

Moritz, Alexander (2021): „König von Deutschland“ eröffnet ohne Lizenz Reichsbürgerbank. In: Deutschlandfunk, <https://www.deutschlandfunk.de/dresden-koenig-von-deutschland-eroeffnet-ohne-lizenz-100.html>, 20.11.2023.

Pöhlmann, Matthias (2021): Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus mischen, Freiburg im Breisgau.

Sonnenstaatland (2020): Liste von Peter Fitzeks Projekten. https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Liste_von_Peter_Fitzeks_Projekten, 20.11.2023.

55 Ambiguitätstoleranz bezieht sich auf die Fähigkeit, Mehrdeutigkeit und Komplexität in einer Situation zu akzeptieren und Unsicherheiten auszuhalten. Menschen mit hoher Ambiguitätstoleranz sind in der Lage, Unsicherheit zu akzeptieren, während Menschen mit geringer Ambiguitätstoleranz dazu neigen, sich eher unwohl oder gestresst zu fühlen, wenn Informationen nicht eindeutig sind. Letzteres macht Personen empfänglicher für einfache, komplexitätsreduzierende Antworten auf unsichere und komplexe Sachverhalte.

Chronik:

Aktivitäten im Milieu der Reichsbürger*innen

Diese Chronik umfasst bundesweite Ereignisse aus den Jahren 2018 bis 2023 mit einem direkten oder indirekten Bezug zum Milieu der Reichsbürger*innen. Auch direkte Aktivitäten wie Angriffe und Bedrohungen oder Verstöße gegen geltende Gesetze wurden von der Redaktion erfasst, um die hohe, bundesweite Bedrohungslage durch Reichsbürger*innen zu verdeutlichen. Dabei handelt es sich lediglich um eine Auswahl von dokumentierten Aktivitäten.

06.12.2023

Pohlheim, Niedersachsen Einzug von Waffen und Entzug der Waffenberechtigung

Bei einer polizeilichen Maßnahme werden einem Mann, der dem Milieu der Reichsbürger*innen angehören soll, Waffen abgenommen und die Waffenberechtigung entzogen. Die Ermittelnden beschlagnahmten u.a. 5000 Schuss Munition.

Quelle: Giessener Allgemeine

17.11.2023

Dresden, Sachsen Bedrohung einer Frau mit Schusswaffe

Ein mutmaßlicher Reichsbürger bedroht eine Frau mit der Schusswaffe. Bei seiner Festnahme werden weitere Waffen gefunden.

Quelle: Radio Dresden

18.04.2023

Lauta, Sachsen Verstoß gegen Sprengstoffgesetz

Bei einer Razzia durch das SEK im Hause eines polizeibekanntem, mutmaßlichen Reichsbürgers werden Materialien und Anleitungen zur Herstellung von Sprengkörpern gefunden.

Quelle: Mitteldeutscher Rundfunk

29.11.2023

Bundesweites Netzwerk Betrieb unerlaubter Bank- und Versicherungsdienstleistungen

Bundesweit werden Objekte des „Königreich Deutschland“ durchsucht. Der Gruppierung wird vorgeworfen, unerlaubte Bank- und Versicherungsgeschäfte zu betreiben.

Quelle: SPIEGEL

22.03.2023

Reutlingen, Baden-Württemberg, bundesweite Razzia Versuchter Mord

Bei einer Razzia wird ein Polizist angeschossen. Die Razzia richtet sich gegen fünf Personen gegen die der Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, die das politische System in Deutschland stürzen wollte, vorlag.

Quelle: Südwestdeutscher Rundfunk

23.11.2023

Bundesweites Netzwerk Bildung einer kriminellen Vereinigung

Die Polizei durchsucht in acht Bundesländern mutmaßliche Objekte des Reichsbürger*innen-Milieus. Der Gruppe wird zur Last gelegt, massenhaft staatliche Einrichtungen sabotiert und bedroht zu haben.

Quelle: Bayerischer Rundfunk

07.12.2022

Bundesweites Netzwerk Bildung einer Rechtsterroristische Vereinigung

Der Vorwurf gegen die Gruppe lautet, den gewaltsamen Umsturz der Regierung und die Stürmung des Reichstags geplant zu haben. Unter den 54 Beschuldigten sind u.a. Elitesoldaten, die ehemalige AfD-MdB Birgit Malsack-Winkemann und der Adlige Heinrich XIII. Prinz Reuß.

Quelle: Tagesschau

19.11.2023

Wemding, Bayern Vollstreckung eines Haftbefehls, Angriff auf Journalisten

Im Bayerischen Wemding treffen sich Reichsbürger*innen zu einem Treffen für das bundesweit mobilisiert wurde. Am Abend durchsucht die Polizei das Veranstaltungshotel. Dabei wurde gegen eine Person ein offener Haftbefehl vollstreckt. Gegen eine weitere Person wird wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Journalisten ermittelt.

Quelle: Bayerischer Rundfunk

20.04.2022
Boxberg-Bobstadt, Baden-Württemberg
Schüsse auf Polizei

Bei dem Versuch der Beschlagnahmung einer Waffe durch die Polizei wird mit automatischen Kriegswaffen geschossen und ein Haus angezündet. Die Polizei findet im Zuge des Einsatzes ein Waffenarsenal.

Quelle: Südwestdeutscher Rundfunk

13.04.2022
bundesweit
Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden
Gewalttat, Verstöße gegen das
Waffen-/ Kriegswaffenkontrollgesetz

Die mutmaßlichen Rädelsführer*innen der Chatgruppe „Vereinte Patrioten“ mit rund 70 Mitgliedern, bestehend aus Reichsbürger*innen und Gegner*innen der Corona-Politik, planten Anschläge auf die Energieversorgung, die Herbeiführung bürgerkriegsähnliche Zustände sowie die Entführung des Gesundheitsministers Karl Lauterbach.

Quelle: Südwestdeutscher Rundfunk

30.03.2022
Neumarkt, Bayern
Durchsuchung zur polizeilichen Gefahrenabwehr

Bei einer Durchsuchung werden 70 Schusswaffen sichergestellt, davon 15 illegal. Sechs Personen planten Anschläge auf das Stromnetz.

Quelle: Bayerischer Rundfunk

07.02.2022
Efringen-Kirchen, (Lörrach), Baden-Württemberg
Versuchter Mord und Waffenfund

Die Person sieht sich als Staatsbürger des Großherzogtums Baden. Er entzieht sich mehrfach Polizeikontrollen, fährt einen Polizisten an und verletzt diesen schwer. Das Gericht verurteilt ihn wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Haft.

Quelle: Tagesschau

29.12.2021
München, Bayern
Verstoßes gegen das Waffengesetz, Bedrohung

Am Rande einer Demonstration gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie wird ein Passant mit einem Messer bedroht. Neben dem Verstoß gegen das Waffengesetz wird wegen Beleidigung,

Bedrohung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. Er fiel Beamten bereits vorher durch verbale Äußerungen auf und konnte dem Reichsbürger*innen-Milieu zugeordnet werden.

Quelle: T-Online

10.12.2021
Memmingen, Bayern
Beamte verletzt, gefälschte Impfpässe

Drei Beamte werden verletzt als sie einen polizeibekanntes Reichsbürger wegen gewerbsmäßiger Fälschung von Impfpässen aufsuchen. Die Post hatte zuvor ein beschädigtes Paket mit Impfpässen gefunden und dies gemeldet.

Quelle: Redaktionsnetzwerk Deutschland

06.12.2021
Rems-Murr-Kreis, Baden-Württemberg
Bedrohung

Der selbsternannte „Befehlshaber“ der (nach Ende des zweiten Weltkriegs aufgelösten) alliierten „SHAEF“-Besatzungstruppen veröffentlicht in einem Telegramkanal mit bis zu 12.000 Abonnent*innen „Todesurteile“. Aufgrund der Reichweite des Kanals wird der Bürgermeister von Bad Doberan unter Personenschutz gestellt, nachdem ein Mordaufruf/Todesurteil gegen ihn veröffentlicht wurde.

Quelle: T-Online

25.11.2021
München, Bayern
Freiheitsberaubung, Widerstands gegen
Vollstreckungsbeamte

Bei einer Durchsuchung aufgrund von Ermittlungen wegen Erpressung werden Beamte mit einem Messer bedroht und festgehalten.

Quelle: T-Online

07.09.2021
Linden, Hessen
Versuchter Totschlag

Bei Durchsuchungen wegen dem Verdacht des versuchten Betruges und der Urkundenfälschung wird mit einer Armbrust auf Beamte geschossen.

Quelle: Gießener Allgemeine

29.08.2020
Berlin
„Sturm auf den Reichstag“

Reichsbürger*innen und andere Demonstrationsteilnehmende, darunter bekannte Neonazis, durchbrechen Absperrungen zu den Reichstagstrepfen und versuchen ins Gebäude einzudringen. Am Rand der Großdemonstration vor der russischen Botschaft werden Steine und Flaschen auf Polizist*innen geworfen. Es gibt 200 Festnahmen, darunter der Verschwörungsideologe Attila Hildmann.

Quelle: Tagesspiegel

08.07.2020
Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Österreich
Illegaler Waffenhandel

Durchsuchung bei zahlreichen Personen aus dem rechten und Reichsbürger*innen Spektrum. Gegen sie besteht der Vorwurf des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Waffengesetz. Es fanden Waffenlieferungen aus Kroatien nach Deutschland statt.

Quelle: Leipziger Volkszeitung

14.02.2020
Bad Laasphe, Nordrhein-Westfalen
Morddrohungen

Der Oberbürgermeister Wuppertals und weitere Beamte werden mit dem Tod bedroht. Der Beschuldigte war früher Sportschütze. Bei einer Durchsuchung werden ein Gewehr und ein Messer beschlagnahmt.

Quelle: Frankfurter Rundschau

25.09.2019
Ottendorf-Okrilla, Sachsen
Widerstand gegen Festnahme

Ein Grundstück soll durchsucht werden. Die betroffene Person rammt einen Polizeiwagen und versucht zu fliehen, woraufhin diese mit Pfefferspray überwältigt wird.

Quelle: Radio Dresden

05.09.2019
bundesweit
Bildung einer kriminellen Vereinigung

Bei Mitgliedern der Gruppe „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ werden Razzien wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchgeführt. Weitere Vorwürfe lauten Bedrohung, die versuchte Frei-pressung des inhaftierten Holocaustleugners Horst Mahler, Sachbeschädigungen, versuchte Nötigung, versuchte Erpressungen und versuchte Freiheitsberaubungen. Einige Gruppenmitglieder bekleideten selbst erschaffene Ämter und tagten regelmäßig in einem selbsternannten Gericht.

Quelle: ZEIT

02.03.2019
Burglengenfeld, Bayern
Verstöße gegen Sprengstoff- und das Waffengesetz

Ein mutmaßlicher Reichsbürger platziert eine Bombe mit Quecksilber in einem Baugebiet. Sie wird entschärft und der Täter später auf Mallorca festgenommen. Er wird zu einer Haftstrafe und ein Komplize zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Quelle: Idowa.de

02.02.2019
Brunnthal, Bayern
Urkundenfälschung und Waffenfund

Wegen eines gefälschten Dokortitels wird die Wohnung eines bereits polizeibekanntens Reichsbürgers durchsucht und dabei verschiedene Waffen gefunden.

Quelle: Münchner Merkur

09.10.2018
Burkau, Sachsen
Freiheitsberaubung und Körperverletzung

Eine Finanzbeamtin wird auf dem Grundstück eines Reichsbürgers von diesem zu Boden gestoßen, geschlagen und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten.

Quelle: Dresdner Neuste Nachrichten

25.09.2018
Thiendorf, Sachsen
Verstoß gegen das Waffengesetz

Bei einer Wohnungsdurchsuchung eines mutmaßlichen Reichsbürgers werden unter anderem illegale Schusswaffen beschlagnahmt. Quelle: Leipziger Internetzeitung

08.04.2018
Berlin, Brandenburg, Thüringen
Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung

Durchsuchungen bei acht Personen wegen des Verdachts der Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung sowie der Planung, Waffendepots zu errichten, um eine eigene Armee zu errichten. Mutmaßlich zogen sie bei der Planung die Tötung von Menschen in Betracht. Es bestand außerdem der Verdacht auf waffenrechtliche Verstöße.

Quelle: Tagesspiegel

28.03.2018
Groß Berkel, Niedersachsen
Gefährliche Körperverletzung und versuchte Gefangenenbefreiung

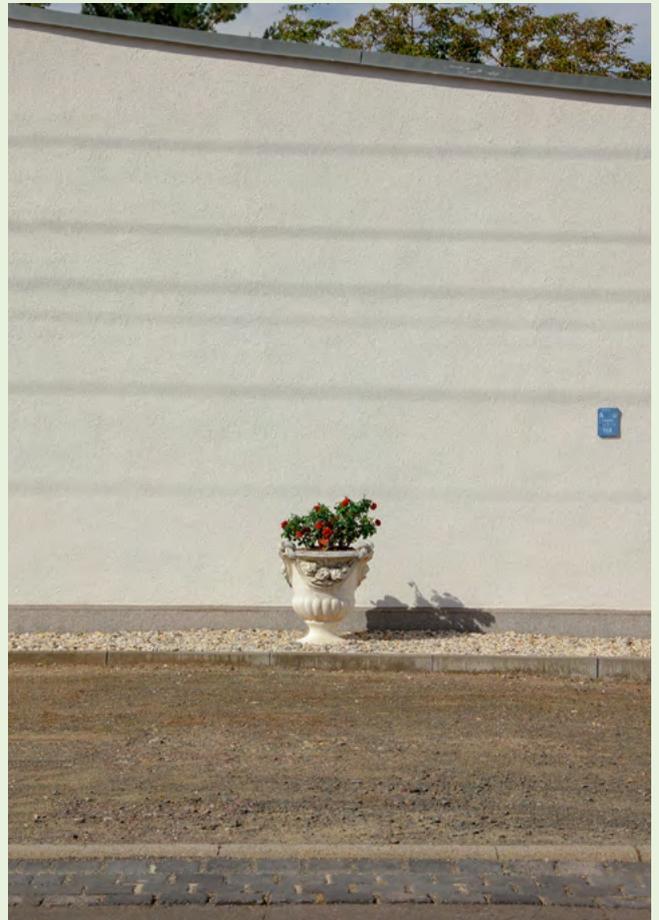
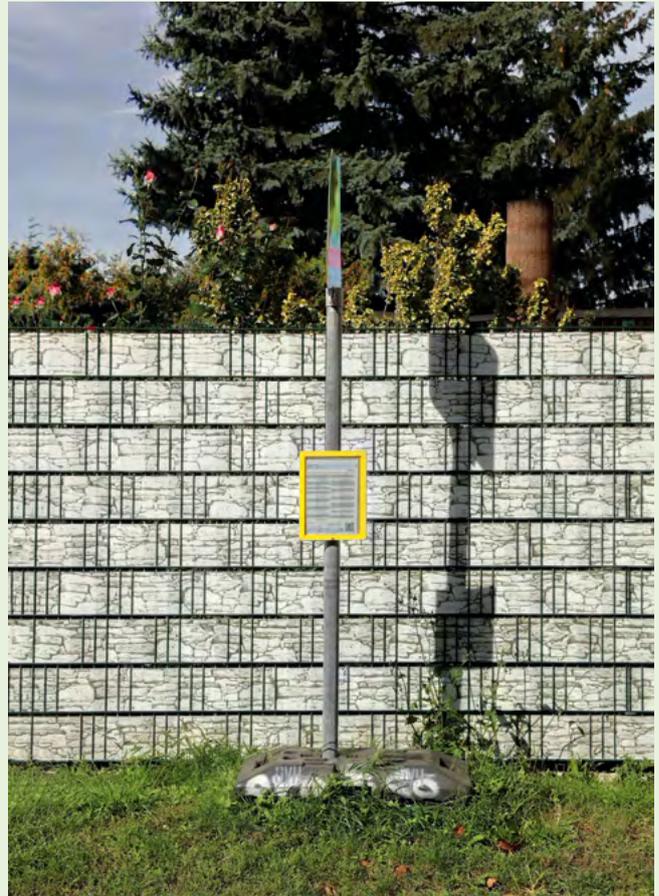
Zwei Personen versuchen eine auf ihrer Arbeitsstelle festgenommene Reichsbürgerin aus dem Streifenwagen mit Reizgas zu befreien. Dabei werden drei Beamte leicht verletzt. Die beiden bereits polizeibekanntes Täter*innen verfolgen den Streifenwagen um einen weiteren Befreiungsversuch zu unternehmen und flüchten dann.

Quelle: FAZ

15.03.2018
Hamel, Niedersachsen
Widerstand bei Festnahme

Bei der Vollstreckung mehrerer offener Haftbefehle gegen einen mutmaßlichen Reichsbürger werden sechs Polizeibeamte mit Tierabwehrspray verletzt.

Quelle: Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont-Holzminden



Reichsbürger*innen in Sachsen: 2000 bis heute

Der folgende Artikel unternimmt den Versuch, einige zeitliche Ereignisse und Stränge des reichsideologischen Milieus in Sachsen nachzuzeichnen. Für die Zeit von 1990 bis 2000 ließen sich allerdings keine Dokumente oder Belege für die Existenz eines entsprechenden Milieus im Freistaat finden. Das liegt auch daran, dass die Dokumentation durch staatliche Stellen erst in den 2010er-Jahren begann.

Anfänge in den 2000er-Jahren

Auch in den frühen 2000er-Jahren gab es zunächst wenig öffentliche Erkenntnisse über Reichsbürger*innen in Sachsen. Antworten der Sächsischen Staatsregierung auf regelmäßige parlamentarische Anfragen einiger Abgeordneter des Sächsischen Landtags, wie beispielsweise Kerstin Köditz (DIE LINKE) lassen aber vermuten, dass es einzelne Aktivitäten des Milieus in Sachsen gegeben hat.⁵⁶ Die PDS Fraktion zählt in der Großen Anfrage zum Rechtsextremismus aus der 3. Wahlperiode des Sächsischen Landtags (Drucksache 3/10458) mehrere Aktivitäten von Reichsbürger*innen für die Städte Borna und Grimma auf und erwähnt Veranstaltungen der *Kommissarischen Reichsregierung* in Sachsen. Zu einer Antwort durch die Staatsregierung kommt es damals nicht, da die Anfrage von der Fraktion wieder zurückgezogen wurde. Ferner zeigen auch spätere Antworten der Staatsregierung auf die Anfragen von Köditz, dass bestimmte Regionen in Sachsen, wie die Gemeinde Bärwalde bei Radeburg (Landkreis Meißen) oder Boxberg im Landkreis Görlitz, schon in den 2000er-Jahren als Orte eines aktiven Reichsbürger*innen-Milieus bekannt waren. Für die 2000er-Jahre werden weiterhin Aktivitäten der *Kommissarischen Reichsregierung* durch die Landesregierung mehrfach bestätigt.

Das Reichsbürger*innen-Milieu ist eng mit dem Milieu der sogenannten Geschichtsrevisionist*innen verbunden. Der im nordrheinwestfälischen Vlotho angesiedelte Verein *Collegium Humanum* gilt als Sammelstätte zahlreicher Rechtsextremist*innen, aber auch Mitglieder des Milieus der Reichsbürger*innen. Zwei Schlüsselpersonen sind Ursula Haverbeck und Horst Mahler. Beide sind nicht nur seit Jahren für das Leugnen des Holocausts bekannt. Sie gelten auch als Stichwortgeber der sogenannten Reichsbürger*innen-Bewegung. Ab dem Jahr 2007 sind Aktivitäten dieses Personenkreises aus Vlotho auch in Sachsen belegt.⁵⁷ In der Kleinstadt Borna will der Vlothoer Verein *Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern* in einem leerstehenden Objekt der ehemaligen Bergbauindustrie eine Wallfahrtsstätte für Geschichtsrevisionist*innen entstehen lassen. Befürchtungen, dass der Verein nach dem Verbot des *Collegium Humanum* 2008 seine Aktivitäten gänzlich nach Sachsen verlegen würde, bestätigten sich schlussendlich nicht.

⁵⁶ Zu dieser Erkenntnis gelangten die Autor*innen durch das Abrufen von Dokumenten im EDAS Informationssystem des Sächsischen Landtags für den Zeitraum 01.01.2004 bis 31.12.2015 mit der Schlagwortsuche „Reichsbürger“.

⁵⁷ Vgl. Chronik.Le 2023.

Der aus dem bayrischen Fürth stammende Peter Frühwald gilt als Erfinder der sogenannten Selbstverwaltung.⁵⁸ Frühwald beruft sich ebenso wie Reichsbürger*innen oder die *Kommissarische Reichsregierung* auf die Mythen des nach wie vor existenten Deutschen Reiches. Zugleich sieht Frühwald das Ziel aber nicht in der Wiederbelebung des Reichs, sondern vielmehr in der individuellen Selbstverwaltung. Er wechselte von Fürth nach Leipzig und betreibt von hier aus mehrere Internetseiten. Auch lädt Frühwald regelmäßig zu sogenannten Selbstverwalter-Treffen oder Seminaren ein, aus welchen der Aktivist teilweise hohe Teilnehmer*innengebühren bezieht. Der Selbstverwaltungsmythos von Frühwald kann auch als Stichwortgeber für spätere Milieupersonen wie Adrian Ursache in Sachsen-Anhalt angesehen werden.

2012: Das Deutsche Polizeihilfswerk (DPHW)

Der Freistaat Sachsen wird ab 2012 Dreh- und Angelpunkt eines ersten Versuchs des Reichsbürger*innen-Milieus, sich bundesweit aufzustellen. Der aus dem Landkreis Meißen stammende Volker Schöne gründete 2012 die *Vereinigung Deutsches Polizeihilfswerk (DPHW)*. Schöne war zuvor als

Nicht-Polizist Fördermitglied der *Deutschen Polizeigewerkschaft in Sachsen e.V.* und pflegte unter anderem die Webseite der Organisation. Die Notwendigkeit zur Gründung des *DPHW* ergab sich für Schöne auch aus einem angeblichen Versagen der eigentlichen Polizei, was er wiederum mit verschwörungsideologischen und reichsideologischen Behauptungen stützte.⁵⁹ Schöne gelang es, zwischen 2012 und 2013 in mehreren Bundesländern mehrere Hundert Mitglieder zu rekrutieren. Zugleich geriet das *DPHW* auch ins Fadenkreuz polizeilicher Ermittlungen. Am 23. November 2012 hinderten mehrere Mitglieder der Reichsbürger*innen-Gruppe in Bärwalde (Landkreis Meißen) gewaltsam einen Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Meißen an der Ausübung einer Zwangsvollstreckung. Für diese Aktion wurden später die Beteiligten zu mehrjährigen Haftstrafen beziehungsweise Bewährungsstrafen verurteilt, darunter auch Gründer Volker Schöne. Seit 2013 ermittelte die Polizei in mehreren Bundesländern gegen das *DPHW*, unter anderem wegen Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Das *DPHW* steht bis

heute für einen der erfolgreichsten Versuche, binnen weniger Monate eine handlungsfähige Organisation auf der Grundlage der gemeinsamen Ideologie aufzubauen.

Einen anderen Ansatz verfolgen solche Reichsbürger*innen, die weniger auf den aktionistischen Weg setzen. Dazu gehört der aus der Region Leipzig stammende Hans Joachim Müller. Müller war bereits 2013 Gründungsmitglied der Partei *Deutsche Mitte*, welche vor allem durch Verschwörungs- und Reichsideologien auffiel. Müller bemühte sich auch um Kontakte zu und Einfluss auf den *PEGIDA*-Gründer Lutz Bachmann und versuchte, innerhalb dieser Bewegung verschwörungsideologische Inhalte zu setzen. Im Verlauf der COVID-19-Pandemie fiel Müller als QAnon⁶⁰-Aktivist und Reichsbürger auf.⁶¹

Ursula Haverbeck

Ursula Haverbeck (geb. Wetzel) gründete gemeinsam mit ihrem späteren Mann Werner Georg Haverbeck 1963 den Verein *Collegium Humanum in Vlotho*. Nach dem Tod des Mannes übernahm sie 1999 die Leitung des Vereins. Aus diesem Verein und seinem Personengeflecht entstanden weitere Vereine und Initiativen, die sich vor allem der Geschichtsverfälschung widmeten. Insbesondere das Leugnen des Holocausts ist sowohl mit Haverbeck persönlich als auch mit dem Verein verbunden. Seit 2004 stand Ursula Haverbeck mehrfach wegen §130 StGB (Volksverhetzung) vor Gericht, wurde verurteilt und erhielt Haft- und Geldstrafen. Die 2023 94-Jährige streitet sich immer wieder mit den Behörden und ihren Anwälten zur Frage der Haftfähigkeit.

58 Vgl. Rathje 2017: 139.

59 Vgl. Janz/Speit 2017: 124.

60 Siehe auch den Beitrag *Narrative der Reichsbürger*innen im Check: Von Fiktion zu Fakten* in dieser Handreichung.

61 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020: 15.

Er sprach ebenso auf dem Gründungstreffen der *Freien Sachsen* 2021. Der Partei *Deutsche Mitte* gelang es allerdings weder im Bund noch in Sachsen, politische Erfolge zu erreichen.

2016: Beginn der staatlichen Beobachtung

Erst im Jahr 2016 begann eine systematische Erfassung der Reichsbürger*innen in Sachsen. So gibt es im sächsischen Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2016 erstmals ein Kapitel zu dem Milieu.⁶² In diesem Dokument sowie auch in späteren Veröffentlichungen der Behörde ist zu lesen, dass insbesondere drei Reichsbürger*innen-Organisationen zwischen 2014 und 2017 in Erscheinung traten. Diese waren einerseits Reichsbürger*innen aus Dresden sowie Ostsachsen, welche die Organisation *Bundesstaat Sachsen* gründeten. Die Reichsbürger*innen folgten damit einem Trend der Regionalisierung der Ideologie, der bereits in Bayern oder Brandenburg beobachtet werden konnte. Ansonsten fielen die Reichsbürger*innen vor allem durch Drohschreiben an Behörden und Gerichte auf. Andererseits sind einige wenige Aktivitäten der bundesweit agierenden Organisationen *Exilregierung – Deutsches Reich* des Polit-Rentners Norbert

Schittke aus Niedersachsen sowie von *Staatenlos.Info* des Reichsbürgers Rüdiger Hoffmann belegt. Letzterer meldet immer wieder Kundgebungen in Sachsen an, so beispielsweise in Dresden, Bautzen und Seifhennersdorf.

Ähnlich wie in anderen Ländern, begann ab 2016 die waffenrechtliche Überprüfung der Milieu-Angehörigen. Auf diese Weise kam es auch gehäuft zu Polizeieinsätzen, bei denen Polizisten versuchten, die Waffen von Milieu-Angehörigen einzuziehen. Einige dieser Einsätze verliefen unfriedlich. Traurige Berühmtheit erlangte ein Einsatz im Süden Sachsen-Anhalts. Hier schoss der Aktivist Adrian Ursache auf Polizeibeamte, als diese dem Gerichtsvollzieher Amtshilfe leisteten.⁶³



62 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2016: 313ff.

63 Siehe dazu den Artikel *Worte bleiben nicht bloß Worte* in dieser Handreichung.

2020 und Folgejahre: Das Milieu wird stärker

Die frühen Kontinuitäten der Reichsideologie in Sachsen ließen bereits befürchten, dass auch ab den 2020er-Jahren nicht mit einer Mäßigung des Milieus zu rechnen sein wird. Wenig überraschend gelang es auch anderen, bundesweit agierenden Reichsbürger*innen wie Peter Fitzek, Gründer des *Königreichs Deutschland*, in Sachsen Fuß zu fassen.⁶⁴ Auch die Organisation *Vaterländischer Hilfsdienst* betreibt inzwischen mindestens drei regionale Ableger in Sachsen. Aus der Region Chemnitz ist darüber hinaus die *Freie Wählervereinigung* bekannt. Sie machte Schlagzeilen, weil Bewohner*innen verschiedener Gemeinden mehrfach zu sogenannten Scheinwahlen aufgerufen wurden. Mit der Gründung der Partei *Freie Sachsen* 2021 existiert nun auch eine landesweit agierende Organisation, die sowohl reichsideologisch als auch rechtsextrem eingestellt ist. Gründer und Chef Martin Kohlmann gilt als überzeugter Monarchist sowie Fan eines „Königreichs Sachsen“. Auch der zum Rechtsterrorismus neigende Teil des Milieus hat Anhänger*innen in Sachsen. Der Gruppe der *Vereinten Patrioten* gehörte beispielsweise Elisabeth R. aus Flöha an. Die 75-Jährige versuchte Mitglieder für den bewaffneten Kampf der Gruppe zu organisieren. Auch die *Patriotische Union* des mutmaßlichen Anführers Reuß verfügte in Sachsen über Unterstützung. Bei den bundesweiten Razzien wurden mehrere Objekte untersucht sowie Ermittlungsverfahren gegen Beschuldigte aufgenommen.⁶⁵

Die bundesweite Bedeutung des Freistaates für das Reichsbürger*innen-Milieu lässt sich auch an den jüngsten Zahlen erkennen. Demnach gab es 2022 rund 2.500 Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen allein in Sachsen.⁶⁶ Zum Vergleich: In Deutschland zählen die Behörden insgesamt 23.000 Milieu-Angehörige.

Quellen

Amadeu Antonio Stiftung (2020): de:hate report #01 – QAnon in Deutschland, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/11/01-dehate-report-QAnon.pdf>, 20.11.2023.

Chronik.Le (2023): Der Verein Gedächtnisstätte Borna, <https://chronikle.org/dossiers/verein-gedaechtnisstaeette-borna>, 20.11.2023.

Janz, Carsten/ Speit, Andreas (2017): Wir sind im Krieg – Waffen innerhalb der Szene. In: Reichsbürger – Die unterschätzte Gefahr, hg. von Andreas Speit, Berlin, S. 115 bis 132.

Rathje, Jan (2017): Die vermeintlichen Mächte im Hintergrund – Antisemitismus im Milieu von Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Souveränisten. In: Reichsbürger – Die unterschätzte Gefahr, hg. von Andreas Speit, Berlin, S. 133 bis 143.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (2017): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (2023): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022.

64 Siehe dazu den Artikel *Ein Fantasiestaat im Freistaat – Das Königreich Deutschland* in dieser Handreichung.

65 Siehe dazu den Artikel *Worte bleiben nicht bloß Worte* in dieser Handreichung.

66 Sächsisches Staatsministerium des Innern 2022: S. 97.

Reichsbürger*innen in Sachsen: Online-Aktivitäten

Angekurbelt von der COVID-19-Pandemie und den zahlreichen Demonstrationen in der Region sowie der aufstrebenden QAnon-Verschwörungsideologie⁶⁷ aus den Vereinigten Staaten, nimmt die Reichsbürger*innen-Anhängerschaft in Sachsen stetig zu. Das Milieu der Reichsbürger*innen ist sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene ideologisch sehr heterogen. So kooperieren die einzelnen Vereine und Organisationen nicht direkt miteinander, da ihre zahlreichen Rädelsführer*innen unterschiedliche Konflikte untereinander austragen und ihre konkreten Weltbilder miteinander konkurrieren. Im weiteren Verlauf werden das aktuelle sächsische Milieu (2023) sowie seine diversen Online-Aktivitäten näher betrachtet.

Aktive Organisationen der Reichsbürger*innen in Sachsen

Zu den bedeutendsten überregional agierenden Organisationen aus Sachsen gehören das von Peter Fitzek gegründete *Königreich Deutschland (KRD)* und seine zahlreichen Subunternehmen, der von Rüdiger Hoffmann gegründete *Comedian e. V.* mit seinem dazugehörigen Online-Auftritt *Staatenlos.info*, der *Vaterländische Hilfsdienst (VHD)* und die daran ideologisch eng angegliederte Gruppierung *Bismarcks Erben*.

Neben diesen überregional agierenden sächsischen Organisationen gibt es auch kleinere, regional angebundene Vereine. Zu den kleineren Reichsbürger*innen-Verbänden zählen der Königlich Sächsische Gemeindeverband, die *Gemeinwohl-Lobby Sachsen*, der *Reichsverband deutscher Rechtskonsulten* aus Riesa der *Freistaat Preußen* sowie der *Bundesstaat Sachsen*.

Das *KRD* ist die am stärksten wachsende und medienwirksamste Reichsbürgerorganisation Deutschlands. Die sektenähnliche Organisation wurde als Fantasiemonarchie 2012 in Wittenberg ausgerufen. Das *KRD* arbeitet am Aufbau einer komplett autarken Parallelgesellschaft mit eigenen institutionellen Strukturen. Den Großteil ihres Erfolges verdanken sie der starken Telegram-Präsenz, die einen regelmäßigen Zustrom neuer *KRD*-Anwerber*innen gewährleistet.

Staatenlos.info und der *Comedian e. V.* wurden vom ex-NPD-Abgeordneten Rüdiger Hoffmann gegründet. Die Organisation stellt Hoffmanns These der Staatenlosigkeit ins Zentrum. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird aktiv abgelehnt, da „Deutschland im nationalsozialistischen Zustand“⁶⁸ existiere. So handele es sich bei der Bundesrepublik lediglich um eine „angloamerikanische Treuhandverwaltung“⁶⁹ von Vermögen.

Der *Vaterländische Hilfsdienst* wurde 2020 gegründet und gliedert sich regional in drei sogenannte „Armeekorpsbezirke“ in Leipzig, Dresden und Posen. Überregional ist der *VHD* Teil des *Ewigen Bundes*, einer nationalen Reichsbürger*innenvereinigung mit 24 regionalen Ablegern, die sich paramilitärisch⁷⁰ verstehen und sich „noch immer im Kriegszustand“⁷¹ wähnen. Zum

67 Siehe auch den Beitrag *Narrative der Reichsbürger*innen im Check: Von Fiktion zu Fakten* in dieser Handreichung.

68 Staatenlos (2023).

69 Ebd.

70 Vgl. MDR investigativ/mpö (2022).

71 VHD (2023).



VHD gehören auch *Bismarcks Erben*, eine Subgruppierung, die laut eigenen Angaben folgende Zielsetzung hat: „Bundesstaatenangehörige zusammenzuführen und sie zu vernetzen, um die Deutsche Frage zu lösen.“⁷²

Der *Königlich Sächsische Gemeindeverbund* wurde 2017 in Hainichen (Landkreis Mittelsachsen) gegründet und stellt die Staatseigenschaft der Bundesrepublik Deutschland infrage. Auf ihrer Webseite und dem zugehörigen Telegram-Kanal verbreitet die Kleinstgruppierung regelmäßig Proklamationen und Fantasie-Formulare. Außerdem verteilt sie Aushangzettel in Schrebergärten.

Die *GemeinWohl-Lobby* Sachsen sieht sich als Bürger*inneninitiative aus Dresden, Bautzen und Görlitz, die eine „verfassungsgebende Versammlung“ einführen möchte, mittels eines „GesellschaftsFAIRtrags“ als Verfassungsentwurf anstelle des deutschen Grundgesetzes. Ihr Telegram-Kanal, der im Herbst 2023 1.889 Follower*innen verzeichnete, wurde im Zuge der Pandemie eröffnet und fokussiert sich konsequent auf die Delegitimierung öffentlicher Institution wie der WHO.

Der *Reichsverband deutscher Rechtskonsulenten* wurde 2009 in Riesa gegründet und verfolgt die Wiederherstellung der deutschen Reichsgesetze und -verfassung sowie die Einsetzung der Reichsgrenzen von 1914. Ähnlich wie der VHD arbeitet der Reichsverband auch mit regionalen Ablegern, die er „Volksbüros“ nennt. Online-Aktivitäten der Organisation finden nur sporadisch statt.

72 Ebd.

Der *Bundesstaat Sachsen* wurde von Privatpersonen aus Dresden beziehungsweise der Region Ostsachsen gegründet, um die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland zu hinterfragen und die Wiederherstellung eines vermeintlichen „Staatenbundes Deutsches Reich“ innerhalb der Reichsgrenzen von 1914 zu fordern. Online ist die Organisation, abgesehen von einer unregelmäßig gepflegten Webseite, inaktiv.

Die Online-Strategie von Reichsbürger*innen in Sachsen

Die antidemokratischen Überzeugungen der Reichsbürger*innen in Sachsen fließen auch in ihre Online-Strategien mit ein, die primär auf Mobilisierung, Zuwachs und Bekanntmachung ihrer demokratiefeindlichen Ideologie ausgelegt sind. Doch nicht alle Organisationen sind online gleich stark aufgestellt und besitzen eine stringente Medienstrategie. So sind Organisationen wie der Bundesstaat Sachsen, der Reichsverband deutscher Rechtskonsulenten oder der Königlich Sächsische Gemeindeverbund kaum online sichtbar. Ihre Webseiten dienen primär der Bekanntmachung der Organisation sowie der Publikation von Fantasiedokumenten, -Verfassungsentwürfen, Proklamationen oder etwaigen Formularen.

Relevanter sind Organisationen wie das *KRD*, *Comedian e.V.*, der *VHD*, *Gemeinwohl-Lobby* oder *Bismarcks Erben* – die ohne ihre Internetpräsenz und ihr Social-Media-Auftreten nicht ein solches Wachstum ihrer Anhänger*innenschaft hätten verzeichnen können. Insbesondere Telegram dient dabei als Verstärker ihrer antidemokratischen Diskurse und gleichzeitig als Visitenkarte für Interessierte. Sie profitieren von crossmedialen Vernetzungen, die beispielsweise von Telegram zu Odysee⁷³ führen und eine Speicherung verbotener Inhalte gewährleisten. Besonders während der Pandemie verzeichneten einschlägige Telegram-Kanäle einen großen Zuwachs an neuen Anhänger*innen, die bis dahin keine ideologischen Affinitäten aufwiesen. Dem *KRD* gelang es zum Beispiel über 4.000 echte Anhänger*innen⁷⁴ durch diverse Social-Media-Aufrufe und knapp 12.000 Follower*innen auf Telegram zu gewinnen (Stand Herbst 2023). Ähnlich verfahren auch *Bismarcks Erben*, die im Herbst 2023 knapp 1.400 Leute auf Telegram unterhalten, mit durchschnittlichen Beitragsreichweiten, die in den fünfstelligen Bereich ragen. Der Algorithmus Telegrams, der hauptsächlich von geteilten Botschaften lebt, bietet diesen antidemokratischen Gruppierungen im Netz die perfekte Bühne, um ihre Botschaften massenwirksam über den eigenen Resonanzraum hinauszutragen. Gleichzeitig gewährleistet Telegram auch eine gegenseitige Vernetzung sowie ideologische Bereicherung. So teilen einzelne Reichsbürger*innen-Kanäle Inhalte voneinander und verstärken damit die Wirkung der Beiträge. Diese schwer zu moderierenden Plattformen erlauben es Reichsbürger*innen, in neue antidemokratische Milieus wie das von QAnon vorzustoßen und von der Offenheit dieser für andere ideologische Überzeugungen zu profitieren. Das breit gefächerte Social-Media-Angebot erlaubt es Gruppierungen wie *Staatenlos.info*, zwischen Plattformen zu wählen. Sie nutzen bevorzugt den dezentralen Videostreaming-Dienst Odysee, der ihnen die Ausstrahlung eines Reichsbürger*innen-TV-Formates erlaubt. Es verzeichnet bis dato über 1.000 Follower*innen und teilt mehrmals pro Woche verschwörungsideologische Dokumentationen. Letztendlich spielt auch Mobilisierung, also die Planung und Durchführungen von Aktivitäten wie Demozügen oder Aufmärschen, eine wichtige Rolle im Online-Bereich.

73 Dezentraler Videostreaming-Dienst, auf welchem Inhalte nicht gelöscht werden können.

74 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022): 99.

Mit Blick auf die Zukunft können folgende Tendenzen festgehalten werden: Wie bereits seit der Pandemie von deutschen Sicherheitsbehörden festgestellt wurde, lässt sich im Milieu eine Radikalisierung⁷⁵ durch eine erhöhte Militanz und Gewaltbereitschaft konstatieren. So werden Entführungs- oder Putschversuche auf Telegram strukturiert geplant und orchestriert. Die Radikalisierung des Reichsbürger*innen-Milieus vollzieht sich jedoch nicht nur als isoliertes Online-Phänomen, sondern als ‚Onlife‘-Strategie⁷⁶ mit realen Konsequenzen. Das belegen die geplanten Umsturzpläne, Kidnapping-Versuche und die steigende Gewaltbereitschaft auf beunruhigende Weise.

Quellen

Bundesamt für Verfassungsschutz (2023): *Das „Königreich Deutschland“ – Staatssimulation von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“*, <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/reichsbuerger-und-selbstverwalter/reichsbuerger-staatssimulation.html>, 11.12.2023.

Bundesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022): *Sächsischer Jahresbericht 2022*, <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/jahresberichte-4103.html>, 11.12.2023.

MDR investigativ/mpö (2022): *Selbsternannter „König von Deutschland“ So trickst Reichsbürger Fitzek Deutschland aus*, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/reichsbuerger-fitzek-koenig-deutschland-sachsen-114.html>, 14.08.2023.

Schulze, Lea (2023): *Prozess um geplante Lauterbach-Entführung: Die unterschätzte Gefahr der Reichsbürger*, <https://www.tagesspiegel.de/politik/prozess-um-geplante-entfuhrung-von-lauterbach-die-unterschatzte-gefahr-der-reichsbuerger-9838850.html>, 14.08.2023.

Sonnenstaatland (2023): *Urkunde; „Datei:2018-09-02 at 22-23-41.jpg“*, https://wiki.sonnenstaatland.com/index.php?title=Datei:2018-09-02_at_22-23-41.jpg&filetimestamp=20180902203632&, 14.08.2023.

Staatenlos. Info/Comedian e.V. (2023): *Entnazifizierung = neues Staatssystem in Deutschland: Varianten der notwendigen Entnazifizierung von Deutschland*, <https://staatenlos.info/entnazifizierung-neues-staatssystem-in-deutschland>, 14.08.2023.

Vaterländischer Hilfsdienst (2023): *Der vaterländische Hilfsdienst des Ewigen Bundes*, <https://www.hilfsdienst.net/grundlagen.html>, 14.08.2023.

75 Innerhalb der Szene verdichtet sich die Zahl der Angriffe, Drohungen, Bewaffnungen bis hin zu Putschversuchen. Seit dem Beginn der Pandemie steigt die Zahl der gewaltsamen Übergriffe, was der Fall der geplanten Lauterbach-Entführung, die zahlreichen Razzien, Waffenfunde und dokumentierten Vorfälle verdeutlichen. Vgl. Schulze, Lea (2023).

76 ‚Onlife‘ beschreibt unsere gelebte Erfahrung der Vermischung zwischen Online und gelebtem Alltag sowie die Verbreitung von Informationstechnologien im Alltäglichen.

Reichsbürger*innen in Sachsen: Einblicke des Digital-Monitorings

Seit 2021 betreibt die *Amadeu Antonio Stiftung* in Zusammenarbeit mit dem *Else-Frenkel-Brunswik-Institut* der Universität Leipzig ein Digital Monitoring rechtsextremer und verschwörungsideologischer Milieus bei Telegram. Für diese Handreichung hat sich die *Amadeu Antonio Stiftung* speziell das Milieu der Reichsbürger*innen in Sachsen angesehen.

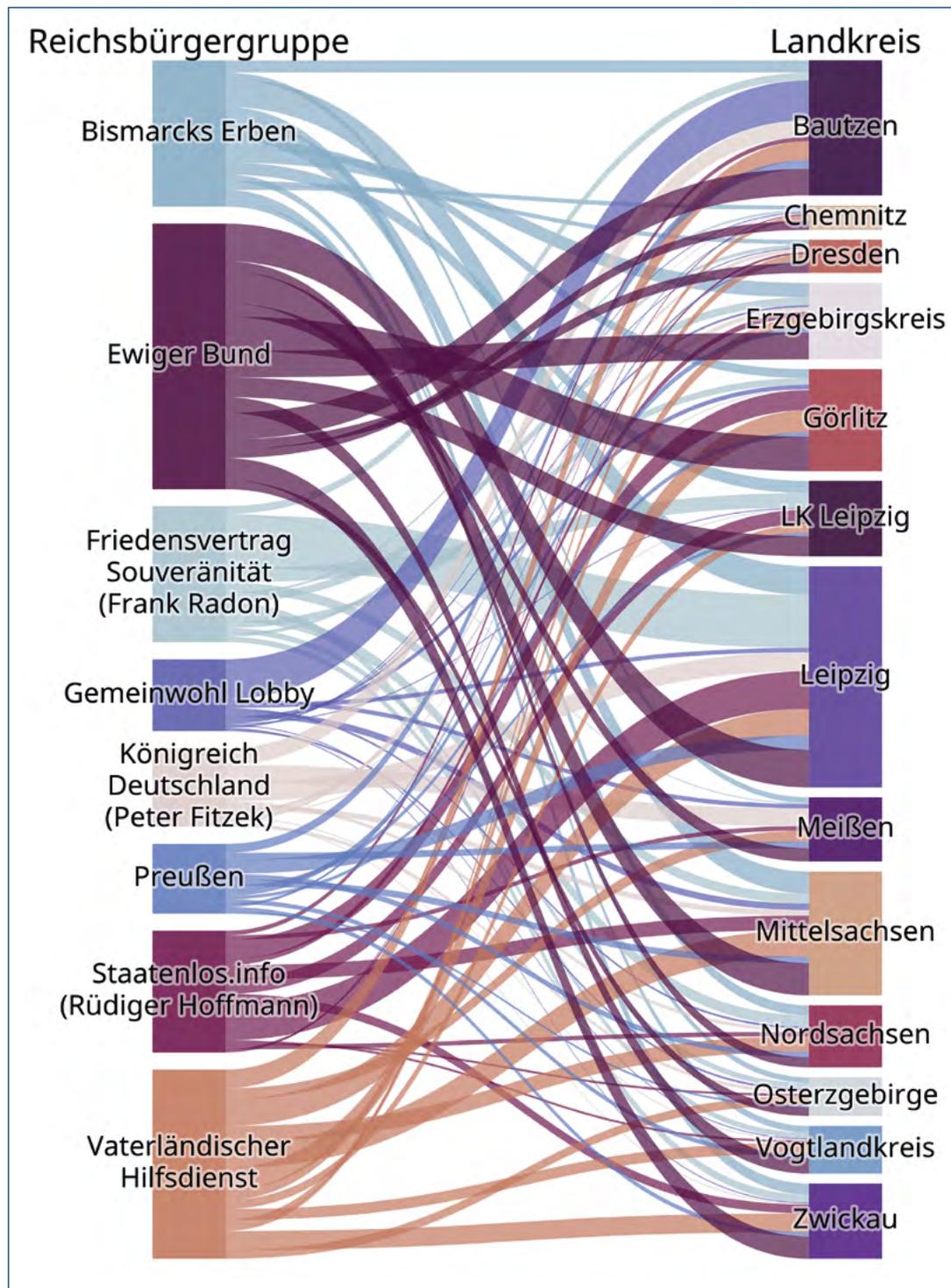


Abbildung 1:
Innerhalb Sachsens hebt sich die Stadt Leipzig durch eine hohe Präsenz von User*innen der analysierten Gruppen besonders ab. Weitere Schwerpunkregionen sind die Landkreise Bautzen, Görlitz und Mittelsachsen.

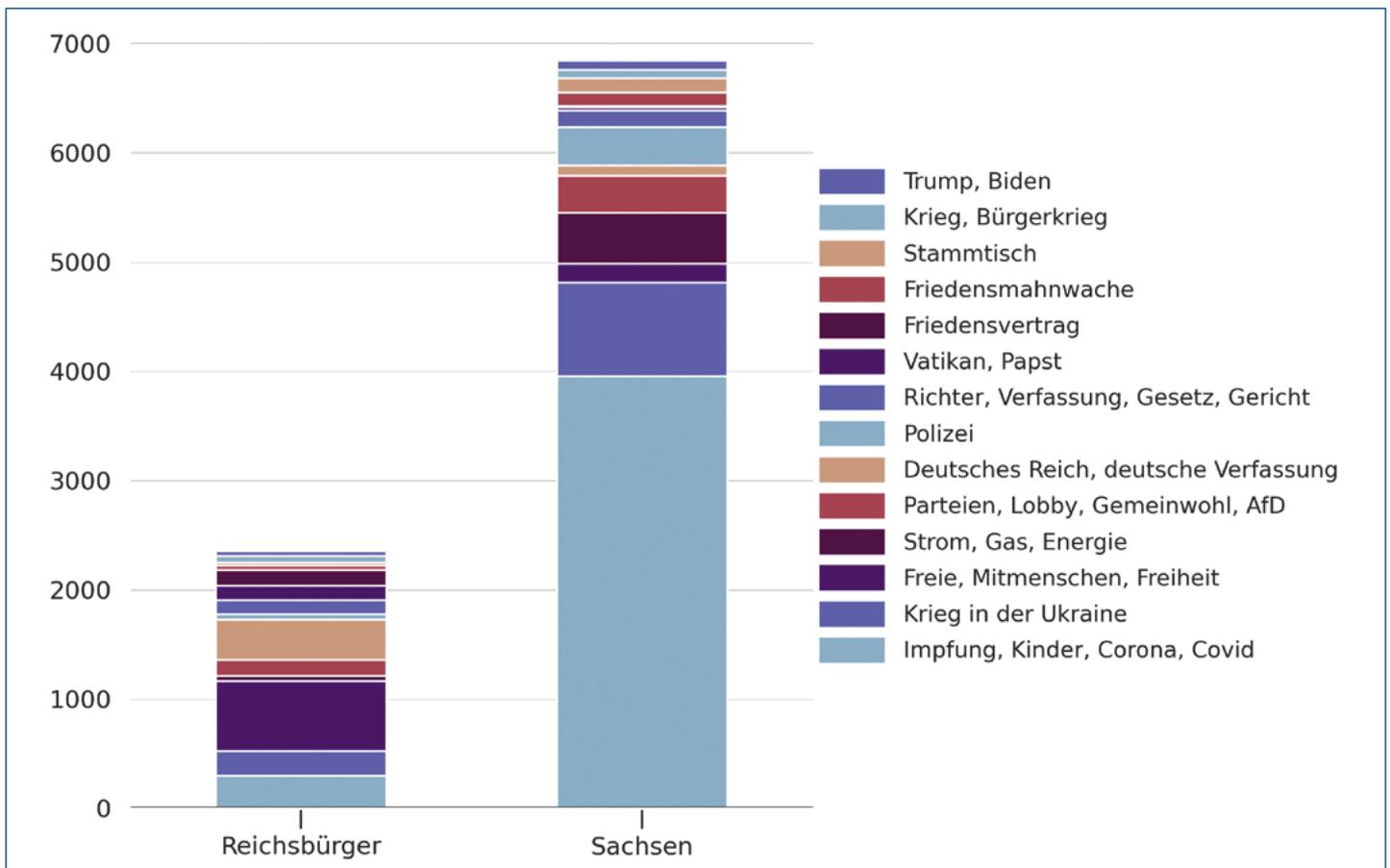


Abbildung 2:
Im Zeitraum der Analysen drehte sich der Großteil der Nachrichten innerhalb sächsischer Gruppen um die COVID-19-Pandemie und entsprechende Maßnahmen zur Eindämmung, wie zum Beispiel Impfungen. Bundesweit fand das Thema innerhalb der Gruppen anteilig weitaus weniger Beachtung.

Grundlage der Darstellungen ist ein Datensatz von über 144 sächsischen Telegram-Gruppen mit rechtsextremen und verschwörungsideologischen Inhalten sowie 40 reichsideologische Telegram-Gruppen. Alle Gruppen sind öffentlich zugänglich. Allen sächsischen Gruppen konnten entsprechende Landkreise zugeordnet werden. Die reichsideologischen Gruppen lassen sich wiederum verschiedenen Reichsbürger*innen-Verbänden zuordnen. Jeweils wurden in den reichsideologischen Gruppen 8.575 User*innen, sowie in den bundesweit verfügbaren Gruppen 18.578 User*innen erfasst. Aus beiden User*innen-Gruppen wurde eine Schnittmenge von 393 User*innen ermittelt (außerdem wurden sieben Bot-Profilen entfernt). Es handelt sich somit um User*innen, welche sowohl einen sächsischen Bezug, als auch eine Affinität zu Reichsbürger*innen-Verbänden aufweisen. User*innen aus Sachsen, die ausschließlich in reichsideologischen Gruppen sind oder solche, die nur in privaten Gruppen sind, werden demnach nicht erfasst. Genauso werden keine Zugehörigkeiten zu Reichsbürger*innen-Verbänden erfasst, welche nicht oder nicht öffentlich auf Telegram vertreten sind. Statistische Datenanalysen zeigen oftmals keine absoluten Ergebnisse, geben jedoch Aufschluss über Tendenzen und Muster im Milieu.

Das Sankey-Diagramm (Abbildung 1) zeigt anhand der Gruppenzugehörigkeit der 393 User*innen die personelle Vertretung der jeweiligen Reichsbürger*innen in den sächsischen Landkreisen. Hierbei sind auch Mehrfachmitgliedschaften möglich. Anhand der Breite der Balken auf der linken Seite können wir die Relevanz der verschiedenen Reichsbürger*innen-Verbände ablesen. Die Breiten der Balken auf der rechten Seite lassen Rückschlüsse auf die Relevanz der sächsischen Landkreise für das Reichsbürger*innen-Milieu zu. Außerdem zeigen uns die Zusammensetzung der Knoten auf der linken und rechten Seite des Diagramms die relative Verteilung der User*innen auf die jeweiligen Reichsbürger*innen-Verbände sowie auf die Landkreise an.

Die Anzahl von 393 User*innen mit Reichsbürger*innen-Affinität unter 18.578 User*innen mit Sachsen-Bezug – also 2,1 % – erscheint relativ klein. Möglicherweise nutzen Reichsbürger*innen tendenziell andere Plattformen als Telegram oder sind bei Telegram vermehrt in privaten Gruppen. Insbesondere nach den polizeilichen Maßnahmen innerhalb des Reichsbürger*innen-Milieus im Dezember 2022 konnte ein Abnehmen öffentlich zugänglicher Reichsbürger*innen-Gruppen auf Telegram festgestellt werden. Möglich wäre auch, dass Reichsbürger*innen weniger in thematisch offeneren Gruppen vertreten sind.

Die Übersicht hebt für Telegram in Sachsen insbesondere die Reichsbürger*innen-Vereinigung *Ewiger Bund*, den zugehörigen *Vaterländischen Hilfsdienst (VHD)* sowie *Bismarcks Erben* und die Vereinigung um Frank Radon hervor. Aber auch das *Königreich Deutschland (KRD)* sowie die *Gemeinwohl-Lobby* sind deutlich auszumachen. Unter den Landkreisen hebt sich die Stadt Leipzig durch eine hohe Präsenz von User*innen besonders ab. Weitere Schwerpunktregionen scheinen die Landkreise Bautzen, Görlitz und Mittelsachsen zu sein. Schwerpunkt für die *Gemeinwohl-Lobby* scheint der Landkreis Bautzen zu sein. Frank Radon bezieht nahezu die Hälfte der User*innen aus der Stadt Leipzig. Auch Rüdiger Hoffmann bezieht mehrheitlich User*innen aus Leipzig. Das *KRD* hat vermehrt User*innen aus den Landkreisen Bautzen und Meißen. Insgesamt weisen alle Reichsbürger*innen-Verbände Verbindungen in nahezu jeden sächsischen Landkreis auf.

Frank Radon

Frank Radon gilt als umtriebiger Aktivist des Reichsbürger*innen-Milieus. Er betreibt mehrere Propaganda-Kanäle in den sozialen Medien sowie auf Alt-tech Plattformen und ruft regelmäßig zu Aktionen auf. Im November 2020 organisierte er beispielsweise eine Aktion im Park Sanssouci Potsdam, bei der Fantasie-Passdokumente für Anhänger*innen des Milieus gedruckt wurden.⁷⁷ Radon verbreitet nicht nur reichsideologische Thesen, sondern auch andere Verschwörungserzählungen, wie beispielsweise zu angeblichen „Chemtrails“. Er hielt auch die Abschlussrede⁷⁸ des Treffens der so genannten „Bundesstaaten“ in Magdeburg im Spätsommer 2023, bei dem sich bis zu 700 Reichsbürger*innen trafen.

Weiterhin wurden die Nachrichten der 393 identifizierten User*innen einer Inhaltsanalyse mittels ‚Topic-Modeling‘ unterzogen. Hierbei werden Nachrichten nach Ähnlichkeit geclustert, also in Gruppen zusammengefasst. Die Cluster können anschließend Themen zugeordnet werden. Es wurden 32.375 Nachrichten aus Reichsbürger*innen-Gruppen und 40.538 Nachrichten aus sächsischen Gruppen aus dem Zeitraum 01. März 2020 bis 03. Oktober 2023 ausgewertet. Das Balkendiagramm (Abbildung 2) zeigt die Häufigkeit der relevantesten Themen, jeweils auf Reichsbürger*innen- sowie auf Sachsen-Seite. Es lässt sich sofort eine stärkere Beteiligung auf der sächsischen Seite feststellen. Insbesondere das Themenfeld Corona, Kinder und Impfungen dominiert hierbei. Aber auch an den Themenkomplexen Krieg in der Ukraine, Energie sowie Parteien (besonders *AfD*) beteiligen sich die Reichsbürger*innen-User*innen. Möglicherweise bieten sich hier Möglichkeiten, an

77 Vgl. Der Tagesspiegel 2020.

78 Vgl. Odysee.com 2023.

die eigene Ideologie anzudocken. Auf der Reichsbürger*innen-Seite dominieren klar Themenfelder, welche für das Milieu typisch sind: Freiheit, das Deutsche Reich, die Verfassung und der Friedensvertrag. Mit diesen Themen halten sich die User*innen in den sächsischen Gruppen hingegen verhältnismäßig zurück.

Quellen:

Der Tagesspiegel (2020): „Reichsbürger“ in Potsdam Rechtsextremisten wollen den Kaiser zurück: <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/rechtsextremisten-wollen-den-kaiser-zuruck-7954987.html>, 11.12.2023.

Odysee.com (2023): Treffen der 26 Bundesstaaten – Abschlussrede Frank Radon – Magdeburg – 19.08.2023: <https://odysee.com/@3-nach-12:8/%F0%9F%94%94%F0%9F%95%95%F0%9F%94%94-Treffen-der-26-Bundesstaaten---Abschlussrede-Frank-Radon---Magdeburg---19.08.23:d>, 11.12.2023.



Ermittlungen rund um die „Gruppe Reuß“ auch in Sachsen

Gastbeitrag: Thomas Datt und Nina Böckmann

*Die Journalist*innen Thomas Datt und Nina Böckmann sind langjährige, journalistische Beobachter*innen des Rechtsextremismus in Sachsen. Wir haben beide gebeten, einen Text zu den Ermittlungen gegen sächsische Mitglieder der Gruppe Reuß zu schreiben. Über die COVID-19-Pandemie erlebte das Reichsbürger*innen-Milieu, nicht nur in Sachsen, einen starken Zulauf. Die Pandemie und die mit ihr einhergehende Radikalisierung des verschwörung-affinen Lagers spielen auch im Folgenden eine nicht zu unterschätzende Rolle.*

Am 07. Dezember 2022 durchsuchen rund 3.000 Polizeikräfte bei der bisher größten Razzia gegen Reichsbürger*innen bundesweit mehr als 150 Wohnungen, Grundstücke und ein Schloss. Der Generalbundesanwalt lässt 25 Menschen wegen Terrorverdachts festnehmen. Die Gruppe unter Führung von Heinrich XIII. Prinz Reuß soll geplant haben, nach der Besetzung der Bundesrepublik durch eine „ausländische militärische Allianz“ die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und das Land mit Waffengewalt „zu säubern“. „Militärische Heimatschutzkompanien“ sollten die Macht sichern. In der Gruppe betätigten sich auch ehemalige Militärs. Bei den Razzien findet die Polizei 273 Schusswaffen und 44.000 Patronen.⁷⁹

Vom Unterstützer zum Mitglied – Frank R.

Auch in Sachsen kommt es an jenem Dezembertag zu Durchsuchungen. Im erzgebirgischen Olbernhau werden Christian W., Inhaber einer Landschaftspflegefirma, und Frank R., Betreiber einer Autowerkstatt und außerdem Heilpraktiker, festgenommen. W. soll im Militärstab der Gruppe für die Waffenbeschaffung und die Aufstellung von „Heimatschutzkompanien“ verantwortlich gewesen sein. Die Ermittler*innen betrachten R. als seinen Helfer. Beide sitzen wie weitere 20 Verdächtige in Untersuchungshaft – der Bundesgerichtshof sieht Fluchtgefahr.⁸⁰

R. war von 2004 bis 2009 CDU-Stadtrat. Einwohner*innen beschreiben ihn als ruhig und unauffällig. Er wandte sich später der Esoterik zu, bot „alternative“ Psychotherapien an. Die Ermittler*innen finden bei ihm einen Mailwechsel mit dem russischen Generalkonsulat in Leipzig. Zusammen mit W. hatte er für den 08. Dezember 2022 einen Termin mit dem Vizekonsul vereinbart. Wegen der Razzia kam es nicht dazu. Die Ermittler*innen stellten außerdem fest, dass R. illegal zwei Gewehre für W. aufbewahrte und sich um die Beschaffung nicht-registrierter Pistolenmagazine für den militärischen Arm der Putschist*innen in spe bemüht haben soll.⁸¹

Der „Veteran“ – Christian W.

Anders als Frank R. trat Christian W. offensiver auf. Zwischen 2016 und Anfang 2020 war W. für die AfD aktiv, saß ab Sommer 2019 im Stadtrat von Olbernhau und im Erzgebirgskreistag. Mit seinem Betrieb erledigte er auch regelmäßig Aufträge der Stadt. In der Pandemiezeit radikalisierte sich W. Im Oktober 2020 berichtete die Freie Presse, dass W. den Stadtrat und die AfD

⁷⁹ Vgl. Bundesgerichtshof (2023b).

⁸⁰ Vgl. ebd.

⁸¹ Vgl. ebd.

wegen persönlicher Bedrohungen verlassen wolle.⁸² Torsten Gahler, Chef des *AfD*-Kreisverbands Erzgebirge, sagt dazu auf Nachfrage, in seinem Austrittsschreiben habe W. persönliche Gründe genannt, sich vorher schon ins Private zurückgezogen.

Auf der Straße und im Internet

Aufnahmen des Regionalfernsehens zeigen W. im März 2020 als Co-Organisator der örtlichen „Corona-Spaziergänge“. Auch bei einer Aktion auf dem Döbelner Markt im Juli 2021 ist W. dabei. Bäuchige Männer mit Mützen von NVA und Bundeswehr halten damals einen Appell ab. Christian W. kommandiert die „Veteranen“: „Kameraden! Salutiert dem deutschen Volk!“



Beteiligt ist auch der damalige *AfD*-Fraktionschef von Döbeln, der nach Kritik aus den eigenen Reihen dann die Partei verlässt. W. kümmert sich auf Telegram weiter eifrig um die Vernetzung der „Veteranen“. Im „Veteranen Pool-Chat“ betreibt er im Dezember 2021 ganz offen Reichspropaganda, bezeichnet die Bundesrepublik als GmbH⁸³ und die Bundeswehr als illegal: „Ein Firmenkonstrukt in einer besetzten Zone darf und kann nach internationalem Recht keine richtige offizielle Armee unterhalten.“ Später appelliert er per Sprachnachricht: „Es kann sein, dass es Ende des Jahres zu einer Pflichterfüllung unsererseits kommen muss. Also bereitet euch darauf bitte vor.“ Am Neujahrstag 2022 schickt W. eine weitere Nachricht in die Gruppe: „Auch von mir allen ein gesundes neues Jahr! Der große Knall kommt diesmal nicht mit dem Jahreswechsel sondern etwas später! ;)“⁸⁴

Für W. persönlich bringt der April 2022 einen „großen Knall“: die erste Durchsuchung seines Wohnhauses. Grund: Er unterhielt auch Kontakte zu den sogenannten *Vereinten Patrioten*, die inzwischen (seit Mai 2023) wegen der geplanten Entführung von Gesundheitsminister Karl Lauterbach vor Gericht stehen. Im Haus von W. findet die Polizei offen herumliegende Waffen, die zum Teil aus den Beständen zweier Schützenvereine stammen. W. leitet bis dato beide Vereine. Nach der Razzia im April schließt ihn ein Verein aus, der andere suspendiert ihn.⁸⁵

Doch W. lässt sich nicht stoppen. Nach Erkenntnissen der Ermittler*innen,

Doch W. lässt sich nicht stoppen. Nach Erkenntnissen der Ermittler*innen,

⁸² Vgl. Herrl (2020).

⁸³ Siehe auch den Beitrag *Narrative der Reichsbürger*innen im Check: Von Fiktion zu Fakten* in dieser Handreichung.

⁸⁴ Nachricht von Christian W. im „Veteranen Pool-Chat“, Telegram, 01. Januar 2022.

⁸⁵ Vereinsprotokolle der Schützenvereine, 29. April (2022).

die zu diesem Zeitpunkt die „Reuß-Gruppe“ längst abhören und observieren, nahm W. mehrmals an konspirativen Treffen und einem Schießtraining der Verschwörer*innen teil. W., ehemaliger Zeitsoldat der Bundeswehr, ist im militärischen Führungsstab der Truppe für die Versorgung des gesamten künftigen „Militärs“ verantwortlich. Er soll versucht haben, Munition in Tschechien zu kaufen. Bei der Durchsuchung im Dezember 2022 findet die Polizei bei ihm Präsentationen zum Aufbau kasernierter „Heimatschutzkompanien“. Die Ermittler*innen sind überzeugt, dass W. in die geplante Stürmung des Reichstags eingebunden war und dafür Waffen und Munition beschaffen sollte.⁸⁶

Unter Verdacht: Waffenhändler mit NPD-Vergangenheit

Weil Christian W. nach der ersten Razzia seine Berechtigung zum Führen von Waffen verlor, musste er seine Pistolen und Gewehre, die er bis dahin legal besaß, abgeben. Doch die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes zeigen, dass W. die Waffen und die Munition offenbar an Vertraute weiterreichte und sich so jederzeit den Zugriff gesichert haben soll. W. soll zwei Gewehre an Frank R., später Mitbeschuldigter, abgegeben haben – auch er war offiziell Sportschütze. Verdächtig machte sich auch ein Chemnitzer Waffenhändler, bei dem ebenfalls im Dezember 2022 durchsucht wurde: Der Mann, früheres NPD-Mitglied, soll W. versprochen haben, acht Gewehre und tausende Schuss Munition für ihn aufzubewahren. Später bestätigt er am Telefon die Übernahme. Als der Waffenhändler Beschwerde gegen die Razzia einlegt, befasste sich der Bundesgerichtshof damit und kommt zu dem Schluss, dass der Mann durch den Kontakt zu W. offenbar in die Pläne der Reichsbürger*innen-Gruppe eingeweiht war.⁸⁷

Mittlerweile sitzen die Hauptbeschuldigten seit Dezember 2022 in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen die Reuß-Gruppe beginnt im April 2024 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart sowie Mai 2024 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. Main. Unmengen an Daten und die große Anzahl an Angeklagten stellen die Justiz vor eine Mammutaufgabe. Indes scheint das durchaus in dem Schlag gegen die Gruppe angelegte Signal an Teile der Reichsbürger-Szene wenig Eindruck gemacht zu haben. Zumindest jene, die eher auf einen gesellschaftlichen Umbau als einen großen Umsturz bauen, machen weiter. Sechs Monate nach der Razzia kaufen Reichsbürger*innen erneut ein Schloss in Sachsen. Auch in Brandenburg gab es Bemühungen, weiterer Immobilien habhaft zu werden. Zumindest in Teilen der Szene gibt es ein „weiter so“.

Quellen

Bundesgerichtshof (2023a): Beschluss vom 17.05.2023, <https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=8193&Seite=19&nr=133908&pos=577&anz=1061>, 06.10.2023.

Bundesgerichtshof (2023b): Beschluss vom 13.07.2023, <https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2023&nr=134151&linked=bes&Blank=1&file=dokument.pdf>, 06.10.2023.

Herrl, Patrick (2020): Bedrohung: Olbernhauer AfD-Stadtrat tritt zurück. In: Freie Presse, 16.10.2020, <https://www.freiepresse.de/erzgebirge/marienber/bedrohungen-olbernhauer-afd-stadtrat-tritt-zurueck-artikel11152393>, 06.10.2023.

⁸⁶ Bundesgerichtshof (2023b).

⁸⁷ Bundesgerichtshof (2023a).

Ein Fantasiestaat im Freistaat – Das Königreich Deutschland

Das im Jahr 2012 von Peter Fitzek gegründete Königreich Deutschland (KRD) ist eine der bekanntesten und aktivsten Gruppierungen des Reichsbürger*innen-Milieus in Deutschland. Schwerpunktregionen sind vor allem Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Nach eigenen Angaben hat das *KRD* mehrere Tausend Anhänger*innen. Inwieweit dies den Tatsachen entspricht, lässt sich nicht verifizieren.

Der eigene Anspruch ist kein geringerer als ein „neuer deutscher Staat, der [...] gegründet wurde, um dauerhaften Frieden herzustellen.“ Dafür ist es nach dem Selbstverständnis „erforderlich, die zerstörerischen Systeme und Strukturen abzulösen und durch bessere zu ersetzen.“⁸⁸ Gegen einen bestimmten Geldbetrag bekommt man vom *KRD* einen eigenen Ausweis, Führerschein, Bankkonto und ein Einführungsseminar.

Inhalte und Ziele

Das *KRD* leugnet die geltende Rechts- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, beziehungsweise lehnt sie ab. Wie andere Reichsbürger*innen auch, versteht sich das *KRD* als außerhalb der Rechtsordnung stehend.⁸⁹ Es baut eigene staatliche Strukturen auf. So wurde beispielsweise eine eigene Verfassung verabschiedet. Mit der Gründung zahlreicher Unternehmen, eigener Banken, Krankenkassen und Bildungseinrichtungen soll unter anderem die staatliche Daseinsvorsorge ersetzt werden. Das *KRD* ist für seine Expansion darauf angewiesen, dass Privatpersonen ihr Geld zur Verfügung stellen.

Ein Blick in die Veröffentlichungen von Fitzek offenbart dessen antidemokratisches, menschenfeindliches, rassistisches und antisemitische Denken sowie die Nichtanerkennung der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtsstaatlichkeit. In Texten und Reden werden Bilder einer Weltverschwörung⁹⁰ sowie verschwörungsgläubige, personalisierte Kapitalismuskritik formuliert.⁹¹ Diese lassen sich als rechtsextreme Positionen beschreiben. „Die Abwicklung der Bundesrepublik Deutschland kann genauso schnell geschehen, wie die Abwicklung der DDR damals“,⁹² ist eine von Fitzeks Botschaften.

Das *KRD* weist gleichzeitig Merkmale einer Sekte, eines Unternehmens und einer rechtsextremen Gruppe auf. Um vollwertiges Mitglied zu werden, ist eine Staatsangehörigkeitsprüfung abzulegen. Verfassung, Regeln und die Ideen des *KRD* müssen verinnerlicht werden. Mit dem Überlassen privater Einkünfte und Ersparnisse sowie der Abgabe ihrer Personaldokumente werden die Mitglieder in Abhängigkeit gehalten und gewissermaßen zwangsweise mit dem *KRD* verbunden.

88 Zitiert nach einer Eigenbeschreibung in einem Telegram-Kanal des Königreichs Deutschland (2020).

89 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022).

90 Vgl. Fitzek (2022). Siehe zum Thema Antisemitismus auch den Beitrag Was glauben Reichsbürger*innen? *Ideologische Überzeugungen und typische Verhaltensmuster* in dieser Handreichung.

91 Vgl. Fitzek (2020).

92 Der Spiegel (2012).



Mit den Einnahmen entwickeln Fitzek und andere führende Köpfe des *KRD* – beispielweise sein enger Vertrauter Marco Ginzel, der bereits als Strohmännchen für einen Immobilienkauf auftrat – eine enorme unternehmerische Tätigkeit.⁹³

Aktivitäten des *KRD* in Sachsen

Das *KRD* und seine führenden Köpfe sind bereits seit einigen Jahren auch in Sachsen aktiv. Dies zeigte sich insbesondere an diversen geschäftlichen Unternehmungen. Im Landkreis Bautzen gab es ein Ladengeschäft und ein Bowlingcenter, die mit dem *KRD* in Verbindung standen.⁹⁴ Beide sind inzwischen geschlossen. Im April 2021 eröffnete das *KRD* im Gebäude einer Bäckerei im Dresdner Stadtteil Laubegast eine sogenannte „Gemeinwohlfonds“. Dort konnten Menschen Geldanlagen und Versicherungen abschließen sowie laut Medienberichten auch Euro in die Währung des *KRD* umtauschen.⁹⁵ In einem Gerichtsprozess war bekannt geworden, dass über diese „Reichsbürgerbanken“ mehr als eine Million Euro von Privatpersonen an Fitzek und das *KRD* geflossen sind. Im Februar 2023 beendeten die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und staatliche Ermittlungsbehörden den Betrieb dieser „Gemeinwohlfonds“.

⁹³ Vgl. AnonLeaks (2022).

⁹⁴ Vgl. Sächsische.de (2017).

⁹⁵ Vgl. AnonLeaks (2021).

Im Raum Freital, in Ostsachsen, im Erzgebirgskreis sowie in Mittelsachsen sind in den letzten Jahren Bemühungen des *KRD* bekannt geworden, Immobilien zu erwerben. Bis Redaktionsschluss war es dem *KRD* in Boxberg (Landkreis Görlitz), in Eibenstock (Erzgebirgskreis) und in Halsbrücke (Landkreis Mittelsachsen) gelungen, Zugriff auf Immobilien zu erlangen. Es handelt sich dabei um das Wolfsgrüner Schlösschen in Eibenstock, das seit 2022 als ein Seminarzentrum des *KRD* genutzt wird und nach eigenen Angaben auch Fitzeks Wohnort ist. Im Schloss Bärwalde in Boxberg sind bei Redaktionsschluss noch Bauarbeiten im Gange. Dort soll laut Medienberichten ein „Gemeinwohldorf“ des *KRD* entstehen.⁹⁶ Im Juni 2023 wurde zudem der Kauf eines alten Lehngutes in Halsbrücke bekannt. Dort regt sich jedoch Widerstand. Zu Redaktionsschluss arbeitet die Kommune zusammen mit einer Bürger*inneninitiative an einem Rückkauf.⁹⁷

Der Erwerb solcher Immobilien ist für das *KRD* existenziell. Diese und die damit in Verbindung stehenden Ländereien werden als autonomes Staatsgebiet des *KRD* verstanden, auf dem die eigenen Regeln gelten und die eigene Ideologie gelebt werden kann. Sowohl Fitzek als auch seine Anhänger*innen sind überzeugt von der Überlegenheit ihrer autokratischen Vorstellung von Gesellschaft und Staat, die nationalistischen und antisemitischen Argumentationen folgt. Mit eigener Verfassung, eigener Währung und der „Gemeinwohllasse“ wird der demokratische Rechtsstaat aktiv zurückgedrängt. Somit entsteht durch das *KRD* eine antidemokratische Parallelgesellschaft, in der sich einzelne Menschen fernab öffentlicher Wahrnehmung weiter radikalisieren können.

Quellen

AnonLeaks (2021): Fitzeks Gemeinwohllasse. <https://anonleaks.net/2021/optinfoil/fitzeks-gemeinwohllasse-babababankuberfall>, 25.09.2023.

AnonLeaks (2022): Ein Schlösschen für das Königreich? Nein, zwei. <https://anonleaks.net/2022/optinfoil/ein-schloesschen-fuer-das-koenigreich-nein-zwei/>, 25.09.2023.

Fitzek, Peter (2020): Endzeit: Geburtswehen eines neuen Zeitalters. Döbeln.

Fitzek, Peter (2022): Die geheimen Hintergründe der politischen Lage! [Video]. *KRD Tube*. <https://krdtube.org/w/cSHas2W86T2PsYfsfpFNmY>, 09.08.2023.

Freie Presse (2022): Zwei Schlösser für den „König“ – Wenn Reichsbürger in Sachsen Immobilien kaufen. <https://www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/zwei-schloesser-fuer-den-koenig-wenn-reichsbuerger-in-sachsen-immobilien-kaufen-artikel12233312>, 27.10.2023.

Kulturbüro Sachsen e.V. (2021): Das ist unser Haus. Handreichung zum Umgang mit Immobilienutzungen durch die extreme Rechte, Dresden.

Königreich Deutschland – Staatsstrukturen (2020): Was ist das Königreich Deutschland? [Posting]. Telegram. https://t.me/KRD_Staatsstrukturen/8, 09.08.2023.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2022): Medieninformation. Dresden. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Koenigreich_Deutschland_Gemeinwohldoerfer.pdf, 09.08.2023.

Sächsische.de (2017): Bowling im „Königreich Deutschland“. Das Bowling-Center Kamenz bezieht sich auf ein Staatskonstrukt, das es nicht gibt. Was will der Unternehmer damit erreichen? <https://www.saechsische.de/bowling-im-koenigreich-deutschland-3613362.html>, 27.10.2023.

Der Spiegel (2012): Die Anfänge des „Königreichs Deutschland“ [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=Xl-J00THAkW>, 09.08.2023.

Der Spiegel (2022): „Reichsbürger“ auf Expansionskurs [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=aOjHs_pMbOg, 09.08.2023.

TAZ (2022): Rechtes Schloss in Sachsen: Ein Königreich für einen Koch. <https://taz.de/Rechtes-Schloss-in-Sachsen/!5854946/>, 27.10.2023.

⁹⁶ Freie Presse (2022); TAZ (2022).

⁹⁷ Siehe auch den Beitrag Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Reichsbürger*innen in dieser Handreichung sowie Kulturbüro Sachsen e.V. (2022).

Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Reichsbürger*innen

Der folgende Beitrag kann Sie bei einer Einschätzung der Situation im Kontakt mit Reichsbürger*innen sowie bei der Planung erster Schritte unterstützen. Dabei wird auf die Herausforderungen im privaten Umfeld, im Kontext Verwaltung und Behörde sowie der Schule näher eingegangen. Grundsätzlich gilt: **Achten Sie vor allem auf Ihre Sicherheit!** Von Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen gehen potentiell immer auch konkrete Gefahren aus. Es ist ratsam, bei Unsicherheiten die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Beratungsstellen zu suchen, um angemessen und professionell zu reagieren. Eine Auswahl an Kontaktstellen und Beratungsangeboten finden Sie am Ende der Handreichung.

Reichsbürger*innen nebenan

Wenn in der Nachbarschaft Reichsbürger*innen vermutet werden oder aktiv sind, ist eine Auseinandersetzung herausfordernd. Persönliche Beziehungen erschweren die Situation, der Schutz von Familie und Privatleben steht im Vordergrund. Es ist wichtig, ruhig, aber entschieden zu handeln.

1. Informationen

Informieren Sie sich über Broschüren, Fachbeiträge oder bei einer professionellen Organisation über die Erkennungszeichen und Codes des Milieus. Vergleichen Sie diese mit den Äußerungen, Flyern oder sonstigen Verlautbarungen in Ihrer Nachbarschaft. Informieren Sie sich über geltendes Recht, und kontaktieren Sie bei Unsicherheiten Beratungsangebote oder einen juristischen Beistand.

2. Vernetzung

Reichsbürger*innen sind keine harmlosen Nachbar*innen. Sie können den sozialen Frieden in der Wohnumgebung massiv stören, indem sie Milieu-Größen als Besucher*innen einladen, Netzwerktreffen veranstalten oder politische Gegner*innen einschüchtern. Sprechen Sie darüber mit Personen in Ihrem Freund*innen- und Bekanntenkreis, denen Sie vertrauen, und klären Sie weitere Nachbar*innen auf. Suchen Sie den Kontakt zu Initiativen und Beratungsstellen, die sich zu dem Themenfeld gegründet haben und möglicherweise bereits über Erfahrungen verfügen. Ein gemeinsames Vorgehen ist hilfreich, um Strategien zu entwickeln, Kontakt zur Gemeinde zu suchen und öffentlichkeitswirksam aufzutreten – und um sich gegenseitig zu schützen.

3. Im direkten Austausch

Bei einer Auseinandersetzung ist der Radikalisierungsgrad entscheidend. Je stärker ein geschlossen reichsideologisches oder verschwörungsideologisches Weltbild besteht, desto weniger wirksam werden die Gespräche sein. Wenn es sich eher um Mitläufer*innen oder Sympathisant*innen handelt, kann es sich lohnen, ins Gespräch zu gehen. Stellen Sie sich vorab folgende Fragen: Wie sicher fühle ich mich? Brauche ich noch weitere Unterstützung? Was möchte ich erreichen? Fragen Sie nach den persönlichen Gründen oder biografischen Ereignissen, weshalb die Nachbar*innen für reichsideologische Erklärungen empfänglich sind. Nutzen Sie ihr bisheriges Wissen und konfrontieren Sie die Gesprächspartner*innen behutsam mit dem demokratiefeindlichen Kern der Ideologie. Wenn Sie den Eindruck gewinnen, dass die Person sich aus dem Milieu lösen möchte, können Sie die Angebote der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung vermitteln.

Verwaltung und Behörde

Mitarbeitende der Kommunen, der Behörden und der Polizei stehen oft als erste im Kontakt mit Reichsbürger*innen, wenn es um Vorladungen, Strafzahlungsforderungen oder Pfändungen geht. Kommunalverwaltungen sind zudem in der Verantwortung, bei versuchten Immobilienkäufen aus dem Reichsbürger*innen-Milieu sensibilisiert hinzuschauen und proaktiv zu reagieren. Dabei verschleiern Reichsbürger*innen meist ihre ideologische Zugehörigkeit. Idealerweise geschieht eine Absicherung der Kommunen bereits, wenn entsprechende Gebäude(-Ensembles), historische Denkmäler oder ganze Höfe zum Kauf stehen und bevor es zu Kaufverträgen kommt.⁹⁸

Im Vorfeld

■ Schulungen und Sensibilisierung

Nutzen Sie entsprechende Fortbildungsangebote und recherchieren Sie Hintergründe zur Reichsideologie und zu potentiellen Gefahren sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen. Informieren Sie sich über effektive Gesprächsstrategien (zum Beispiel Konsens im Dissens, siehe Infobox), und üben Sie diese ein. Eine gute Vorbereitung gibt Sicherheit im direkten Kontakt.

■ Interne Kommunikation

Der Kontakt mit Reichsbürger*innen, sei es schriftlich oder verbal, erfordert in der Behörde ein abgestimmtes Handeln. Denn Reichsbürger*innen nutzen bestimmte Muster immer wieder, sodass Reaktionsmöglichkeiten proaktiv kommuniziert werden können. Dokumentieren Sie typische Praktiken, und legen Sie standardisierte Handlungsanweisungen fest. Fragen Sie sich: *Was passiert, wenn ein Schriftstück aus dem Milieu in der Behörde eingeht? Wie reagieren Sie, wenn Reichsbürger*innen im Amt vorstellig werden? Was machen Sie, wenn Personenkontrollen verweigert werden?* Bei frustrierenden und konfliktreichen Konfrontationen ist es sinnvoll, die Einsätze oder Fälle nachzubereiten. Nutzen Sie hierfür Teamsitzungen, kollegiale Beratungen oder Supervisionen.

■ Verunsicherung als Strategie

Reichsbürger*innen zielen darauf ab, Verwaltungen durch dominantes Auftreten und „Vielschreiberei“ zu sabotieren. Kennen Sie Maschen, Verhaltensweisen und Äußerungen des Milieus.⁹⁹ Lassen Sie sich grundsätzlich nicht verunsichern, auch wenn Äußerungen auf den ersten Blick juristisch fundiert erscheinen. Seien Sie auch darauf vorbereitet, beleidigt, bedroht oder angegriffen zu werden. In diesem Fall ist es besonders wichtig, sich deeskalierend zu verhalten. Setzen Sie sich vorab klare Grenzen und bereiten Sie sich darauf vor, notfalls vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Konsens im Dissens

1. Unterbrechen Sie den Redeschwall, und übernehmen Sie die Gesprächsführung.

2. Teilen Sie Ihrem Gegenüber mit, dass die Meinung gehört wurde, Sie diese jedoch nicht teilen beziehungsweise nicht damit einverstanden sind.

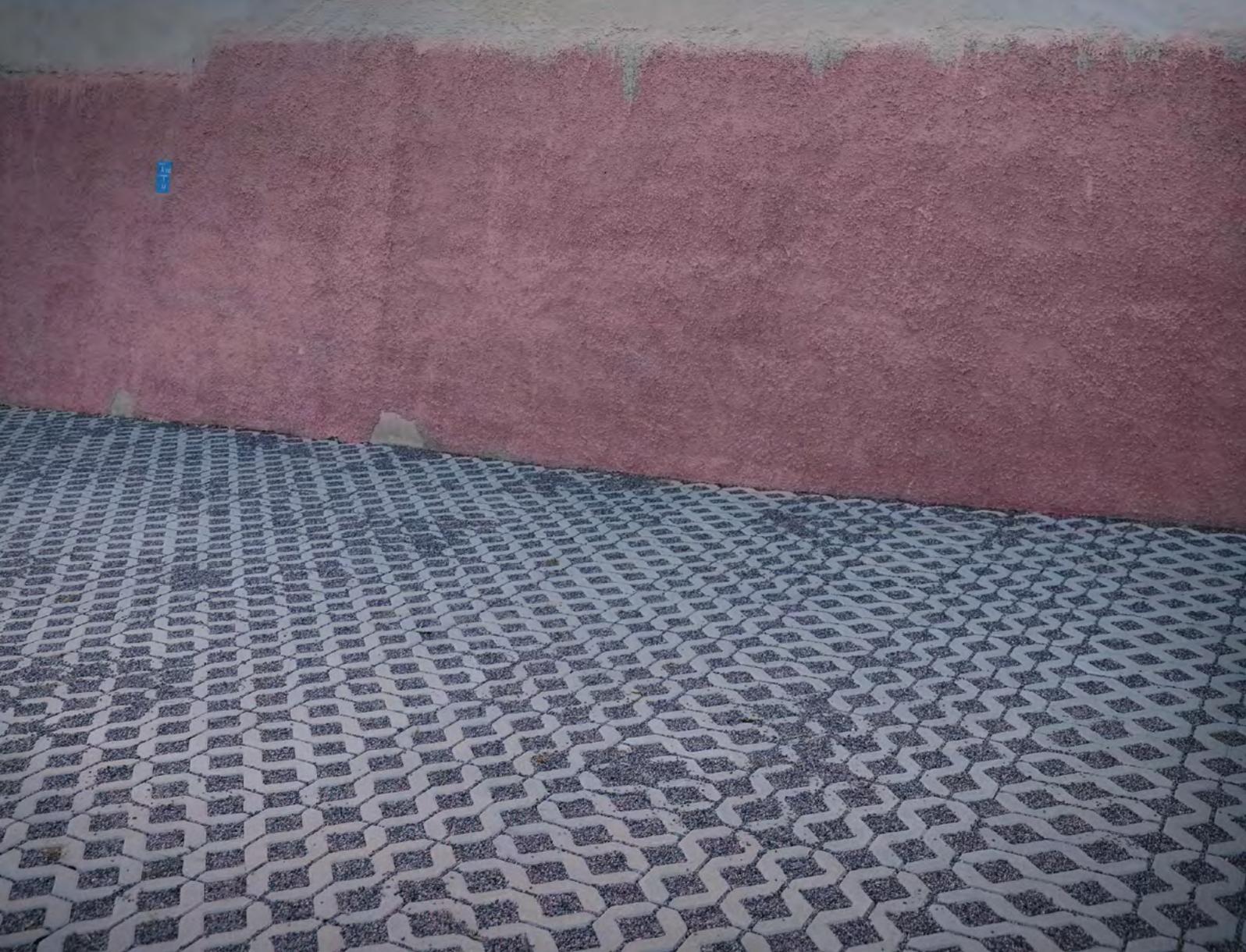
3. Fordern Sie das Gegenüber auf, ausschließlich zur Sache zu sprechen. Gelingt dies, setzen Sie das Gespräch sachorientiert fort. Gelingt dies nicht, folgen Sie Schritt 4 bis 5.

4. Machen Sie auf Konsequenzen aufmerksam, wenn die Klärung des Sachverhalts aufgrund der reichsideologischen Äußerungen nicht gelingt. Seien Sie an dieser Stelle unbedingt konsequent.

5. Beenden Sie das Gespräch, wenn wiederholt keine Sachorientierung gelingt, oder wenn Sie bedroht, angegriffen oder beleidigt werden. Bleiben Sie ruhig, aber handeln Sie entschlossen.

⁹⁸ Weitere Informationen in der Broschüre *Das ist unser Haus. Handreichung zum Umgang mit Immobiliennutzungen durch die extreme Rechte*, https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2022/01/Das_ist_unser_Haus.pdf, 20.10.2023.

⁹⁹ Die Nachrichtenplattform *Belltower.News* der Amadeu Antonio Stiftung berichtet regelmäßig über Ereignisse im Milieu und liefert Hintergrundwissen, <https://www.belltower.news>.



Im direkten Kontakt

■ Das Thema bestimmen

Reichsbürger*innen sind geübt darin, ihre verschwörungsideologischen Weltbilder in langen Ausführungen zu teilen. Führen Sie grundsätzlich keine inhaltlichen Gespräche über reichsideologische Narrative – setzen Sie das Thema. Die Taktik des Konsens im Dissens (siehe Infobox) ist hilfreich. Gelingt kein Rückbezug zum eigentlichen Thema, beenden Sie das Gespräch und verweisen Sie auf den Schriftweg.

■ Sensible Daten

Seien Sie bei Ihren Äußerungen vorsichtig: Reichsbürger*innen schneiden oder filmen Gespräche häufig mit. Dies dient zum Teil als „Schulungsmaterial“ und wird in digitalen Kanälen verbreitet. Führen Sie Gespräche nach Möglichkeit zu zweit, und fertigen Sie Gesprächsprotokolle an. Machen Sie keine unnötigen Angaben zu Ihrer eigenen Person, ihrem Privatleben oder zu sensiblen Daten Ihrer Kolleg*innen.

■ Rechtliche Durchsetzung

Reichsbürger*innen testen die Grenzen der Verwaltung und der Polizei. Wenn Sie nachgiebig sind, kann dies dazu motivieren, rechtliche Spielräume weiter auszureizen. Auch bei vermeintlichen Bagatelldelikten hilft konsequentes Handeln Ihnen und Ihren Kolleg*innen für zukünftige Kontakte. Stimmen Sie sich mit Vorgesetzten und ggf. einer internen Rechtsberatung ab, wenn vermeintliche Straftatbestände vorliegen.

■ Sicherheitskonzepte

Auch harmlos scheinende Gespräche können schnell die Dynamik ändern. Vor allem Mitarbeitende im Außendienst sollten bedenken, dass ihnen auch Freiheitsberaubung oder Körperverletzung drohen. Beim Kontakt mit Reichsbürger*innen sollte in Teams mindestens zu zweit gearbeitet werden, bei Unsicherheiten auch mit Amtshilfe der Polizei und ggf. mit schuss- oder stichsicheren Westen. Einige Reichsbürger*innen werden von der Polizei offiziell als Gefährder*innen geführt. Eine Nachfrage vorab beim Amtsgericht oder Verfassungsschutz kann helfen, Szenarien besser einschätzen zu können.

Schulische Kontexte

Schule, Erziehung und Bildung sind wichtige und attraktive Themenfelder für Reichsbürger*innen. Einerseits versuchen sich Teile des Milieus in der eigenen Schulgründung,¹⁰⁰ andererseits besuchen Kinder von Reichsbürger*innen staatliche oder private Schulen. Sowohl die Verantwortlichen in den Landesschulbehörden und Schulämtern als auch Schulleiter*innen, Lehrkräfte und Pädagog*innen sollten daher auf den Kontakt mit dem Milieu vorbereitet sein.

■ Sensibilisierung des Kollegiums

Nutzen Sie Fortbildungsangebote und tragen Sie Ihr Wissen zu Reichsideologie und potentiellen Gefahren in das Kollegium weiter. Sprechen Sie auch darüber, wieso Reichsideologie demokratiegefährdend ist. Interne Schulungen oder Workshops können helfen, das Bewusstsein zu schärfen, offene Fragen zu klären und Lehrkräfte auf mögliche Situationen vorzubereiten.¹⁰¹

■ Aufklärung der Schüler*innen

Integrieren Sie Themen wie Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie Inhalte und Methoden, die demokratische Werte und die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit vermitteln, in den Unterricht. Fördern Sie Projekte der Schüler*innen und Lehrkräfte, in denen sich diese mit den Themen befassen können.

■ Schulsozialarbeit

Kinder von verschwörungsgläubigen Eltern sind häufig großem psychischen Stress (unter anderen Loyalitätskonflikten) ausgesetzt, da sie in Schule und Elternhaus mit sehr unterschiedlichen Weltansichten konfrontiert werden. Arbeiten Sie eng mit der Schulsozialarbeit oder anderen Vertrauenspersonen zusammen, um soziale und emotionale Bedürfnisse der Betroffenen rechtzeitig zu erkennen und diese vor Stigmatisierungen an der Schule zu schützen. Bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung wenden Sie sich an die zuständigen Jugendämter.

■ Elternarbeit

Halten Sie, wenn möglich, den Kontakt zu den reichsideologischen Eltern aufrecht. Bemühen Sie sich um einen respektvollen und konstruktiven Dialog, bei dem es um das Wohl des Kindes geht. Vertreten Sie dennoch klar die Regeln und die demokratischen Werte der Schule. Teilen Sie außerdem keine unnötigen Angaben zu Ihrer eigenen Person, Ihrem Privatleben oder dem Ihrer Kolleg*innen.

100 Weitere Informationen im Kapitel *Schnittstelle von Reichsideologie und Freilebenden: Eine kritische Betrachtung* in dieser Handreichung

101 Beratungsangebote für den Schulkontext befinden sich am Ende dieser Handreichung.

■ **Dokumentation**

Halten Sie alle relevanten Vorfälle schriftlich fest. Notieren Sie beispielsweise Äußerungen oder Verhaltensweisen, die auf verfassungsfeindliche oder demokratiefeindliche Ansichten hinweisen könnten. Bestimmte Vorgänge werden durch das Landesamt für Schule und Bildung in Sachsen als sogenannte „Besondere Vorkommnisse“ definiert und sind meldepflichtig durch die Schulleitung. Eine genaue Dokumentation kann später als Nachweis für eingeschaltete Behörden dienen.

■ **Austausch und Vernetzung**

Suchen Sie den Austausch mit anderen Schulen, Fachexpert*innen oder Beratungsstellen, die praktische Erfahrungen im Umgang mit Reichsbürger*innen haben. Nutzen Sie bestehende Netzwerke und Angebote dazu, um gemeinsam effektive Strategien vor Ort zu entwickeln.

■ **Zusammenarbeit mit Behörden**

Falls es Anzeichen für Gefährdungen oder Straftaten gibt, arbeiten Sie eng mit den zuständigen Sicherheitsbehörden zusammen. Melden Sie (als Lehrkraft) Verdachtsmomente oder Vorfälle zunächst der Schulleitung, sodass sich diese beratend an die zuständigen Behörden wenden kann. Klären Sie auch das Schutzbedürfnis Ihrer Kolleg*innen, beziehungsweise geben Sie diese Bitte an die Schulleitung weiter.

■ **Schulgründungen**

Gemäß dem Schulgesetz ist es möglich, Gründungen privater Schulen nach strengen Vorgaben zu beantragen. Dabei gibt es auch progressive und demokratische Konzepte. Schulen oder Lerngruppen abseits des Schulsystems sind allerdings attraktiv für Reichsbürger*innen, um ihre verschwörungsideologische Ideologie ungefiltert weiterzugeben.¹⁰² Kommunale Behörden, Schulämter und engagierte Bürger*innen sollten abgestimmt zusammenarbeiten, um solchen Bestrebungen frühestmöglich entgegenzutreten.

¹⁰² Weitere Informationen im Kapitel *Schnittmenge von Freilernen und Reichsideologie: Eine kritische Betrachtung* in dieser Handreichung.

Was tun gegen Reichsbürger*innen? Die Sichtweise regionaler Initiativen aus der Zivilgesellschaft

An vielen Orten in der Bundesrepublik regt sich auch Widerstand und Protest gegen Organisationen wie das *Königreich Deutschland (KRD)* oder andere Reichsbürger*innen. Die Autor*innen dieser Handreichung sprachen mit zwei Vertreter*innen solcher Initiativen und befragten sie nach ihren Aktionen und Unterstützungsbedarfen. Befragt wurden Vertreter*innen des *DemokratieBündnisses Rutenberg e.V.* in Brandenburg und des *DemokratieBündnisses Halsbrücke* aus Sachsen.

*Bitte stellt euch einmal kurz für unsere Leser*innen vor:*

DemokratieBündnis Rutenberg: Wir sind das *DemokratieBündnis Rutenberg e.V.*, eine Mischung von Menschen aus Rutenberg, aus Lychen und einigen von anderswo. Das Bündnis will verhindern, dass sich in Rutenberg extremistische Strukturen etablieren und innerhalb des Dorfes ein rechtsfreier Raum entsteht. Das oberste Ziel ist daher: Das *KRD* darf sich in Rutenberg nicht weiter ausbreiten oder soll sich bestenfalls ganz zurückziehen.

Als Bündnis haben wir uns im Januar 2023 gebildet, als Reaktion auf die Präsenz des *KRD* in unserem Dorf Rutenberg. Direkte Auslöser waren eine Veranstaltung über „Landnahme durch völkische Siedler“ in der Kirche in Lychen im Dezember 2022 mit einer Lesung von A. Speit und dann im Januar 2023 eine Informationsveranstaltung des Verfassungsschutzes Brandenburg über das *KRD*. Als eingetragener Verein agieren wir seit Juli 2023, mit etwa 40 bis 50 Interessierten und etwa 25 aktiven Mitgliedern.

DemokratieBündnis Halsbrücke: Nach Bekanntwerden des Erwerbs des Kanzleilehnguts durch Herrn Fitzek, fand unser erstes Treffen nach Pfingsten 2023 in sehr kleiner Runde mit vier Leuten statt. Vorher gab es ein ZOOM-Meeting mit der Gruppe „Freiberg für Alle“ zum Thema, an dem Anwohner*innen aus Halsbrücke teilgenommen haben. Das wichtigste Anliegen war und ist, die Bürger*innen zu informieren und Mitstreiter*innen zu finden. Letzteres gestaltet sich sehr schwierig. Aktuell, also im August 2023, sind wir ca. 30 Leute, Tendenz steigend.

*Wie war die Reaktion der Anwohner*innen in eurer Gemeinde, als klar wurde, dass Reichsbürger*innen einziehen?*

DemokratieBündnis Rutenberg: Die Immobilie in Rutenberg, eine Natur-scheune, gehört seit etwa Herbst 2021 Herrn Ziemer, dessen Zusammenarbeit mit dem *KRD* seit Herbst 2022 bekannt ist. Zunächst bestand für uns im Dorf kein Zusammenhang zum *KRD*, die meisten wussten gar nicht, dass es so etwas gibt. Es gab sogar eine freudige Erwartung, da nun endlich der lange leerstehende Hof belebt werden würde. Etwas skeptisch betrachtete man dann die Anreise von Menschen aus ganz Deutschland, die sich 2022 dort versammelten und arbeiteten – vielleicht doch etwas zu viel im ruhigen Rutenberg. Im August berichtete dann ein Nachbar von der Präsenz des Peter Fitzek, und bald wurden andere Mitglieder des *KRD* identifiziert, die dort offensichtlich das Sagen hatten. Dieser Nachbar informierte andere im Dorf, nachdem er zum *KRD* recherchiert hatte. Die Reaktion war verhalten, vielleicht übertrieb er ja. Zusammen mit anderen organisierte er dann eine

Versammlung und Lesung in der Kirche in Lychen. Von da an wurde die Sache von vielen ernst genommen und unsere Bürgerinitiative entstand. Ein Teil der Bevölkerung ist auch der Meinung, dass alles nicht so dramatisch ist: „Wozu so viel Aufhebens? Das sind harmlose Spinner und die werden sich schon untereinander zerstreiten, sodass sie von selbst verschwinden.“

Demokratiebündnis Halsbrücke: Die Reaktionen reichten von Gleichgültigkeit über Machtlosigkeit bis hin zu Entsetzen. Viele Menschen hier sind der Meinung, das *KRD* sei eine Gruppe harmloser Spinner. Es gibt auch eine große Zahl von Befürworter*innen. Die AfD-Wählerschaft in Halsbrücke ist sehr hoch. Dadurch ist auch das Meinungsbild stark von der AfD beeinflusst. Wieder andere finden das nicht schön, sind aber der Meinung, dass man ohnehin nichts dagegen machen kann. Eine wachsende Gemeinschaft ist aber aktiv, klärt über das *KRD* auf und bringt auch ihren Protest zum Ausdruck.

Welche Aktionen habt ihr bereits durchgeführt? Was plant ihr in Zukunft?

DemokratieBündnis Rutenberg: Wir haben uns zunächst ausführlich mit dem *KRD* beschäftigt, Informationen ausgetauscht und uns als Gruppe über unsere Ziele abgestimmt. Das hat einige Zeit in Anspruch genommen, auch gab es viel Organisatorisches zu klären. In nunmehr 13 Treffen wurde fleißig diskutiert und organisiert, dabei wurden wir am Anfang vom *Mobilen Beratungsteam Angermünde* unterstützt.



Relativ schnell wurde beschlossen, Öffentlichkeit zu schaffen, die Behörden wachzurütteln und uns selbst als Gegenstimme sichtbar zu machen. Wir haben eine Plakataktion im Dorf durchgeführt. Viele Dörfler*innen hingen Plakate mit einem von ihnen formulierten Slogan aus. Reichlich Medienaufmerksamkeit hielt uns beschäftigt, geschätzte 40 bis 50 Presseanfragen haben wir abgearbeitet. Damit wurde das Thema in der breiten Öffentlichkeit bekannt, und die Aktivitäten des *KRD* wurden deutlicher sichtbar. Flyer mit Informationen zur Situation in Rutenberg und über das *KRD* wurden gedruckt. Es gab einen Workshop mit einem Referenten der *Amadeu Antonio Stiftung* zum Thema Argumentieren und Widerlegen von Verschwörungstheorien. Zudem gelang es uns, die Behörden zu aktivieren, die nun durchaus etwas genauer auf die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen schauen.

Im Juni 2023 wurde unser Verein gegründet, die Gemeinnützigkeit und Registrierung bekamen wir im Juli 2023. Auch bei überregionalen Veranstaltungen waren wir durch unsere Sprecherin und Mitglieder präsent. Auch wollen wir als Dorfgemeinschaft aktiver sein, uns zeigen und Veranstaltungen organisieren – das Dorf beleben –, um zu zeigen, dass kein *KRD* als Zuflucht benötigt wird und Änderungen auch durch demokratische Prozesse im System der Bundesrepublik machbar sind.

Anfang Oktober 2023 wollen wir ein Demokratiefest veranstalten. Ein geplanter Workshop zum *KRD* musste ausfallen und wird vielleicht später nachgeholt. Im November 2023 möchten wir eine Art Podiumsdiskussion in Lychen organisieren und weiter über das Thema informieren und dafür sensibilisieren.

Demokratiebündnis Halsbrücke: Wir versuchen weiterhin, Mitstreiter*innen zu finden. An erster Stelle steht nach wie vor die Aufklärungsarbeit über das *KRD*. Ein eigener Flyer unseres Bündnisses ist in Vorbereitung. Über den Halsbrücker Anzeiger, das Amtsblatt der Gemeinde, soll ein Offener Brief veröffentlicht werden und zur Unterschrift durch Bürger*innen angeregt werden. Eine eigene Homepage befindet sich dafür und zu Aufklärungszwecken im Aufbau. In Kooperation mit Freiburger Initiativen planen wir Protestaktionen und Veranstaltungen in Halsbrücke.

Wie fällt die Unterstützung der Kommunal- oder Landespolitik für eure Initiative aus? Welche Reaktion würdet ihr euch von dieser wünschen?

DemokratieBündnis Rutenberg: Von Anfang an zeigte die Bürgermeisterin von Lychen großes Interesse an unseren Aktivitäten und unterstützte uns. Die Stadtverordnetenversammlung hat einen Beschluss zur generellen Unterstützung unserer Aktivitäten gefasst, allerdings gibt es da immer wieder kontroverse Diskussionen. Die für viele Anliegen zuständigen Behörden im Landkreis taten und tun sich etwas schwer mit unseren Anfragen zur Durchsetzung von Verordnungen etc. Allerdings haben sich, organisiert durch die Bürgermeisterin, verschiedene Behörden zusammengesetzt, und die Abstimmung und Zusammenarbeit unter ihnen hat sich scheinbar deutlich verbessert.

Trotzdem bleibt das Gefühl, dass von behördlicher Seite vieles nicht ernst genommen wird, beziehungsweise manches nicht durchgesetzt wird. Auch wenn man mit Außenstehenden spricht, hört man oft: „Ich musste dies und jenes tun und Auflagen erfüllen. Aber die [das *KRD*] scheinen machen zu können, was sie wollen.“ Dem Staat wird da leicht ein blindes Auge oder völliges Versagen unterstellt.

Die Verwaltungen sollten die Verordnungen in ihrer Zuständigkeit konsequent und transparent durchsetzen. Die Politik sollte sich fragen, wie etwas wie das *KRD* entstehen, sich so stark organisieren und so finanzstark werden kann. Geschieht das alles legal? Wenn es so viele Gesetzeslücken gibt, sollten sie identifiziert und geschlossen werden.

Demokratiebündnis Halsbrücke: In einer öffentlichen Gemeinderatssitzung wurden ein Nutzungskonzept und eine Veränderungssperre für das Kanzleilehngut vorgestellt. Die Gemeindeverwaltung hat signalisiert, die Möglichkeiten eines Vorkaufsrechts zu nutzen. Außerdem wurde von der Gemeindeverwaltung eine Infoveranstaltung organisiert, an der auch ein Vertreter unserer Initiative teilnahm.

Wir wünschen uns von der Gemeindeverwaltung Unterstützung bei unserer Öffentlichkeitsarbeit, indem wir die öffentlichen Schaukästen der Gemeinde sowie den Halsbrücker Anzeiger für Veröffentlichungen nutzen dürfen. Gegebenenfalls wäre auch die Bereitstellung eines Raumes für unsere Treffen hilfreich. Wir erwarten ein klares Zeichen vom Landkreis und auch vom Freistaat Sachsen.

Wie kann man eure Initiative privat beziehungsweise zivilgesellschaftlich unterstützen? Was braucht ihr, um auch in Zukunft aktiv zu bleiben?

Demokratiebündnis Rutenberg: Wir erhalten einige Spenden und sind erst mal ganz gut aufgestellt. Anerkennung erhalten wir von Kirche, Landeskanzlei etc. offen oder über Drittberichte.

Die Lage im Dorf ist etwas unklar, da die Bewohner der Naturscheune nach ihrer Aussage „die Kooperation mit dem *KRD* ausgesetzt haben“, und es nunmehr keine Menschaufläufe zum Arbeitseinsatz gibt. Wir halten das für Strategie, um uns einzuschläfern und nach außen hin fälschlich zu vermitteln: „Die machen doch nichts.“ Denn immer noch halten sich dort bekannte *KRD*-ler auf. Weitere Unterstützung von behördlicher und politischer Seite bleibt wichtig für uns, da eine kritische Auseinandersetzung mit dem *KRD* auch immer bedeutet, die Menschen im Dorf und in der Stadt zu informieren und sie bestenfalls zu aktivieren.

Demokratiebündnis Halsbrücke: Hilfreich wäre die Bereitstellung von Aufklärungsmaterial, beispielsweise inhaltliche und finanzielle Hilfe bei der Erstellung eines eigenen Infoflyers. Wir würden uns auch die Teilnahme von weiteren Initiativen aus der Zivilgesellschaft an einer von uns organisierten Infoveranstaltung für die Bürger*innen wünschen. Des Weiteren wünschen wir uns eine Schulung zum Selbstschutz.

*Wir bedanken uns bei den Vertreter*innen beider Initiativen für die Bereitschaft zum Interview.*

Kontakt zu den Initiativen

DemokratieBündnis Rutenberg e.V.: www.buendnisrutenberg.de

Demokratiebündnis Halsbrücke: www.buendnishalsbruecke.de

Wer spielt den König?

Das Theaterstück König von Deutschland

Gastbeitrag: Fabian Rosinsky

*Die Gruppe „Polyformers“ erarbeitet ein Theaterstück zum Thema Reichsbürger*innen und Königreich Deutschland. In diesem können die Zuschauer*innen eine Simulation des KRD kennenlernen und sich auf diese Weise interaktiv mit den Reichsbürger*innen auseinandersetzen. Wir haben Regisseur und Produktionsleiter Fabian Rosinsky gebeten, einen Text für unsere Handreichung zu schreiben.*

Im roten Kunststoff-Hermelinmantel steht Peter Fitzek auf der Bühne einer Wittenberger Halle vor einer Art Altar, auf dem im Kerzenlicht Reichsapfel, Zepter und Krone glänzen. Er schwingt ein langes Schwert und verliest weihvoll die Gründungsurkunde seines *Königreichs Deutschland*.¹⁰³

Wer das Video aus dem Jahr 2012 ansieht,¹⁰⁴ könnte auf den ersten Blick meinen, man hätte es hier mit der Historienaufführung einer Laienspieltruppe zu tun. Doch ist das Ganze keineswegs ein Spiel, sondern absolut ernst gemeint: Hier soll ein Staat als Gegenentwurf zur Bundesrepublik gegründet werden. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, welche Gefahren es birgt, solche Aktivitäten als bloße Spinnerei abzutun.¹⁰⁵ Klar wird aber auch, wie sehr hier mit Mitteln der Inszenierung gearbeitet wird, welche Rollen dafür zu spielen sind und in welchem Maße Staatlichkeit, ob real und legitim oder reine Behauptung, immer auch Ritualisierung und ein kollektives Performen dieser Rituale bedeutet. Das alles liegt dem Theater nicht fern, und so entstand die Idee der Gruppe *Polyformers*,¹⁰⁶ die Geschichte um Peter Fitzek und sein *Königreich Deutschland* zum Gegenstand eines Theaterstücks zu machen.

Doch wie kann Theater derartigen Phänomenen begegnen, und welche Möglichkeiten der Auseinandersetzung gibt es? Es wäre wenig gewonnen und vielleicht gar gefährlich, würde man nur die Geschichte des *Königreichs Deutschland* nacherzählen, ein Abbild dessen auf die Bühne setzen und damit gewissermaßen den Fantasiestaat auf fiktionaler Ebene noch einmal erschaffen. Ebenso wenig war es das Ziel von *Polyformers*, sich durch Verallgemeinerung zu stark vom konkreten Beispiel des *Königreichs Deutschland* zu entfernen oder eine fiktive Geschichte und Figuren zu erfinden, die aus Sicht der Theatermacher*innen wesentliche Facetten des Phänomens der Reichsideologie widerspiegeln. Obgleich auch das sicher einen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Reichsbürger*innen leisten könnte, handelt sich jegliche Form der abstrahierenden, äußeren Darstellung und Interpretation des Milieus seitens ihrer Unterstützer*innen schnell den Vorwurf der ideologisch motivierten, realitätsverzerrenden Difamierung ein. Sie macht sich damit angreifbar und läuft Gefahr, an Kraft zu verlieren.

103 Siehe auch den Beitrag *Ein Fantasiestaat im Freistaat – Das Königreich Deutschland* in dieser Handreichung.

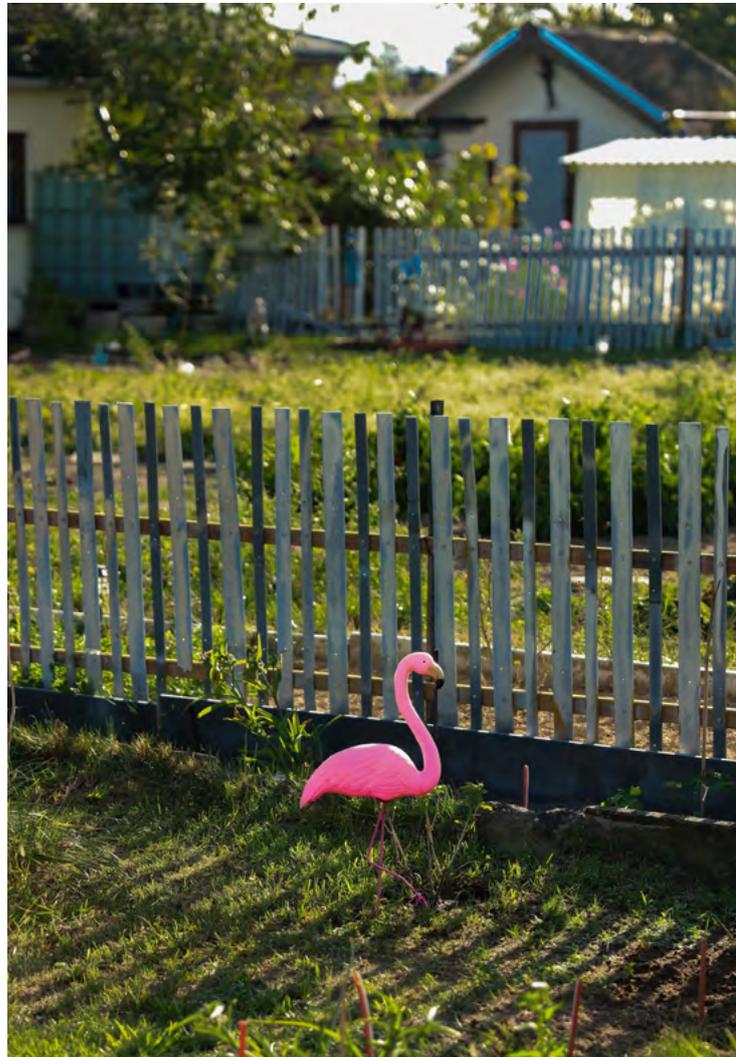
104 <https://www.youtube.com/watch?v=jS4xquFNNZc>, 28.10.2023.

105 Siehe auch die Beiträge *Geschichte der Reichsbürger*innen in Sachsen* sowie *Worte bleiben nicht bloß Worte* in dieser Handreichung.

106 Fabian Rosinsky, Sarah Methner und Lene Gaiser gründeten 2021 das Kollektiv *Polyformers*. Sie realisieren freie Theaterproduktionen wie eben den *König von Deutschland*. Dabei interessieren sie die Krisen postmoderner Identitäten und Subjektentwürfe, der ländliche Raum sowie gesellschaftlich-politische Themen.

Stattdessen sollten bei *Polyformers* Fakten und Tatsachen für sich sprechen, Texte nicht erfunden, sondern originalgetreu wiedergegeben werden und neben den Beteiligten und Inhalten des *Königreichs Deutschland* auch kritische Stimmen zu Wort kommen. Deshalb wurde ein dokumentarischer Ansatz verfolgt, bei dem das Stück auf Basis von Quellen entstand und originale Textausschnitte zu Szenen zusammengefügt wurden. Basis dafür war zunächst eine breit angelegte Recherche: Über Monate wurden Telegram-Gruppen beobachtet, Fachliteratur und Medienberichte zum Thema studiert, Urteile beschafft, Interviews mit verschiedenen Expert*innen geführt und vor allem die endlosen Texte und Videobeiträge des *Königreichs Deutschland* ausgewertet. Dabei war es immer wieder eine Herausforderung, sich nicht im Kaninchenbau der mäandernden, ständig wiederholten und neu kombinierten, stets aufeinander verweisenden und oft reichlich realitätsfernen bis menschenverachtenden Argumente und Codes zu verlieren. Die Aufgabe lag darin, ideologische Grundlinien herauszuarbeiten und in einen Gesamtkontext zu stellen, der für die Zuschauer*innen erfassbar wird. Am Ende stand ein Theaterstück, in dem quasi jedes Wort nachvollziehbar belegt werden kann, was dem wesentlichen Ziel des Projektes Rechnung trägt, zunächst einmal möglichst objektiv über das *Königreich Deutschland* zu informieren.

Gleiches kann jedoch auch jedes anständig verfasste Buch oder jede gute TV-Dokumentation leisten. Worin besteht also der besondere Gewinn, den das Theater für eine Auseinandersetzung mit dem Thema bietet? Beim Nachdenken über diese Frage treten zwei wesentliche Aspekte ans Licht: Zum einen ist Theater immer auch ein Ort, an dem für die Dauer eines Abends Welten erschaffen und erforscht werden können. Es wird damit zum Labor und Experimentierraum. Nichts hindert daran zu behaupten, dass der Theatersaal das *Königreich Deutschland* wäre und alle darin ein Teil davon. So kann das Thema nicht nur intellektuell dargestellt, sondern vor allem auch emotional erfahrbar gemacht werden. Dabei war es *Polyformers* sehr wichtig, das Personal des *Königreichs Deutschland* auf der Bühne nicht auszustellen, auf dass sich das Publikum in den Sitzen zurücklehnen und die Figuren auf der Bühne als „arme Irre“ belächeln kann. Stattdessen wird die Inszenierung interaktiv gestaltet und führt die Zuschauer*innen entlang verschiedener Stationen. Dabei werden sie immer wieder auch direkt angesprochen, um sie aus einer passiven Beobachter*innenrolle zu lösen und zu einer aktiven Auseinandersetzung einzuladen. Das führt sogleich auch zum zweiten Punkt: Theater als sozialer Ort bietet Raum für Austausch und Diskussion über das Gesehene. Aufgrund der offenen Form der Inszenierung gibt es dafür zahlreiche Gelegenheiten, die von den Besucher*innen nicht nur während der Pause oder des abschließenden Publikumsgesprächs, sondern auch in den Szenen selbst immer wieder genutzt werden und es ermöglichen, verschiedene Perspektiven auf das Thema wahrzunehmen. Diese lebhafteste Interaktion und intensiven Gespräche wie auch das breite Medienecho zu den Vorstellungen zeigen, wie mit künstlerischen Mitteln das zentrale Anliegen des Projekts erreicht werden kann: über das *Königreich Deutschland* informieren, aufklären und vor allem eine öffentliche Auseinandersetzung und zivilgesellschaftliche Reaktion ermöglichen. Denn schon eine alte Theaterweisheit besagt: Den König spielen immer die anderen.



Narrative der Reichsbürger*innen: Von Fiktion zu Fakten

Mit kruden und geschichtsrevisionistischen Narrativen, die eine staatliche Ordnung, das Rechtssystem und historische Gegebenheiten in Zweifel ziehen, stellen Reichsbürger*innen Behauptungen auf, die sich von den allgemein anerkannten Fakten unterscheiden. Eine spontane Einordnung dieser Narrative ist häufig kompliziert. Oftmals werden reale historische Ereignisse eingebunden und geschichtsrevisionistisch umgedeutet. In diesem debunking-Artikel werden verbreitete Aussagen aus dem Milieu präsentiert und aufgearbeitet. Auf diese Weise wollen wir Leser*innen dabei zu unterstützen, Narrative der Reichsbürger*innen besser zu erkennen, kritisch zu reflektieren und einordnen zu können.

„Deutschland hat keinen Friedensvertrag“

Reichsbürger*innen zufolge wurde nach dem Ersten Weltkrieg kein expliziter „Friedensvertrag“ mit allen alliierten Siegermächten geschlossen. Daraus wird fälschlicherweise unterstellt, das Deutsche Reich bestehe weiterhin in den Grenzen von 1914 und befinde sich nach wie vor im Kriegszustand. Der Versailler Vertrag¹⁰⁷ jedoch, der im Jahr 1919 unterzeichnet wurde, wird in der Geschichtsschreibung und im öffentlichen Diskurs oft als „Friedensvertrag von Versailles“ bezeichnet. Er legte die Bedingungen für den Frieden zwischen den Alliierten (darunter Frankreich, Großbritannien und die USA) und Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fest.

Außerdem argumentieren Reichsbürger*innen, dass am 08. Mai 1945, also dem Tag der vollständigen Kapitulation Deutschlands und damit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, lediglich die Wehrmacht kapituliert habe – und damit nicht das gesamte Deutsche Reich. Auch hieraus leiten Reichsbürger*innen ab, in Deutschland bestehe der Kriegszustand fort.

Diese irreführende These hält sich im Milieu hartnäckig. Denn rein formell gab es nach dem Zweiten Weltkrieg keinen expliziten Friedensvertrag mit Deutschland. Allerdings wurden jeweils einseitige Friedenserklärungen erlassen. Von Seiten der Westalliierten (Frankreich, Großbritannien, USA) erfolgten diese im Jahr 1951. Die der Sowjetunion folgte im Jahr 1955.

Weitere prominente Verträge und Abkommen, welche die Nachkriegsordnung für Deutschland regelten, waren das Potsdamer Abkommen (1945) und der Deutschlandvertrag (1952). Und spätestens nach dem Fall der Mauer wurde mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der 1991 in Kraft trat, ein gesonderter Friedensvertrag juristisch hinfällig. Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag ist de facto ein Friedensvertrag mit den vier Alliierten und regelt die offiziell anerkannten Grenzen des nun wiedervereinigten Deutschlands.

107 Vgl. Schubert/Klein (2020).

„Deutschland ist nicht souverän“

Dahinter steht die Annahme, die Bundesrepublik Deutschland agiere nicht selbstständig und souverän, sondern sei immer noch besetzt – und somit fremdgesteuert. Zweifellos muss ein Nationalstaat politische Entscheidungen abwägen und innerhalb bestehender Kooperationsverträge, mit Nachbarländern oder innerhalb eines Staatenverbundes wie der EU diskutieren und beschließen. Auch spielen bei vielen politischen Entscheidungen wirtschaftliche Interessenvertretungen und die Lobbyarbeit, beispielsweise von Wirtschaftsverbänden oder Nicht-Regierungsorganisationen, erwiesenermaßen eine Rolle.

Rechtlich hingegen wurde die Souveränität der DDR bereits durch eine Erklärung der damaligen UdSSR im Jahr 1954 hergestellt. Die Bundesrepublik Deutschland gilt offiziell seit dem sogenannten Deutschlandvertrag¹⁰⁸, der im Jahr 1952 beschlossen und 1955 in Kraft trat, als souverän. Dieser Vertrag zwischen den Alliierten und der BRD löste das bis dahin geltende Besatzungsstatut ab. Mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde die vollständige staatliche Souveränität für das wiedervereinte Deutschland hergestellt.¹⁰⁹

Deutschland ist zudem Mitglied der Vereinten Nationen (UN) und hat in diesem internationalen Gremium den Status eines souveränen Staates. Als Mitglied der UN unterliegt Deutschland den Grundsätzen und Verpflichtungen der UN-Charta. Die sogenannte Feindstaatenklausel bezieht sich auf die Klauseln in den Artikeln 53 und 107 der UN Charta. Sie erklärte, dass Staaten, die im Zweiten Weltkrieg Feindstaaten waren (das Deutsche Reich und das Japanische Kaiserreich), besondere Bedingungen und Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen hatten. Diese Klausel wurde in einer Resolution der UN-Generalversammlung am 8. Dezember 1990 per Resolution außer Kraft gesetzt. Dies war ein wichtiger Schritt in der völkerrechtlichen Anerkennung Deutschlands¹¹⁰ und seiner Rolle in der internationalen Gemeinschaft.



„Die BRD ist nur eine Firma: BRD-GmbH“

Reichsbürger*innen vertreten häufig die Annahme, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht etwa ein Staatsgebilde, sondern schlicht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Als Gründerin der GmbH nennen

108 Vgl. Schubert/Klein (2020).

109 Vgl. ebd.

110 Vgl. Günther (2020): 87.

Reichsbürger*innen meist die USA oder fiktive globale Mächte, die mit diesem Firmenkonstrukt das „deutsche Volk“ fremdbestimmen, es somit seiner Souveränität berauben und es ausbeuten wollten. Meist werden zwei Argumente angeführt: Einerseits weise schon das Wort Personalausweis darauf hin, dass es sich bei den Träger*innen nicht um Staatsbürger*innen, sondern um Angestellte („Personal“) dieser „BRD GmbH“ handle. Andererseits wird angeführt, dass Verfassungsorgane und Behörden der Bundesrepublik schließlich in Firmenverzeichnissen zu finden seien.

Es ist zwar korrekt, dass Verfassungsorgane und Behörden in Firmenverzeichnissen und auch im Handelsregister aufgeführt sind. Das bedeutet jedoch nur, dass es sich bei diesen auch um Akteur*innen im Wirtschaftssystem handelt. Sie unterliegen lediglich den gleichen Regeln wie Unternehmen, was zum Beispiel den Warenverkehr angeht. Das macht sie aber nicht automatisch zu Firmen.¹¹¹ Genauso wenig wie der Name Personalausweis seine Träger*innen als Angehörige des Personals einer Firma ausweist. Der Personalausweis enthält lediglich persönliche Daten einer Person, die „Personalien“.

„Das deutsche Grundgesetz ist keine Verfassung“

Diese Behauptung basiert auf der Fehlannahme, dass eine Verfassung auch so heißen muss und eben nicht Grundgesetz heißen darf. In dem Zusammenhang wird häufig der Artikel 146, GG als Beleg zitiert:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ (GG, Art. 146,1)

Für die Rechtsgültigkeit einer Verfassung spielt der Name allerdings keine Rolle. Wichtig ist, dass sie ihre Funktion erfüllt und rechtskräftig anerkannt wurde. In Bezug auf das Grundgesetz ist genau dies der Fall. Die alliierten Siegermächte forderten nach dem Zweiten Weltkrieg eine verfassungsgebende Versammlung, den parlamentarischen Rat. Dieser wählte den Namen Grundgesetz als Zugeständnis an die damalige Ost-Zone. Denn schon in den Nachkriegsjahren bestand die Hoffnung, die Teilung Deutschlands wieder aufzuheben. Aus diesem Grund besteht die offene Formulierung im zitierten Artikel 146: Gemeint ist also lediglich, dass es nicht die letzte deutsche Verfassung bleiben muss. Für die Alliierten spielte der Name keine Rolle, sie erkannten das Grundgesetz als ‚Constitution‘ (Verfassung) an. Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 als rechtmäßige deutsche Verfassung sowie dem Beitritt der Gebiete der DDR als „Neue Bundesländer“ zum Territorium und Geltungsbereich der BRD im Jahr 1990 wurde die Gültigkeit der Weimarer Verfassung endgültig aufgehoben. Denn es kann immer nur eine Verfassung auf einem Gebiet Gültigkeit beanspruchen.

„Noch heute gelten die Landesgrenzen von 1914“

Auch diese Behauptung vieler Reichsbürger*innen entspricht nicht der realen Faktenlage. Im Jahr 1914 umfasste das Deutsche Reich ein Gebiet, das größer war als das heutige Deutschland. Diese Landesgrenzen haben sich seitdem wesentlich geändert, denn zum Deutschen Reich zählten 1914 noch weitere Ostgebiete (Teile Polens, Tschechiens, Russlands und Litauens),

¹¹¹ Vgl. Raab (2020): 112.

Elsass-Lothringen sowie Teile des heutigen Dänemarks. Insbesondere nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurde die territoriale Struktur erheblich angepasst und auch im Zwei-Plus-Vier-Vertrag festgehalten.

Was bedeutet die Farbgebung Schwarz-Weiß-Rot?

Die Farbgebung Schwarz-Weiß-Rot entstammt der deutschen Geschichte und ist insbesondere mit der Zeit des Deutschen Kaiserreichs (1871–1918) verbunden. In dieser Zeit waren dies die Farben der Nationalflagge. Die Bedeutung dieser Farben hat sich im Laufe der Zeit gewandelt und wird von verschiedenen Gruppen und Ideologien unterschiedlich interpretiert. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Sturz des Kaiserreichs wurden dann die Farben Schwarz-Rot-Gold zu den Symbolen der Weimarer Republik (1919–1933). Gegner*innen der Weimarer Republik, Monarchist*innen wie Nationalsozialist*innen, blieben bei den Farben Schwarz-Weiß-Rot, die damit zum Symbol der Ablehnung von Weimar und letztlich auch der Demokratie wurden. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden diese Farben durch die Hakenkreuzflagge als einzig gültige Nationalflagge in der Farbgebung Schwarz-Weiß-Rot genutzt.

Im Milieu der Reichsbürger*innen wird die Farbkombination weiter adaptiert. So verwenden Reichsbürger*innen diese Farben auf Fahnen, in ihren Social-Media-Profilen, auf Kleidungsstücken oder in eigens erstellten Ausweisen oder Dokumenten. Aber auch außerhalb des Reichsbürger*innen-Milieus werden die Farben als ein prominentes Symbol für die Ablehnung der demokratischen Ordnung interpretiert und von rechten und rechtsextremen Akteur*innen genutzt.

Wofür steht die Zahl 1871?

Die Jahreszahl 1871, oft in Kombination mit dem Zusatz „Ewiger Bund“, taucht auf Demonstrationen, Fahnen oder anderen Merchandise-Produkten von Reichsbürger*innen auf. Die Faszination mit dieser Zahl geht auf die sogenannte Reichseinigung von 1871 zurück: Otto von Bismarck, damals noch Ministerpräsident Preußens und Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, gelang es im gemeinsam geführten Deutsch-Französischen Krieg 1870–1871, die süddeutschen Staaten zum Beitritt zum Deutschen Reich zu überzeugen. Als erster einheitlicher Nationalstaat wurde dann das Kaiserreich (mit der Ernennung Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser) am 18. Januar 1871 im Schloss Versailles verkündet. Bismarck war damit ab diesem Zeitpunkt erster Reichskanzler des Deutschen Reiches. Reichsbürger*innen machen auf ihre Weise ihre Ablehnung bestehender Landesgrenzen und demokratischer Institutionen deutlich und fordern eine Rückkehr zum politischen Status Quo von 1871.

Was bedeutet NWO?

Die Abkürzung NWO steht für New World Order (Neue Weltordnung). Der Begriff ist in der Regel mit antisemitischen Verschwörungserzählungen verbunden, die von einer angeblichen Machtstruktur sprechen, die im Hintergrund die Geschicke der Welt und der Bundesrepublik lenkt.

In den Verschwörungserzählungen, die von Reichsbürger*innen und anderen Verschwörungsideolog*innen vertreten werden, wird behauptet, dass

diese NWO eine illegitime, undemokratische und autoritäre Weltregierung sei, die im Geheimen agiert und die Souveränität von Staaten und individuelle Freiheiten untergräbt. Dabei variiert die Zuschreibung, wer denn nun tatsächlich die Verschwörer*innen sind, teilweise stark: Wahlweise sind es die USA oder Mitglieder einer (fiktiven) jüdischen Weltverschwörung. Dieses Narrativ unterstützt die Reichsbürger*innen in ihrer Idee, dass die aktuellen Regierungen und staatlichen Strukturen nicht legitim seien, und vermittelt die Annahme, dass es absolut gerechtfertigt sei, als Opfer der Verschwörung aktiv gegen diese vorzugehen.

Worum geht es bei QAnon?

QAnon knüpft an den Mythos einer NWO an und verbreitet den antisemitischen Irrglauben, eine globale und mächtige „Elite“ entführe Kinder, kontrolliere ganze Regierungen und schmiede böse Pläne im Verborgenen¹¹². Vor allem bei öffentlichen Veranstaltungen taucht das stellvertretende „Q“ auch immer wieder im Milieu der Reichsbürger*innen auf. Dabei fußt diese falsche und fiktive Erzählung auf der jahrhundertealten Ritualmordlegende, der zufolge jüdische Menschen bei dem Fest Pessach Kinder ermorden würden, um deren Blut für die Herstellung von religiösen Speisen, sogenannten Mazzen, zu verwenden. Antisemitische Weltbilder werden so über Jahrhunderte am Leben gehalten.

Ursprünglich stammt QAnon aus den USA und ist mittlerweile zu einem weltweiten Sammelbecken für Verschwörungsideolog*innen geworden. Auch in Deutschland konnte dieser gefährliche, antisemitische Mythos bei Verschwörungsideolog*innen Fuß fassen. Meist bleibt es nicht beim Verweis auf abstrakte Gruppen, wenn es darum geht, „die Schuldigen“ zu benennen. Oftmals werden in diesem Zusammenhang konkret Jüdinnen und Juden genannt, die angeblich hinter der Verschwörung steckten. Reichsbürger*innen können den Mythos von QAnon in ihr Weltbild integrieren, eine Vermischung der Szenen ist spätestens auch seit Februar/März 2020 zu beobachten.¹¹³ Durch den Mythos QAnon erfahren Reichsbürger*innen weitere Bestätigung für verschwörungsideologische Behauptungen und können auf gemeinsamen Veranstaltungen oder in digitalen Räumen ihre Netzwerke erweitern – vereint im Antisemitismus und in der Ablehnung bestehender staatlicher Institutionen.

Quellen

Dittrich, Miro/Grandjean, Anne/Jäger, Lukas/Rathje, Jan (2020): de:hate Report #1: QAnon in Deutschland, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/11/01-dehate-report-QAnon.pdf>, 17.11.2023.

Günther, Frieder (2020): „Die Uhr noch einmal zurückdrehen“: Die Reichsbürgerbewegung und die rechtlichen Narrative zum Fortleben des Deutschen Reiches nach 1945. In: Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie, hg. von Schönberger, Christoph/Schönberger, Sophie. Frankfurt a.M., S. 71-93.

Raab, Marius Hans (2020): „Reichsbürger“ zwischen GmbH und GbR. Die psychologische Funktion einer alternativen gesellschaftlichen Realität. In: Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie, hg. von Schönberger, Christoph/Schönberger, Sophie. Frankfurt a.M., S. 107-127.

Schubert, Klaus/Klein, Martina (2020): Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon>, 17.11.2023.

112 Vgl. Dittrich/Grandjean/Jäger/Rathje (2020).

113 Vgl. ebd.

Beratungsstellen und Unterstützung

Beratung von Kommunen, Behörden und Bürger*innen-Initiativen:

Mobile Beratung des Kulturbüro Sachsen e.V.
buero@kulturbuero-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de

Amadeu Antonio Stiftung – Büro Sachsen
sachsen@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de/sachsen

Demokratiezentrum Sachsen (DZ) inklusive der Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA)
Lks-dz@sms.sachsen.de
www.demokratiezentrum.sachsen.de

Beratung von Schulen und Bildungseinrichtungen:

Programm „Starke Lehrer – starke Schüler“ des Landesamt für Schule und Bildung
starkelehrer@lasub.smk.sachsen.de
www.politische.bildung.sachsen.de

Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (NDC Sachsen)
sachsen@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de/sachsen

Beratung von Betroffenen rechtsextremer oder reichsideologischer Gewalt:

RAA Sachsen e.V. Projekt Support
info@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Fachberatungsstelle OFEK e.V. Sachsen
(bei antisemitischen Vorfällen)
sachsen@ofek-beratung.de
www.ofek-beratung.de/sachsen

Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus (ZORA) bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden
zora@gensta.justiz.sachsen.de
www.justiz.sachsen.de/gensta

Beratung von familiären Umfeldern oder Ausstiegswilligen:

Aussteigerprogramm Sachsen (APro)
kontakt@aussteigerprogramm-sachsen.de
www.aussteigerprogramm-sachsen.de

Arbeitsstelle für Weltanschauungsfragen bei der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen
Dr. Harald Lamprecht
lamprecht@confessio.de
www.confessio.de

Bundesweite Beratungs- und Anlaufstellen:

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus (Demokratie leben!)
komplex@amadeu-antonio-stiftung.de
www.kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de

Bundesverband Mobile Beratung
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
info@verband-brg.de
www.verband-brg.de

Fachberatungsstelle OFEK e.V.
(bei antisemitischen Vorfällen)
info@ofek-beratung.de
www.ofek-beratung.de

Für ein demokratisches Miteinander. Ohne wenn und aber!

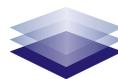
Was wir wollen

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass – ob aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Geschlecht(sidentität) oder Religion. Eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Eine Welt ohne Nazis und Rechtsextreme jeglicher Couleur. Und vor allem: eine Welt der Gleichwertigkeit und Demokratie – ohne Wenn und Aber.

Das ist kein einfaches Ziel. Aber ein wichtiges. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung auf mehreren Ebenen, damit aus dieser Vision Realität wird. Die Arbeit der Stiftung fällt in fünf Bereiche, die einander ergänzen: Unterstützung von Betroffenen, Projektförderung, Forschung, Information und Campaigning.

Was Sie tun können

Es beginnt mit Ihrer Spende. Denn Spenden sind ein essentieller Bestandteil unserer Finanzierung. Und jede Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit. Damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren können. Zusammen. Seien Sie dabei. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften/>



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Was wir tun

- Wir unterstützen Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt finanziell – etwa mit dem Opferfonds Cura.
- Wir fördern bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Besonders im ländlichen Raum.
- Wir forschen und monitoren zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Broschüren und konkrete Forderungen einfließt.
- Wir sorgen dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social-Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch konkrete pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektiven von Betroffenen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.

Die Stiftung kontaktieren

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung spenden

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

✕ AmadeuAntonio
f AmadeuAntonioStiftung
@ amadeuantoniofoundation
d amadeuantoniofoundation
v AmadeuAntonioStiftung
in amadeu-antonio-stiftung



Sie stellen sich eigene Ausweise aus, blockieren Behörden mit ihren Schreiben, erwerben attraktive Immobilien und gründen Schulen oder gleich ganze Königreiche. In den letzten Jahren kam es ebenso zu zahlreichen tätlichen Übergriffen und Umsturzversuchen durch Reichsbürger*innen sowie zu Waffenfunden, Festnahmen und Razzien im Milieu.

Woran glauben Reichsbürger*innen und welche Argumentation vertreten sie? Welche Rolle spielen dabei Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Esoterik? Welche Gefahren gehen von Reichsideologie aus? Wie ist es um das Milieu in Sachsen bestellt? Und was können Lehrer*innen, Anwohner*innen, Behörden oder Verwaltung sowie die Zivilgesellschaft tun, um Reichsbürger*innen zu begegnen? Diese Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung und des Kulturbüro Sachsen e.V. geht diesen und weiteren Fragen nach und liefert eine aktuelle Beschreibung zum Milieu der Reichsbürger*innen in Sachsen.